



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Zur Frage der Energiesicherheit der Europäischen
Union im Rahmen der Zentralasienstrategie“

Verfasserin

Gulnaz Alymbekova

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Mag. Dr. Florian Trauner

Diplomarbeit

**Zur Frage der Energiesicherheit der Europäischen
Union im Rahmen der Zentralasienstrategie**

Gulnaz Alymbekova



Abbildung 1: Europäische Union und Zentralasien (Amu Darya Basin Network 2013)

Danksagung

Ich möchte hiermit meiner Familie danken, da sie mich während des gesamten Studiums unterstützt hat. Vor allem widme ich diese Arbeit meinem verstorbenen Vater und meiner lieben Mutter; außerdem meiner ältesten Schwester Nazira, die ein Studium in Österreich erst ermöglicht hat. Des Weiteren danke ich meinem lieben Freund Christian, der an ein erfolgreiches Ende meines Studiums geglaubt und mich dabei immer motiviert hat.

Außerdem sei an dieser Stelle besonders Herrn Dr. Florian Trauner für den hohen Einsatz bei der Betreuung dieser Diplomarbeit gedankt.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	6
Vorwort	8
1 Einleitung	9
1.1 Forschungsfrage	12
1.2 Hypothese.....	12
1.3 Theoretischer Zugang.....	14
1.4 Methode	14
1.5 Aufbau der Arbeit.....	15
2 Theoretischer Zugang	18
2.1 Externes Regieren.....	18
2.2 Rationalismus.....	21
2.2.1 External Incentives Model	22
2.3 Konstruktivismus.....	23
2.3.1 Social Learning Model	24
2.4 Das Europa der konzentrischen Kreise und die Erweiterung der Europäischen Nachbarschaftspolitik.....	25
3 Das Konzept Europäische Nachbarschaftspolitik	30
3.1 Die Finanzierung der ENP	35
3.2 Energiesicherheit.....	36
4 Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien seit 1990	38
4.1 Die erste Phase (1991-1995).....	38
4.2 Die zweite Phase (1996-2000)	39
4.3 Die dritte Phase (2000-2004).....	40
4.4 Die vierte Phase (2004-2007).....	41
4.5 Die Politik Deutschlands in Zentralasien.....	44
5 „EU und Zentralasien – eine Partnerschaft für die Zukunft“	46
5.1 Analyse der Zentralasienstrategie.....	52
6 Aktivitäten der Europäischen Union im Bereich der Energie	56
6.1 INOGATE	59
6.2 Die Baku-Initiative.....	60
6.3 Südlicher Korridor	62
6.4 Caspian Development Corporation.....	64
6.5 Das Projekt „Nabucco“	66

6.6	South Stream.....	68
6.7	Trans-Caspian Gas Pipeline	69
6.8	TANAP.....	69
6.9	Trans Adriatic Pipeline (TAP)	70
6.10	White Stream.....	70
7	Die Entwicklung der einzelnen Länder	71
7.1	Kasachstan	71
7.2	Turkmenistan.....	75
7.3	Usbekistan	80
8	Kritik an der Zentralasienstrategie	84
9	Fazit.....	86
10	Literaturverzeichnis.....	89
10.1	Abbildungsverzeichnis	103
11	Anhang	105
11.1	Lebenslauf	105
11.2	Abstract	106
11.3	Abstract – english version	107

Abkürzungsverzeichnis

AKP-Staaten	Afrikanische, Karibische und Pazifische Staaten
BOMCA	The Border Management Programme in Central Asia
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BP	British Petroleum
CADAP	Central Asia Drug Action Programme
CAREC	The Regional Environmental Centre for Central Asia
CARICC	Central Asian Regional Information and Coordination Centre
CDC	Caspian Development Corporation
CEC	Caspian Energy Company
CICA	Conference on Interaction and Confidence-Building Measures in Asia
DCI	Development Co-operation Instrument
ECE	Economic Commission for Europe
EEA	European Economic Area
EIB	European Investment Bank (Europäische Investitionsbank)
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EIDHR	European Instrument for Democracy and Human Rights
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
EU	Europäische Union
EurAsEC	Eurasian Economic Community
EUSRCA	European Union Special Representative for Central Asia
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
FSP	Food Security Programme
FTA	Free Trade Area (Freihandelszone)
GTL	Gas to Liquids
INOGATE	Interstate Oil and Gas Transport to Europe

MEDA	Mésures d'accompagnement financières et techniques (Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen)
MoU	Memorandum of Understanding
NATO	The North Atlantic Treaty Organization
NIF	Nachbarschafts-Investitionsfazilität
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights
OMV	Internationales Öl- und Gasunternehmen mit Hauptsitz in Österreich (früher Österreichische Mineralölverwaltung)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
RWE	Energieversorgungskonzern (früher: Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk)
SOZ	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
TAIEX	Technical Assistance and Information Exchange Instrument
TANAP	The Trans-Anatolian gas Pipeline
TRACECA	Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNDP	United Nations Development Programme
UNO	United Nations Organization
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
USA	United States of America
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

Vorwort

Der Grund beziehungsweise die Idee für die Themenwahl dieser Arbeit entstand dadurch, dass die Verfasserin selbst aus dem zentralasiatischen Land Kirgisistan kommt. Ich finde es schade, dass die Studienrichtung „Internationale Entwicklung“ sich stärker an afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern orientiert, die ich eigentlich auch sehr interessant finde. Aber über die anderen Entwicklungsländer wie zum Beispiel über die ehemaligen sowjetischen Länder insbesondere über Zentralasien gibt es kaum Informationen. Wenn im Unterricht über diese Länder gesprochen wird, merkt man, dass die Studierenden wenig über diese Länder insbesondere über Zentralasien wissen. Obwohl ich während meines Studiums keine Informationen über Zentralasien sammeln konnte, möchte ich das Studium trotzdem mit dem Thema abschließen, das mich immer interessiert hat. Meiner Meinung nach kann dieses Thema auch für andere LeserInnen interessant sein, weil die Region in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr an Bedeutung in der internationalen Politik und Wirtschaft gewinnt. Außerdem gibt es noch sehr wenige Untersuchungen und Forschungsarbeiten über die Beziehungen der EU mit den „Nachbarn der Nachbarn“ beziehungsweise mit Zentralasien und über die Umsetzung beziehungsweise Entwicklung der Zentralasienstrategie. Daher wird in dieser Arbeit die Außenpolitik beziehungsweise die nachbarschaftliche Politik der EU näher betrachtet.

1 Einleitung

Der Begriff „Zentralasien“ wird unterschiedlich verwendet. Den meisten Definitionen zufolge gehören fünf Länder zu dieser Region: Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. In einigen Definitionen werden auch die südkaukasischen Staaten zu Zentralasien gezählt: die Mongolei, der Iran, Teile Chinas und Südasiens (vgl. Pradetto 2013: 155). In dieser Arbeit wird die zuerst erwähnte Definition, welche fünf Länder umfasst, verwendet, weil die Zentralasienstrategie für sie entwickelt wurde.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre bekamen sowohl die nun unabhängigen zentralasiatischen Staaten als auch die europäischen beziehungsweise westlichen Länder die Möglichkeit, neue Partnerschaften zu schließen. Im Transformationsprozess hatten die zentralasiatischen Staaten Schwierigkeiten, sich an die geänderten politischen Rahmenbedingungen anzupassen. Diese Staaten lagen wirtschaftlich darnieder und soziale Ungleichheiten und Konflikte hatten sich angestaut (vgl. Stadelbauer 1994: 4). Im Unterschied zu den anderen vier zentralasiatischen Staaten gelang es Kasachstan, mithilfe seiner Energieressourcen seine Wirtschaft zu stabilisieren.

Die zentralasiatische Region ist für die Weltmächte, vor allem für Russland, China, die USA, den Iran und die EU, in politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen von großem Interesse, vor allem weil die Region reich an wichtigen Energieressourcen wie Erdöl und Erdgas ist. Nachdem die Staaten unabhängig geworden waren, stand die Region im Mittelpunkt der Weltpolitik als eine Möglichkeit für die Weltmächte, ihre Energie zu diversifizieren.

Russland möchte seine langjährige politische und wirtschaftliche Bedeutung und die Kontrolle über die kaspischen Rohstoffe, die durch russische Rohrleitungen transportiert werden, nicht verlieren. China sichert seine eigene Energieversorgung und hat schon große Fortschritte in der Region gemacht, somit entwickelt sich das Land zu einem großen Konkurrenten für Russland und die anderen Länder.

Die USA betrachteten die zentralasiatischen Rohstoffe als Alternative zu jenen in der Golfregion und unterstützten daher den Einsatz der amerikanischen Ölunternehmen in der Region. Überdies wollen die Vereinigten Staaten den russischen Einfluss in der

Region einschränken. Der Iran als Anrainerstaat des Kaspischen Meeres sieht sich als islamischen Vorherrscher in der Region. Das Land schlägt vor, durch seine Pipelinenetze kaspische Energieressourcen zum asiatischen Markt zu transportieren. Die Türkei möchte durch die Mammutpipeline Baku-Ceyhan kaspische Energieressourcen transportieren und dadurch die russische Kontrolle über kaspische Rohstoffe vermindern. Somit haben in der Region die Konflikte um Energietransportkorridore zugenommen. Diese Situation beziehungsweise der Wettlauf um die Energieressourcen in der zentralasiatischen Region wird seit den 1990er Jahren als das neue *Great Game*¹ bezeichnet (vgl. Erler 1998: 4f.).

Circa fünf Prozent der Gas- und Erdölvorkommen der Welt befinden sich in Zentralasien. Außerdem hat Zentralasien eine wichtige geostrategische Lage zwischen Asien und Europa inne. Die Region wird als instabil und krisenanfällig bezeichnet. Die drei rohstoffreichen Länder Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan sind vom Rohstoffexport abhängig. Die beiden anderen Länder Kirgisistan und Tadschikistan sind reich an Wasser und immer wieder gibt es zwischen den Ländern der Region Streitigkeiten um dessen Verteilung. Kirgisistan und Tadschikistan sind stärker als ihre Nachbarn auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen (vgl. Schmitz 2007: 329; Pradetto 2013: 170). Die politische Struktur der Länder ist ähnlich, man kann sie zu den autoritären Regimes dieser Welt zählen. Trotz der demokratischen Verfassungen haben sich die Länder nach der Auflösung der Sowjetunion Richtung Autoritarismus entwickelt. Das hängt mit den Langzeitpräsidentschaften in diesen Staaten zusammen. Insbesondere Turkmenistan und Usbekistan werden äußerst autoritär regiert. Die mangelnde Medienfreiheit und die Missachtung der Menschenrechte in der Region werden oft kritisiert (vgl. Steinmeier/Künast/Trittin 2012: 1). Die Eliten besitzen die politische Macht und besetzen wichtige wirtschaftliche Sektoren. Daher gibt es in der Region auch häufig Probleme aufgrund von Kriminalität, Korruption und sozialen Unruhen (vgl. Schmitz 2007: 329; Pradetto 2013: 170).

Von Jahr zu Jahr wurden die USA, Russland und China einflussreichere Akteure in Zentralasien, aber auch die Europäische Union zeigt in der letzten Zeit Interesse an dieser Region (vgl. European Commission 2007: 5ff.). Insbesondere für die europäische

¹ Der Begriff „Great Game“ stammt ursprünglich aus dem 19. Jahrhundert, als Großbritannien und Russland um die Vorherrschaft in der zentralasiatischen Region wetteiferten.

Energiesicherheit spielt die zentralasiatische Region eine große Rolle (vgl. Auswärtiges Amt: 2012). Um die Aufmerksamkeit Zentralasiens zu gewinnen und um die Präsenz der EU in Zentralasien zu verbessern, hat die EU für Zentralasien eine politische Strategie erarbeitet.

Diesen bedeutenden Schritt unternahm die Europäische Union im Jahr 2007. Damals erarbeiteten 27 EU-Staaten eine Strategie für Zentralasien und boten diese den zentralasiatischen Staaten als Form der Zusammenarbeit an und diese nahmen an. Am 22. Juni 2007 verabschiedeten die Europäische Union und fünf zentralasiatische Staaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – eine „Strategie für eine neue Partnerschaft der EU mit Zentralasien“ (vgl. Umbach 2009: 44). Die Strategie hat das Ziel, den EU-Einsatz in Zentralasien zu vertiefen und Stabilität sowie Sicherheit in den Ländern zu fördern. Außerdem wird dabei in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung, Menschenrechte, Bildung und Energie zusammengearbeitet. Dabei soll die Europäische Union ihre Erfahrungen dazu einbringen, wie die zentralasiatische Region durch regionale Zusammenarbeit politische Stabilität und Wirtschaftsentwicklung erreichen kann. Weiters sind die Bekämpfung des Terrorismus und Drogenhandels in dieser Region sehr wichtig, weil sie an Afghanistan grenzt (vgl. Auswärtiges Amt 2007: 1f.). Seit mehr als 30 Jahren herrscht in Afghanistan Krieg. Insbesondere nach dem Terroranschlag am 11. September 2001 wurde der Kampf gegen Al-Kaida und die Taliban in Afghanistan verstärkt. Außerdem produziert Afghanistan Rohopium, sodass circa 90 Prozent des weltweiten Opiums aus diesem Land kommen. Die Drogen werden durch die zentralasiatische Region nach Russland und von dort weiter nach Westeuropa transportiert (vgl. Kursawe 2010: 90ff.).

Da dies ein sehr breites Themengebiet ist, liegt der Fokus in dieser Arbeit auf dem Bereich Energiesicherheit. Wie wir wissen, sind Energieressourcen von großer Bedeutung für unser Leben. Europa ist einer der größten Importeure von Erdgas und Erdöl. Circa 50 Prozent der Energie werden aus dem Ausland importiert. Es wird erwartet, dass die europäischen Energievorkommen ungefähr in zwanzig Jahren völlig aufgebraucht sind. Deswegen könnte der Importanteil an Energie in Europa in 20 Jahren bereits auf bis zu 70 Prozent ansteigen (vgl. Simonis 2011: 319). Der Importanteil am in Europa verbrauchten Erdgas könnte bis 2030 auf circa 84 Prozent und der Importanteil an Öl bis 2030 auf 93 Prozent anwachsen.

Die EU hat auf dem Energiemarkt folgende Schwierigkeiten zu überwinden: hohe Importabhängigkeit und Energiekosten, begrenzte Diversifizierung der Energieversorgung, hohe Energienachfrage, Klimaveränderung und Sicherheitsgefahren in den Erzeuger- und Transitländern (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2007a: 3f.). Im Rahmen der Zentralasienstrategie hilft die Europäische Union diesen Ländern, die Energieproduktion weiterzuentwickeln und Energie effizient zu verwenden. Dadurch kann Europa den eigenen Bedarf an Diversifizierung durch Energieimporte sichern (vgl. Auswärtiges Amt 2007: 2). Die von der Europäischen Union ausgearbeiteten Pläne im Bereich Energie konnten bis heute nicht wirklich umgesetzt werden, weil einige Schwierigkeiten die Zusammenarbeit bis jetzt verhindern. Darauf wird im nächsten Unterkapitel näher eingegangen.

1.1 Forschungsfrage

Innerhalb der sechs Jahre, welche die EU für die Umsetzung der Zentralasienstrategie eingeplant hatte, wurden einige Maßnahmen im Bereich Energie umgesetzt. Der größte Wunsch der EU ist dabei, einen südlichen Korridor zu bauen, der Zentralasien mit der EU verbindet. Die Entwicklungen in den zentralasiatischen Ländern verliefen unterschiedlich und das wichtigste Projekt für Zentralasien, „Nabucco“, scheiterte. Dabei ist von großem Interesse, welche Hindernisse die EU bei der Erreichung ihrer Ziele behindern.

Folgende Forschungsfragen sollen in dieser Arbeit beantwortet werden: Inwieweit konnte die EU ihre Strategie für Zentralasien im Energiebereich umsetzen? Welche Hindernisse hatte die EU bei der Erreichung ihrer Ziele zu bewältigen?

1.2 Hypothese

Seit Anfang des 21. Jahrhunderts zeigt die Europäische Union verstärkt Interesse an Zentralasien. Das an Energieressourcen reiche Zentralasien könnte Europas Abhängigkeit von russischem Erdgas verringern. Dabei ist die EU nicht die einzige, die Rohstoffinteressen in der Region hat. Russland hat einen starken Einfluss auf die zentralasiatischen Staaten, weil sie sich lange Zeit unter russischer Herrschaft befanden. Auch zwanzig Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion ist die Abhängigkeit von

Russland noch zu spüren. Außerdem wurden die zentralasiatischen Energieressourcen zur Zeit der Sowjetunion in den sowjetischen Staaten verwendet, beziehungsweise meistens nach Russland transportiert. Rohrleitungen aus dieser Zeit werden immer noch verwendet, d. h. die wichtigen Pipelines verlaufen durch Russland und die zentralasiatischen Energieressourcen können nur durch russisches Territorium nach Europa transportiert werden. Um neue Rohrleitungen zu bauen, die Russland umgehen könnten, bräuchte man langfristige Investitionen. Ein zweiter starker Konkurrent der EU in der Region ist China. Auch China ist von Energieimporten abhängig. Das Land importiert großteils aus dem Persischen Golf (ca. 60 %) und Afrika und wollte seine Energiesicherheit durch Pipelines über Land verbessern. Aus diesem Grund sind zentralasiatisches Erdöl und Erdgas für das Land sehr wichtig und chinesische Unternehmen sind auch erfolgreich in der Region. China hat im vergangenen Jahrzehnt einige Rohöl- und Erdgas-Pipelines aus Kasachstan und Turkmenistan gebaut. Kasachisches Erdöl deckt circa 5 Prozent des chinesischen Ölbedarfs (vgl. Maurer 2011: 4ff.).

Die EU ist einer der wichtigsten Handelspartner Zentralasiens. Die zentralasiatischen Staaten sind an wirtschaftlichen Gewinnen und Investitionen interessiert. Durch die Beziehungen zur EU will Zentralasien seine Exportmärkte erweitern und sich damit aus der russischen Abhängigkeit befreien. Die von der EU für den Energiesektor Zentralasiens zur Verfügung gestellten Finanzmittel sind sehr gering. Im Vergleich zu den anderen Akteuren in der Region sind die Angebote beziehungsweise die Anreize der EU für Zentralasien nicht attraktiv genug. Außerdem verlangt die EU, dass die Staaten der Region sich an EU-Vorschriften halten. Dabei übersteigen aus zentralasiatischer Sicht die Kosten für eine entsprechende Umstellung den Nutzen derselben. Unter den Kosten sind vor allem die Posten der Machteliten zu verstehen.

Die dieser Arbeit zugrunde liegende Hypothese lautet daher:

Die EU hat mit den zentralasiatischen Staaten einige multilaterale und bilaterale Abkommen im Energiebereich verabschiedet. Dabei stößt die EU auf Schwierigkeiten in der Region, weil sie starke Konkurrenten im Energiebereich hat. Außerdem wird vonseiten der EU mehr von der Region verlangt beziehungsweise sind die Anreize der EU nicht überzeugend genug für die Region. Anders gesagt sind die Kosten für eine

Erfüllung der EU-Anforderungen aus Sicht der zentralasiatischen Staaten höher als der Nutzen für die Regierungen der Region.

1.3 Theoretischer Zugang

Im theoretischen Teil dieser Arbeit wird gezeigt, dass die EU in ihrer Außenpolitik bestimmte Ziele anstrebt, die sie durch verschiedene Ansätze und Methoden erforschen lässt. Der theoretische Teil der Arbeit beginnt mit dem Ansatz *Externes Regieren*. Dabei geht es um den Versuch der Europäischen Union, Drittländern europäische Normen zu vermitteln. Dieser Ansatz zeigt wie die europäische Union *Externes Regieren* auf ihre Nachbarländer und weiter auf Zentralasien erweitert. Bei der Zentralasienstrategie spielt der Regelexport auch eine wichtige Rolle, daher wird dieser Ansatz im Energiebereich untersucht. Die Regelübernahme lässt sich mit zwei anderen Ansätzen untersuchen: *Rationalismus* und *Konstruktivismus*.

Diese beiden Ansätze wurden als *External Incentives Model (Rationalismus)* und als *Social Learning Model (Konstruktivismus)* anlässlich der Osterweiterung der EU von Frank Schimmelfennig und Ulrich Sedelmeier formuliert. Während der Beschreibung dieser Ansätze wird geklärt, welche der beiden für die Untersuchung Zentralasiens besser geeignet ist und warum. Mit Hilfe dieser Ansätze wird untersucht, welche Ziele die EU mit der Zentralasienstrategie erreichen will und welcher von diesen Ansätzen dabei verwendet wird. Dazu kommt das Konzept der *konzentrischen Kreise*. Dabei wird gezeigt wie die EU ihre Außenbeziehungen erweitert und die Drittländer in die EU-Normen integriert.

1.4 Methode

Für die Untersuchung der Forschungsfrage wird eine Literaturanalyse durchgeführt. Dabei werden vor allem Primär- und Sekundärquellen verwendet. Als Primärliteratur werden Dokumente zu den multilateralen und bilateralen Abkommen zwischen der EU und Zentralasien verwendet. Des Weiteren werden als Sekundärquellen bereits verfasste Texte über die Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien, Daten und Informationen von den Webseiten der Europäischen Institutionen sowie von anderen wichtigen Unternehmen und Organisationen verwendet. Eine ebenso große Rolle

spielen russischsprachige Quellen und Onlinezeitungen aus den zentralasiatischen Staaten.

1.5 Aufbau der Arbeit

In diesem Unterkapitel werden die einzelnen Kapitel kurz dargestellt. Der Hauptteil der Arbeit besteht aus sechs großen Kapiteln. Das erste Kapitel behandelt den theoretischen Zugang. Die Ansätze *Externes Regieren*, *Rationalismus (External Incentives Model)*, *Konstruktivismus (Social Learning Model)* und das Konzept *konzentrische Kreise* werden oft in Zusammenhang mit der Erweiterung der EU erwähnt, in letzter Zeit insbesondere in Bezug auf die Europäische Nachbarschaftspolitik. Daher werden in dieser Arbeit anhand dieser Theorien die Beziehungen zwischen der EU und der zentralasiatischen Region insbesondere im Energiebereich untersucht. Dafür wurden Publikationen der russischen Politologen Andrei Kazancev über die *konzentrischen Kreise*, Sandra Lavenex über *Externes Regieren* sowie Publikationen von Frank Schimmelfennig und Ulrich Sedelmeier über das *External Incentives Model* und das *Social Learning Model* verwendet.

Im zweiten Teil der Arbeit wird das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) behandelt. Im Jahr 2007 wurde die ENP bis in die Region Südkaukasus ausgedehnt. Damit kam die EU den Nachbarn der Nachbarn beziehungsweise den zentralasiatischen Staaten noch näher. Um diese außenpolitische Annäherung der EU an Zentralasien zu beschreiben wird zuerst die ENP erläutert, um einen Überblick darüber zu vermitteln, wie die EU-Außenbeziehungen entstehen.

Im dritten Kapitel wird die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien dargestellt. Die Darstellung beginnt mit dem Zerfall der Sowjetunion und ist in fünf Phasen aufgeteilt. Danach wird die Beziehung zwischen Deutschland und Zentralasien beschrieben, weil Deutschland das einzige europäische Land war, das nach Erlangung der Unabhängigkeit durch die zentralasiatischen Staaten in der Region aktiv war. Als letzte und aktivste Phase der Beziehungen zwischen den beiden Regionen wird der Zeitraum von 2007 bis heute beziehungsweise die Zeit, in der die Zentralasienstrategie umgesetzt wurde, beschrieben. Diese Phase wird in einem eigenen Kapitel dargestellt.

Thema des fünften Kapitels ist die „Strategie für eine neue Partnerschaft der EU mit Zentralasien“. Hier werden allgemeine Informationen über die Strategie und ihre Entwicklung vermittelt. Auf folgende Bereiche wird im Rahmen der Strategie Bezug genommen: Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Sozioökonomische Entwicklung, Umweltnachhaltigkeit, Wasserressourcen und Sicherheit. Im Bezug auf Rechtsstaatlichkeit will die EU bei der Ausarbeitung von effektiven Rechtsvorschriften helfen und die Korruptionsbekämpfung verstärken. Nur so kann Zentralasien Mitglied in den „Römischen Statuten“ des Internationalen Strafgerichtshofes werden. Um die Menschenrechtslage zu verbessern, werden stetig Dialoge in diesem Bereich durchgeführt und freie Medien unterstützt. Im wirtschaftlichen Bereich sollen die Energie- und Transportinfrastrukturen verbessert werden, um auf den europäischen Markt zu gelangen. Dadurch können die zentralasiatischen Länder, abgesehen von Kirgisistan und Tadschikistan – diese sind bereits Mitglieder – ihren Beitritt zur WTO (World Trade Organization) vorbereiten. Auch im Bildungsbereich werden viele Programme wie „Erasmus Mundus“ und „TEMPUS“ durchgeführt, die den StudentInnen Auslandsstudien und Berufstätigen Weiterbildung ermöglichen. Im Bereich Sicherheit wird mit anderen Organisationen zusammengearbeitet, dabei spielen der Grenzschutz sowie die Bekämpfung von Drogenkriminalität und Terror eine große Rolle.

Weiters folgt im sechsten Kapitel die Entwicklung der Energiepolitik zwischen Zentralasien und der Europäischen Union. Dabei wird auf wichtige Ideen, Maßnahmen und Instrumente der EU im Energiesektor eingegangen, der Fokus liegt dabei auf Erdgas aus drei Ländern Zentralasiens: Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan. Die anderen beiden Staaten, Kirgisistan und Tadschikistan, verfügen über keine Erdöl- und Erdgasvorkommen, deswegen wird auf diese beiden Staaten in dieser Arbeit nicht eingegangen. Dieser Teil der Arbeit beschäftigt sich ausführlich mit den folgenden Programmen und Projekten: *Interstate Oil and Gas Transport to Europe* (INOGATE), Baku-Initiative und südlicher Gaskorridor. Zu Beginn werden die Pläne und Ziele von Programmen und Projekten dargestellt. Das größte Projekt, „Nabucco“, wird vorgestellt und weitere Gas-Pipeline-Vorhaben, die das Scheitern des Projekts „Nabucco“ verursacht haben. Außerdem werden die bisherigen Entwicklungen in diesem Bereich und die dabei entstandenen Probleme behandelt. Danach werden Kasachstan,

Turkmenistan und Usbekistan einzeln behandelt. Den Schluss bildet eine kurze Kritik der Zentralasienstrategie. Abschließend beziehungsweise im Fazit werden die Ergebnisse gemeinsam mit einer zusammenfassenden Bewertung der Analyse vorgestellt.

2 Theoretischer Zugang

In diesem Kapitel der Arbeit werden neue Ansätze der Außenpolitik der EU erläutert. Mit diesen Theorien wurde häufig die Erweiterung der EU erklärt. Mit der Erweiterung der EU im Jahr 2004 beziehungsweise mit der Entstehung der Europäischen Nachbarschaftspolitik wurden diese Ansätze auch weiterentwickelt. In letzter Zeit werden diese auch auf den Bereich der europäischen Außenpolitik angewendet. In diesem Fall geht es um die Erweiterung der europäischen Außenpolitik auf Osteuropa, die Region Südkaukasus und Zentralasien.

2.1 Externes Regieren

Die Europäische Union wird wegen ihrer Struktur als *sui generis* (lat. „eigener Art“) definiert. Ihre Form verknüpft supranationale und intergouvernementale Komponenten. In der Politikwissenschaft lässt sich die politische Vorgehensweise der EU als Mehrebenensystem beschreiben. Markus Jachtenfuchs erklärt die EU als *sui generis* folgendermaßen:

Die EU entspricht einerseits nicht dem herkömmlichen Modell des Nationalstaates, andererseits wird es als unwahrscheinlich angesehen, dass der europäische Integrationsprozess auf einen unitarisch verfassten, hierarchisch strukturierten, soziokulturell homogenen europäischen ‚Superstaat‘ zusteuert (Markus Jachtenfuchs, zit. nach Hrisoskulov 2010: 29).

Bei dem Mehrebenensystem werden die nationalen politischen Systeme der Staaten geändert. Dabei ergibt sich eine neue politische Struktur ohne Machtzentrum, weil die Macht verteilt wird (vgl. Hrisoskulov 2010: 31).

Beim externen Regieren unterhält die EU institutionalisierte Außenbeziehungen mit Drittstaaten, im Rahmen derer europäische Struktur vermittelt wird. Durch die Institutionen hat die EU die Möglichkeit, die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten durchzusetzen (vgl. Simonis 2011: 20). Dabei spielt beim externen Regieren eine Regeländerung in Drittstaaten eine wichtige Rolle (vgl. Hofer 2008: 17).

Sandra Lavenex versteht unter *Externem Regieren* Folgendes: „In contrast to co-operation under an international agreement or convention, external governance takes place when parts of the *acquis communautaire* are extended to non-member states“ (Lavenex 2004: 683). *Externes Regieren* entsteht durch die Ausdehnung von Regeln

und Veränderungen auf die nationalen Institutionen anderer Ländern. In der Europäischen Union ist das ihre Erweiterung und die dabei erfolgende Übertragung der europäischen *Acquis communautaire*² über ihre Grenzen hinaus. Ein Ziel des externen Regierens ist die Europäisierung von Drittstaaten beziehungsweise die Annäherung der Gesetze von Drittstaaten an die europäische *Acquis communautaire* (ebd. 683). Darunter ist zu verstehen, dass ein Akteur/eine Akteurin beziehungsweise ein Staat das soziale Leben in anderen Ländern beeinflussen kann. Wenn die Drittstaaten mit den Anforderungen der EU einverstanden sind und versuchen, sich an die Regeln der EU anzupassen und sich zu europäisieren, zeigt das externe Regieren der EU Wirkung (vgl. Hofer 2008: 17). Meistens werden Anreize an die *acquis communautaire* geknüpft, zum Beispiel wird im Rahmen der ENP eine Mitgliedschaft im EWR (Europäischen Wirtschaftsraum) oder die Gründung eines neuen EWR II versprochen (vgl. Lippert 2009: 172). Der Begriff *Europäisierung* bedeutet, dass bestimmte Zielländer sich an das europäische Leben anpassen, d. h. die politischen Regeln, kulturellen Werte und Gesetze der EU übernehmen. Dabei versuchen die Länder, die europäischen Vorschriften in wirtschaftlichen, politischen und gesetzlichen Bereichen zu realisieren. Dies gilt nicht nur für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sondern auch für Drittländer (vgl. Gehler/Vietta 2010: 9). Im Rahmen des Erweiterungsprozesses verwenden die europäischen Institutionen wie die Europäische Kommission und der Europäische Rat für die Bewerberländer einige Instrumente, durch welche die Staaten entweder belohnt oder mit Sanktionen belegt werden. Die größte Belohnung für die Beitrittsbewerber ist der Erwerb einer Mitgliedschaft und als Strafe gelten die Sanktionsmittel und Aussetzung von dem Beitritt (vgl. Hrisoskulov 2010: 46). Zum Beispiel sind Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 der EU beigetreten, aber in Bezug auf einige Bereiche wie beispielsweise das Schengen-Abkommen sind sie noch nicht gleichberechtigt. Der Grund dafür ist, dass sie zuerst bestimmte Voraussetzungen dafür erfüllen müssen (vgl. Schemm-Gregory 2009: 214).

Die EU ist ein Mehrebenensystem und verwendet beim externen Regieren die folgenden institutionellen Formen: Hierarchie, Netzwerk und Markt (vgl. Simonis 2011: 21;

² *Acquis communautaire* (Gemeinschaftlicher Besitzstand): „Der gemeinschaftliche Besitzstand ist das gemeinsame Fundament aus Rechten und Pflichten, die für alle Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Union verbindlich sind.“ (Europa o. J.)

Lavenex/Schimmelfennig 2009: 796f.). Es gibt sozusagen drei Arten europäischer Länder:

- ✓ Diejenigen, die der EU angehören
- ✓ Länder mit Beitrittsmöglichkeiten wie die Türkei und gewisse Balkanländer (Serbien und Mazedonien)
- ✓ Quasi-Mitglieder: Die Schweiz, die mit der EU zahlreiche bilaterale Verträge abgeschlossen hat, und die EWR-Mitglieder (Norwegen und Liechtenstein), die nur wirtschaftlich in die EU-Struktur integriert sind (vgl. Stratenschulte 2007: 22; Lavenex 2004: 683).

Sandra Lavenex unterscheidet drei weitere Arten der außenpolitischen Zusammenarbeit zwischen der EU und Nicht-Mitgliedsstaaten:

- ✓ Nachbarschaftsbeziehungen mit den Mittelmeerstaaten und neuen östlichen Nachbarn
- ✓ Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten
- ✓ Transatlantische Zusammenarbeit mit den USA und Kanada (vgl. ebd.: 683)

In dieser Arbeit wird insbesondere auf die Nachbarschaftsbeziehungen der EU eingegangen.

Die EU hat keine festen territorialen Grenzen, weil sie ständig durch den Beitritt neuer Mitglieder erweitert wird. Die erfolgreiche Erweiterung der EU nach Osten ermutigte die EU, ihre Strategie gegenüber ihren Nachbarn weiter zu verfolgen und die Europäische Nachbarschaftspolitik zu begründen (vgl. Lippert 2011: 14). Die Erweiterung des europäischen Externen Regierens über die EU-Mitgliedsstaaten hinaus ist eine neue Perspektive für die internationale Rolle der EU. Die Nachbarländer der EU spielen eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität in Europa (vgl. Lavenex 2011: 882ff.).

Die EU baut verschiedene Institutionen auf, in denen europäische Normen angewandt werden und wenn die anderen Staaten mit den europäischen Normen einverstanden sind, wird zusammen an gemeinsamen Problemen gearbeitet. Damit schafft die EU einen „ring of friends“ um sich herum (vgl. Simonis 2011: 22f.). Der Regeltransfer der EU ist ein Grundstein jeder Strategie der EU sowohl bei der Erweiterung im Südosten Europas als auch bei der Nachbarschaftspolitik (vgl. Hofer 2007: 18). Um ihre

Energieversorgung zu sichern, hat die EU verschiedene Strategien zum Regeltransfer entwickelt (vgl. ebd.: 20).

Internationale Institutionen arbeiten mit zwei unterschiedlichen Modellen: dem *External Incentives Model* und dem *Social Learning Model* (vgl. Schimmelfennig 2013: 162). Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen ist umstritten, welches der beiden Konzepte von den AkteurInnen häufiger verwendet wird (vgl. Zangl 1999: 40). In den nächsten beiden Abschnitten werden die Ansätze *Rationalismus* und *Konstruktivismus* vorgestellt, da sie als Grundstein der Modelle *External Incentives Model* und *Social Learning Model* gelten.

2.2 Rationalismus

Im Rahmen des *Rationalismus* verfolgen Akteure nur eigene Interessen beziehungsweise sie handeln rational. Dabei werden Wege gesucht, die gesteckten Ziele zu erreichen. Im rationalistischen Ansatz orientieren sich die Staaten an der eigenen Nutzenmaximierung. Dabei handeln Staaten nach zweckrationalen Strategien um die Verwirklichung ihrer Interessen zu erreichen (vgl. Risse 2003: 107). In diesem Fall stehen ökonomische beziehungsweise materielle Interessen weiter im Vordergrund als der Regelexport. Nach Aussagen von Robert O. Keohane und Michael Zürn sind die Staaten in diesem Ansatz die HauptakteurInnen und verfolgen nur eigene Interessen. Dabei treten die Interessen anderer Staaten in den Hintergrund. Um gegenseitige Ziele und die Verwirklichung gegenseitiger Interessen zu erreichen, bilden Staaten internationale Institutionen. Durch internationale Institutionen können Strukturen des internationalen Systems geändert werden und die Interessen und Identitäten der Staaten geprägt werden. So können AkteurInnen ihre Interessen leichter verwirklichen. Dabei zeigt der rationale Institutionalismus, wie soziale AkteurInnen durch Institutionen die sozialen Strukturen verändern können (vgl. Zangl 1999: 40f.). Im *Rationalismus* agieren die AkteurInnen nach einem *External Incentives Model* beziehungsweise nach der *Logik der Konsequenzen*.

2.2.1 External Incentives Model

Das Modell basiert auf rationalistischen Grundannahmen beziehungsweise auf der *Logik der Konsequenzen*. Frank Schimmelfennig und Ulrich Sedelmeier untersuchen, wie der Anpassungsprozess in den Beitrittskandidaten funktioniert. Diese Modelle wurden auch schon für die Forschungen zur Europäischen Nachbarschaftspolitik verwendet.

Bei den Verhandlungen zwischen den AkteurInnen tauscht man sich über Interessen, Privilegien und Anreize aus. Meistens sind diese Verhandlungen asymmetrisch, weil von der EU Konditionen vorgegeben werden, wie sich die Länder an ihre Regeln anpassen sollen. Außerdem spielt die EU eine führende Rolle aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Stabilität. Dabei bietet die EU als Gegenleistung beziehungsweise Belohnung institutionalisierte Beziehungen, finanzielle Unterstützung und Zugang zum einheitlichen Markt; damit kann sie den Dialog steuern. Zum Beispiel stellt im Rahmen der ENP die Visaerleichterung einen der wichtigsten Anreize dar, ebenso wie die WTO einen der wichtigen institutionalisierten Anreize im Rahmen der Zentralasienstrategie darstellt. Durch den Beitritt zur WTO erhalten die Länder einen Zugang zum Welthandel. Die EU hat den zentralasiatischen Staaten (die noch nicht in der WTO sind) versprochen, dass sie ihnen mit der Unterstützung von Wirtschaftsreformen zum WTO-Beitritt verhelfen kann (vgl. Deutscher Bundestag 2008: 7). Die Regelübernahme durch Konditionalität hängt von dem Wert des Anreizes ab. Um die versprochene Gegenleistung zu bekommen, müssen andere Staaten die von der EU vorgegebenen Konditionen erfüllen. Wenn diese Bedingungen nicht eingehalten werden, werden auch die Belohnungen ausgesetzt. Ein Staat kann die EU-Regeln erst übernehmen, wenn der Nutzen der Regelübernahme höher ist als ihre Kosten beziehungsweise wenn die versprochene Belohnung höher ist als die Anpassungskosten (vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier 2004: 664). Anpassungskosten umfassen sowohl materielle Kosten als auch die Bereitschaft der Politiker ihre Position zu riskieren (vgl. Kasper 2012: 25).

Die Wirksamkeit dieses Mechanismus hängt von der Größe der Belohnungen, der Glaubwürdigkeit der Konditionalität und der Höhe der Anpassungskosten ab (vgl. Smolnik 2008: 24). Insbesondere für zentralasiatische Staaten müssten die Belohnungen

sehr hoch sein, damit sie bereit wären, sich an europäische Normen anzupassen und der Nutzen der Belohnung die Anpassungskosten dennoch übersteigen würde. Außerdem ist die Höhe der Belohnung für die EU sehr wichtig, wenn sie aus den bestehenden AkteurInnen in der Region herausstechen will. Der Regeltransfer kann sich vor allem in den Bereichen vollziehen, wo ein Staat seine Interessen am besten verwirklichen beziehungsweise am ehesten einen materiellen Gewinn erreichen kann (vgl. Kasper 2012: 26f.).

2.3 Konstruktivismus

Die Grundidee der Sozialkonstruktivistischen Theorie ist, dass die Realität sozial konstruiert ist. Im Gegensatz zum *Rationalismus* steht im Sozialkonstruktivismus die Übertragung von Normen und Werten in Vordergrund. Dabei handeln die AkteurInnen sicherheits- und stabilitätsorientiert. Dabei können AkteurInnen die sozialen Strukturen ändern beziehungsweise AkteurInnen soziale Strukturen reproduzieren. Die Konstituiertheit von AkteurIn und Struktur widerspricht dem rationalistischen Ansatz. Soziale Ereignisse werden durch die Interessen der AkteurInnen begründet (vgl. Risse 2003: 106). Alexander Wendt formuliert *Konstruktivismus* folgendermaßen:

The vast majority of states today see themselves as part of a „society of states“ whose norms they adhere to not because of on-going self-interested calculations that it is good for them as individual states, but because they have internalized and identify with them. This is not to deny that states are self-interested in much of what they do within the boundaries of that society. But with respect to many of the fundamental questions of their co-existence states have already achieved a level of collective interest that goes well beyond „Realism“ (Alexander Wendt zit. nach Krell 2003: 323).

Wendt erläutert, dass die Interessen der AkteurInnen nicht nur zweckrational orientiert sind. Durch gemeinsame Werte und Normen bilden die Staaten eine Staatengemeinschaft. Im *Konstruktivismus* agieren die AkteurInnen nach dem *Social Learning Model* beziehungsweise nach der *Logik der Angemessenheit*.

2.3.1 Social Learning Model

Das Modell folgt der konstruktivistischen Grundannahme beziehungsweise *Logik der Angemessenheit*. Bei der *Logik der Angemessenheit* entscheiden sich die AkteurInnen für die Vorgehensweise, welche den sozialen Normen, Regeln und Identitäten entspricht (vgl. Schimmelfennig 2013: 162).

Hier werden internationale Institutionen zu Sinn- und Bedeutungsstrukturen, die AkteurInnen konstituieren, ihnen Informationen über Normen vermitteln und ihre Interessen bestimmen:

Ihre Normen und Regeln machen soziale Interaktionen in der internationalen Politik zuallererst möglich, indem sie wechselseitige Verhaltenserwartungen nicht nur stabilisieren, sondern auch Sinnkonstruktionen und „Wissen“ bereitstellen, die den Akteuren helfen, sich in der Welt zurechtzufinden (Risse 2003: 108).

Hier versucht die EU, die Eliten in den Beitrittsländern zu überzeugen, dass die EU-Regeln legitim sind und einen Wert haben, damit motiviert sie die Regierungen, sich an europäische Normen anzupassen. Dabei ist wichtig, dass die Beitrittskandidaten die EU-Regeln ohne institutionelle oder materielle Belohnungen übernehmen (vgl. Sedelmeier 2010: 15). Hier ist Kommunikation zwischen den Drittstaaten und der EU sehr wichtig damit Erstere sich leichter an die Grundsätze und Regeln des europäischen Regierens anpassen können.

Ein Staat kann die EU-Regeln erst dann übernehmen, wenn er von der Angemessenheit und der Legitimität der EU-Vorschriften überzeugt ist (vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier 2004: 676). Die EU kann andere Länder mit ihre Identität, Legitimität und Resonanz überzeugen. Unter der Identität ist zu verstehen, dass die Staaten sich mit der EU kulturell oder historisch identifizieren. Dadurch dass die EU ein wichtiger internationaler Akteur ist, werden ihre Regeln auch legitimiert. Je wichtiger die EU in der Welt wird, desto mehr Länder wollen sich mit der EU identifizieren und sich an die EU-Regeln anpassen. Dabei müssen andere AkteurInnen gegenüber der EU offen sein, wenn sie sich erfolgreich an die EU-Regeln anpassen wollen (vgl. Kasper 2012: 28ff.).

Im Bezug auf Zentralasien lässt sich dieses Modell schwer verwenden, weil sich die Region mit der EU weder historisch, kulturell noch politisch identifizieren kann.

Außerdem sind die autoritären Regime in Zentralasien nicht bereit, die EU-Regeln ohne Aussicht auf Belohnung zu übernehmen.

Die Abbildung 2 (Tabelle 1) gibt einen Überblick über die oben beschriebenen Ansätze *Rationalismus* und *Konstruktivismus*:

Tabelle 1: *Rationalismus* und *Konstruktivismus* im Vergleich

	<i>Rationalismus</i>	<i>Konstruktivismus</i>
Konzept der AkteurlInnen	homo oeconomicus	homo sociologicus
Handlungslogik	<i>Logik der Konsequenzen/External Incentives Model</i>	<i>Logik der Angemessenheit/Social Learning Model</i>
Interessen	Ökonomische und materielle Interessen	Übertragung von Normen und Werten
Wirksamkeit erfolgt durch	die Größe der Belohnungen, die Glaubwürdigkeit der Konditionalität und die Höhe der Anpassungskosten	die Angemessenheit und Legitimität der EU-Vorschriften

(eigene Darstellung)

2.4 Das Europa der konzentrischen Kreise und die Erweiterung der Europäischen Nachbarschaftspolitik

In der Außenpolitik der Europäischen Union kann man den Zeitraum zwischen 1991 und 2008 mit zwei Hauptmerkmalen beschreiben: **territoriale Erweiterung** und eine schrittweise Erhöhung der Kohärenz der **Außen- und Militärpolitik** der Mitgliedsstaaten. Diese Merkmale hatten Auswirkungen auf die zentralasiatische Politik (vgl. Казанцев 2008: 179). Betrachten wir als Nächstes Zentralasien im Rahmen der territorialen Erweiterung der EU. Am Ende der 80er Jahre stellte Gianni De Michelis das Konzept „Europa der vier Kreise“ vor. Das Hauptmerkmal des Konzepts ist der von außen nach innen zunehmende Integrationsgrad. Der erste Kreis ist Kerneuropa, darin befinden sich die EU-Mitglieder. Im zweiten Kreis befinden sich die EFTA-Staaten (*European Free Trade Association*). Zum dritten Kreis gehören die Staaten Osteuropas und im letzten Kreis befinden sich die OSZE-Länder (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Wenig später wurden die Bedingungen in den einzelnen Kreisen geändert. Manche EFTA-Länder wurden EU-Mitglieder und einige andere

wollten keine Vollmitgliedschaft. Einigen mittel- und osteuropäischen Ländern wurde eine Beitrittsmöglichkeit versprochen. Im europäischen Integrationsprozess wurden die Innen- und Außengrenzen der EU immer wieder erneuert. Die Grenzen innerhalb der EU wurden wegen der EWWU (Europäische Wirtschafts- und Währungsunion) und dem Schengener-Abkommen und die Außengrenzen der EU durch die Osterweiterungen 2004 und 2007 verändert. Auch nach der Änderung des Konzepts wird das Konzept als differenzierte Integration beschrieben (vgl. Hrisoskulov 2010: 51; 96). Mit der Erweiterung der EU rücken die Staaten aus den äußeren Kreisen näher zum Kern vor. Die EU lässt sich aber nicht abgrenzen und zieht wie ein Magnet die sie umgebenden Länder an sich heran, vor allem an ihre Normen (vgl. Veit 2006: 4). Anders gesagt, durch die ENP werden die Peripherie- beziehungsweise ENP-Länder an demokratische Normen des Kerns beziehungsweise der EU gebunden, sodass die Staaten diese Regeln als legitimiert annehmen. Je mehr sich die Nachbarstaaten an die europäischen Regeln anpassen, desto näher rücken sie an den Kern der Kreise heran. Somit kommen neue Kreise dazu, in diesem Fall die zentralasiatische Region, die mit der Zeit politisch, wirtschaftlich und vor allem energiepolitisch eine immer wichtigere Rolle für die EU spielt (vgl. Hrisoskulov 2010: 184).

Die *konzentrischen Kreise* werden dem EU-Glossar zufolge wie folgt interpretiert:

Das Konzept Europa der konzentrischen Kreise beschreibt ein Modell der Gliederung der Europäischen Union in Staatengruppen mit unterschiedlichem Integrationsniveau. Es ist nicht auf die integrative Struktur der Europäischen Union begrenzt. Entwickelt wurde das Konzept von mehreren Persönlichkeiten. Einige von ihnen unterscheiden zwischen dem „inneren Kreis“ (Mitgliedsstaaten der Union), dem „Kreis der Nahestehenden“ (Drittstaaten und beitriftswillige Staaten) und „kleineren Kreisen“, in denen eine verstärkte Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen (Währung, Verteidigung usw.) vorgesehen ist (EU-Glossar o. J.).

Mit der Osterweiterung näherte sich die EU aber auch Gefahren wie Terrorismus, organisierte Kriminalität und Korruption an. Aus diesem Grund strebt die EU danach, in den umgebenden Ländern Stabilität zu schaffen und verwendet dafür verschiedene Instrumente wie Entwicklungshilfen, politischen Dialog etc. (vgl. Veit 2006: 4f.).

Nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004 initiierte die EU die Entwicklung eines neuen Instruments für die Zusammenarbeit mit ihren Nachbarländern beziehungsweise für die Nichtbeitrittskandidaten. Die Europäische Nachbarschaftspolitik wurde entworfen um

neue Trennlinien in Europa zu vermeiden und eine verantwortungsvolle Regierung (*good governance*) in den Nachbarstaaten zu schaffen. Daraus entstand das Konzept „*Wider Europe*“, dieses schließt die EU und ihre Nachbarn ein. Im Rahmen dieses Konzepts wurde den Nachbarn jede Form der Integration in die EU versprochen außer einer EU-Mitgliedschaft.

Im Gegensatz zu einem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wird im Rahmen des Konzepts "*Wider Europe*" eine aktive Zusammenarbeit der Nachbarländer mit den europäischen Institutionen zur Erreichung der *acquis communautaire* erwartet. So werden die Nachbarn zum Objekt der Europäisierungspolitik (vgl. Казанцев 2008: 180).

Bei der Osterweiterung im Jahr 2004 war das Versprechen einer EU-Mitgliedschaft das wichtigste Instrument zur Förderung der Partner. Wenn die EU für die ENP-Partner die Beitrittsmöglichkeit endgültig ablehnt, könnte ein „eiserner Vorhang“ entstehen. Fehlende Beitrittsmöglichkeiten in der ENP geben den Partnern keinen ausreichenden Anreiz sich zu europäisieren. Aus diesem Grund lässt die EU die Frage der Mitgliedschaft noch offen (vgl. Казанцев 2008: 75; 180).

Der Südkaukasus und Zentralasien wurden von der EU lange Zeit als eine Region wahrgenommen, insbesondere im Zusammenhang mit der Energiepolitik am Kaspischen Meer. Obwohl diese Regionen nicht zu Europa gehören, wurden auch mit ihnen noch in den 1990er Jahren Partnerschafts- und Kooperationsabkommen abgeschlossen. Diese Regionen dienten als eine „Brücke“ oder „Pufferzone“ zwischen Europa und Asien (vgl. ebd.: 180; Hrisoskulov 2010: 52f.). Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begannen die Region Südkaukasus und Zentralasien, an der europäischen Sicherheitspolitik (der OSZE und der NATO) teilzunehmen. Für die EU war vor allem wichtig, in diesen Regionen Stabilität zu schaffen um Europas Sicherheit und eine effektive wirtschaftliche Zusammenarbeit zu gewährleisten. Ende der 1990er Jahre begann die EU, zwischen den beiden Regionen zu unterscheiden. 1999 wurde Georgien in den Europarat aufgenommen. Die „Rosenrevolution“ in Georgien (2003) hat den Anstoß gegeben, die Staaten des Südkaukasus in die Europäische Nachbarschaftspolitik aufzunehmen. Das war eine eindeutige kontinuierliche Erweiterung der EU nach Osten (vgl. Казанцев 2008: 179ff.). Somit blieb Zentralasien

alleine als eine „Brücke“ und „Pufferzone“ zwischen Asien und Europa bestehen. Auch Kasachstan kämpft wie Georgien um die Anerkennung als Teil Europas, weil circa 5 Prozent des Landesterritoriums in Europa liegen. Das Land versucht, Mitglied im Europarat zu werden und hatte 2010 als erstes Land der ehemaligen Sowjetunion den Vorsitz in der OSZE inne.

Nach der Erweiterung der EU im Jahr 2004 rückte Zentralasien näher an den Kern heran und nahm im letzten Kreis Platz. Allerdings gilt die Region als nicht europäisch und kann auch nicht als Nachbar angesehen werden. Daher wollte Kasachstan in die ENP aufgenommen werden (vgl. ebd.: 181). Beim ersten Treffen der Troika der Europäischen Union und der zentralasiatischen Länder hat Kommissarin Ferrero-Waldner erwähnt, dass die zentralasiatischen Staaten der EU als „Nachbarn der Nachbarn“ näher kommen (vgl. Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007). So hat die EU angefangen, die wirtschaftliche Partnerschaft mit der Ausbreitung der *acquis communautaire* zu verbinden (vgl. Казанцев 2008: 181). 2007 wurde die Strategie "EU und Zentralasien – eine Partnerschaft für die Zukunft" verabschiedet (Auswärtiges Amt 2012). Die Zentralasienstrategie ist der Europäischen Nachbarschaftspolitik sehr ähnlich.

Wie bereits am Anfang dieses Unterkapitels erwähnt, gibt es außer der territorialen Erweiterung noch andere Faktoren, welche die **Außen- und Militärpolitik** der EU stärken. In den 1990er Jahren verwendete die EU in Zentralasien die Instrumente der Europäischen Kommission. Dabei standen wirtschaftliche Interessen im Vordergrund. Als erstes wurden in den Bereichen Energie und Transport Projekte wie TACIS, TRACECA und INOGATE geplant. Im Vergleich zur Politik anderer AkteurInnen lässt sich die europäische Politik (1991-2007) in Zentralasien als schwach und unfokussiert bezeichnen. Damals interessierte sich die EU nur aufgrund der vorhandenen Energieressourcen für diese Region und betrachtete die Region als Teil des Kaspischen Raumes. Erst in den Jahren 2004 bis 2007 wurde Zentralasien von der EU als getrennte Region wahrgenommen (vgl. Казанцев 2008: 182f.). In Abbildung 3 sind die oben beschriebenen neuen beziehungsweise geänderten Kreise dargestellt.

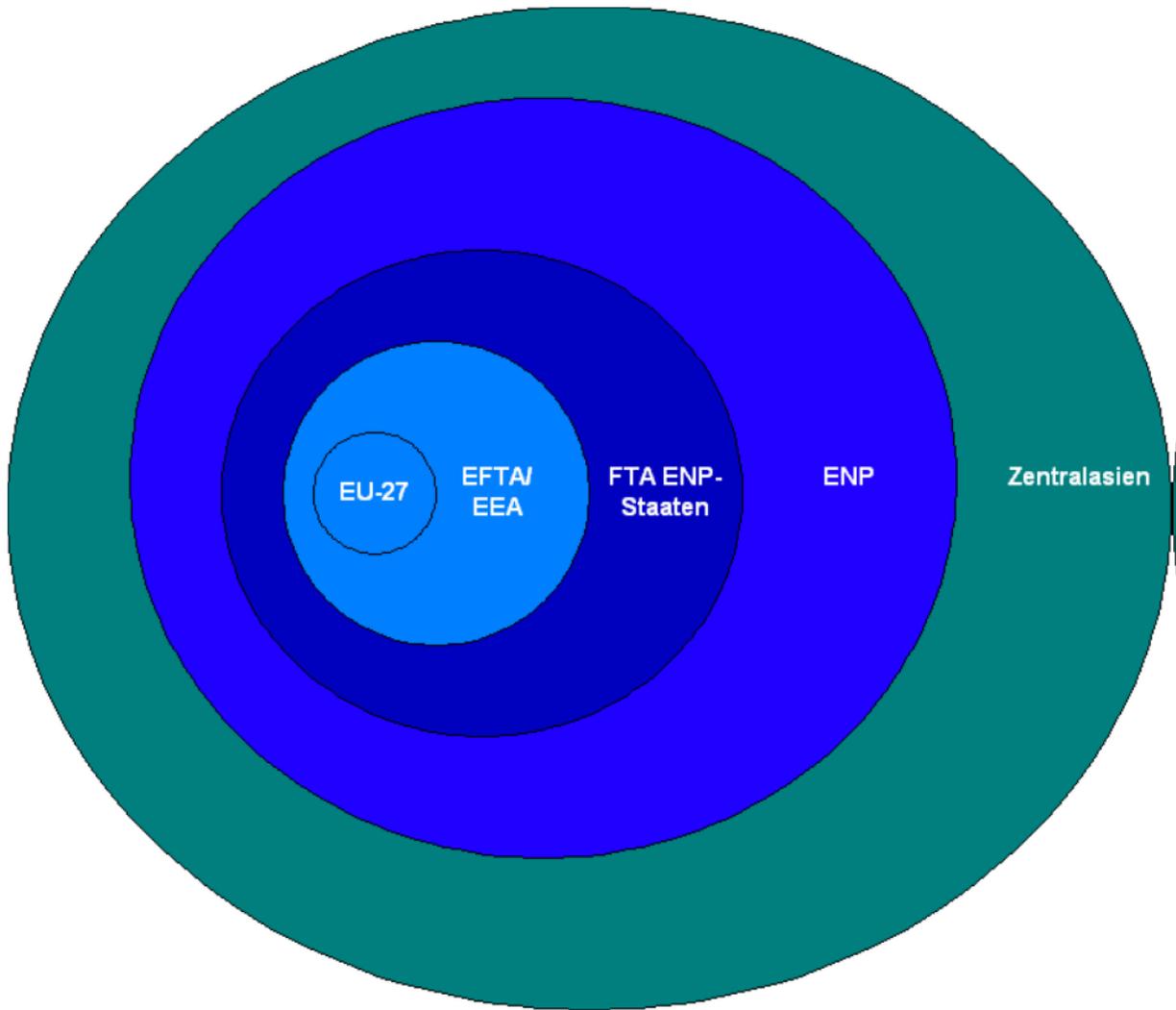


Abbildung 3: Beseitigung von Grenzen im Modell der *konzentrischen Kreise* (Hrisoskulov 2010: 185).

Das Bild stammt aus dem Jahr 2010, deswegen steht im inneren Kreis „EU-27“ (aktuell hat die EU schon 28 Mitglieder). Wenn man die *konzentrischen Kreise* auf die europäische Energiepolitik überträgt, würde diese genauso aussehen wie in Abbildung 3 dargestellt. Diese wird im Laufe der Arbeit näher beschrieben.

3 Das Konzept Europäische Nachbarschaftspolitik

Es gibt einige Gründe für die Entstehung der ENP. Mit der Osterweiterung im Jahr 2004 erhielt die EU neue Grenzen beziehungsweise neue Nachbarn und stieß damit auch auf neue Herausforderungen, weil diese Länder Probleme mit Korruption, organisierter Kriminalität und Migration haben. Im Mai 2004 wurde ein Strategiepapier über die ENP vorgestellt. Der erste Entwurf der ENP wurde in Hinblick auf die folgenden Länder entwickelt: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldau, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien, die Ukraine und Weißrussland. Mit der Erweiterung der EU im Jahr 2007 wurde die Grenze an das Schwarze Meer verlegt. Aus diesem Grund wurden drei weitere südkaukasische Staaten, nämlich Armenien, Aserbaidschan und Georgien, in die ENP aufgenommen.

Das ENP-Konzept umfasst folgende Maßnahmen:

- ✓ Verbesserung des Zugangs zum europäischen Binnenmarkt unter der Voraussetzung, gemeinsame Regeln zu befolgen
- ✓ Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
- ✓ Durchführung von bilateralen und multilateralen Kooperationen

Die Konflikte auf dem Balkan und im Südkaukasus und der sich stark ausweitende Menschen- und Drogenhandel bedrohten die Sicherheit der Europäischen Union (vgl. Hrisoskulov 2010: 1; 94). Aus diesem Grund wollte die EU zuerst in den Nachbarländern Stabilität und Sicherheit schaffen. Dabei ging es um Zusammenarbeit in Bereichen wie Korruption, Grenzkontrolle, Einschränkung von Drogen- und Menschenhandel, Terrorismusbekämpfung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Außerdem sind für die EU die Nachbarn als Partner in den Bereichen Energiesicherheit und -diversifizierung sehr wichtig (ebd.: 158). Überdies versucht die EU, ihre Nachbarn in den Bereichen Demokratie, Umweltschutz und Wirtschaft zu unterstützen (vgl. Stratenschulte 2007: 22). Einige Partner der ENP, die sich in Europa befinden, möchten auch EU-Mitglieder werden. Der Grund dafür ist, dass die Mitgliedschaft den Ländern territoriale Sicherheit und Wohlstand in der EU garantieren könnte (vgl. ebd.: 22).

Die Europäische Union ist an ihr nahe liegenden Staaten interessiert, vor allem an deren Energieressourcen. Diesen Nachbarn kann die EU aber keine Mitgliedschaft versprechen, weil nur jene Länder in die EU aufgenommen werden können, die in Europa liegen. Aus diesem Grund begründete die EU im Jahr 2003 die Europäische Nachbarschaftspolitik. Dabei können Nachbarländer mit der EU wirtschaftlich und politisch zusammenarbeiten, wenn sie europäische Normen und Werte übernehmen. Um diese Werte zu übernehmen, sollte in den folgenden Bereichen zusammengearbeitet werden:

(...) Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, Reform der Justiz und Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, darunter Medien- und Meinungsfreiheit, Rechte von Minderheiten und Kindern, Gleichberechtigung der Geschlechter, Gewerkschaftsrechte und andere Kernarbeitsnormen sowie Bekämpfung der Folterpraxis und Verhütung von Misshandlung; Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004: 14).

Die EU ist im Vergleich der Regionen größer, mächtiger, entwickelter und erfahrener in der regionalen Zusammenarbeit als die Partnerregionen, deswegen wird die Mehrheit der Entscheidungen von der EU getroffen. Aus diesem Grund wird kritisiert, dass die EU eine führende Rolle in der ENP spielt. Dabei sind die Nachbarn allerdings nicht gezwungen die Angebote anzunehmen (vgl. Gaedtke 2009: 166f.).

Die Forderungen an die Nachbarländer sind nicht ganz dieselben wie an Beitrittskandidaten. Der wichtigste Unterschied zwischen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und dem EU-Erweiterungsprozess ist, dass es keine Beitrittsmöglichkeiten gibt, d. h. die Partner können keinen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU stellen (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006b: 2). Außerdem versucht die EU, ihre Politik und ihren Binnenmarkt für die Nachbarn zu öffnen, allerdings ohne Mitentscheidungsmöglichkeit aufseiten der Partner (vgl. Stratenschulte 2007: 34). Zur ENP gehören 16 Länder, die in die folgenden Gruppen unterteilt werden können:

- ✓ *Osteuropäische Staaten*, die noch keine Beitrittsmöglichkeit haben: Republik Moldau, die Ukraine und Weißrussland

- ✓ Länder, die nicht in Europa liegen und keine Beitrittsmöglichkeiten haben:
Südkaucasus – Armenien, Aserbaidschan und Georgien; *Südliches Mittelmeer* - Ägypten, Algerien, Libanon, Libyen, Israel, Jordanien, Marokko, Syrien, Palästinensische Autonomiebehörde und Tunesien (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006a: 3).

Im Jahr 2007 hat die EU die ENP weiterentwickelt und damit die Beziehungen zu Ländern in Osteuropa und im Südkaukasus intensiviert. Dabei wurden die wesentlichen Richtlinien für die ENP neu bestätigt:

- ✓ Die ENP bietet eine Partnerschaft, in der Reformen und Modernisierung gefördert werden
- ✓ Die ENP ist ein vielseitiges politisches Rahmenwerk
- ✓ Die ENP ist bilateral angelegt und erwartet gegenseitige Unterstützung
- ✓ In der ENP ist ein Beitritt zur EU ausgeschlossen

Die bilateralen Beziehungen in Form von Aktionsplänen werden in folgenden Bereichen aufgebaut: politischer Dialog, Wirtschaftspolitik und Politik der sozialen Entwicklung, Handel und Binnenmarkt, Justiz und Inneres, Energie, Verkehr, Umwelt, Informationsgesellschaft, Forschung und Innovation (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (373) 2004: 14ff.). Die Aktionspläne werden bei europäischen Staaten als Instrument zur Vorbereitung auf die Aufnahmekriterien der EU und bei anderen Ländern als Instrument zum Aufbau einer engeren Partnerschaft verwendet. Die Aktionspläne unterscheiden sich von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen dadurch, dass

- ✓ die Aktionspläne von der europäischen Kommission ausgearbeitet und mit den Partnerländern abgestimmt werden (vgl. Europäisches Parlament 2008)
- ✓ bei den Aktionsplänen auf die geografische, wirtschaftliche und politische Lage jedes Partners geachtet wird und diese für jeden Staat eigens erstellt werden (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004: 8)
- ✓ sich die Mitgliedsstaaten dabei den europäischen Werten und Standards anpassen sollen (vgl. Gaedtke 2009: 159ff.). Die erfolgreich umgesetzten Ziele

werden belohnt beziehungsweise die Umsetzung wird durch technische und finanzielle Hilfen unterstützt.

Die ENP-Partner treffen sich ein Mal pro Jahr um den Fortschritt der Aktionspläne zu bewerten (vgl. Hrisoskulov 2010: 77ff.). Durch Instrumente wie TAIEX (*Technical Assistance and Information Exchange Instrument*) unterstützt die EU die ENP-Länder bei der Umsetzung der EU-Regelung. Dabei wird bei der Umsetzung der EU-*Acquis* geholfen, es werden technische Hilfen angeboten, Datenbanken und Informationen bereitgestellt. Vor allem spielen dabei Justizbehörden, Abgeordnete der Parlamente, DolmetscherInnen und Angestellte der öffentlichen Behörde eine wichtige Rolle (vgl. TAIEX 2012). Außerdem wurde im Jahr 1998 *Twinning* gegründet, um die Umsetzung der Europäischen *Acquis* zu erleichtern. Dabei arbeiten Partner-Länder und EU-Länder in verschiedenen Projekten zusammen (vgl. Europäische Gemeinschaften 2006: 4). Für die Partner-Länder steht ein EU-Experte/eine EU-Expertin zur Verfügung. Er/Sie unterstützt ein Mitgliedsland bei der Durchführung eines Projekts (vgl. ebd.: 8). Ein anderes Instrument ist die Governance-Fazilität. Das Instrument stellt einen zusätzlichen Beitrag für jene Länder zur Verfügung, die ihre Aufgaben erfolgreich erledigen. Pro Jahr werden für dieses Instrument Finanzmittel in Höhe von 50 Millionen Euro bereitgestellt. Im Jahr 2007 erhielten die Ukraine und Marokko die erste Unterstützung von der Fazilität für gute Regierungsführung. Auch für die Bereiche Energie, Verkehr und Umweltschutz wurde eine Fazilität gegründet – die Nachbarschafts-Investitionsfazilität (NIF). Von der Europäischen Kommission wurden für diese Fazilität 700 Mio. Euro für den Zeitraum 2007-2013 bereitgestellt (vgl. Europäische Kommission 2009). Die Aktionspläne der ENP haben eine Laufzeit von ca. 3-5 Jahren, bei Bedarf können sie auch verlängert werden. Die Umsetzung der Aktionspläne wird von der EU-Kommission laufend evaluiert (vgl. Gaedtke 2009: 163). Zu den wichtigsten Bereichen der ENP gehören:

➤ *Energie*

Einige Nachbarn der EU verfügen über Energieressourcen wie Erdöl und Erdgas, die nach Europa exportiert werden, und einige Nachbarn dienen als Transitländer für diesen Transport. Zum Beispiel werden ca. 80 Prozent der Öl- und Gasressourcen aus Zentralasien und Russland über die Ukraine transportiert. Die wesentlichsten

Erwartungen der ENP sind Anpassung an europäische Richtlinien und Zusammenarbeit im Energiebereich. Bei Letzterem sollen die Partnerländer die europäischen Strom- und Gasgesetze übernehmen (vgl. ebd.: 164f.).

➤ *Interkultureller Austausch und Migration*

Aufgrund der stark ansteigenden Migration in die EU ist dieser Bereich sehr wichtig. Von der EU angebotene StudentInnenaustausch- und Stipendienprogramme sollen verbessert werden. Die EU hat für einige ENP-Länder die Einreise in die EU erleichtert. Die EU ist der Meinung, dass Kontrolle über die Migrationsströme nur durch Zusammenarbeit von beiden Seiten erreicht werden kann und daher bietet sie Mobilitätspartnerschaften³ an. Dabei arbeiten die EU und die ENP-Partner in der Grenzschutzagentur *Frontex* zusammen, um die legale Migration in die EU zu verbessern.

➤ *Regionale und subregionale Zusammenarbeit*

Die ENP verfolgt eine Strategie der bilateralen Zusammenarbeit. Dabei werden Integration, Armutsbekämpfung, wirtschaftliche und politische Stabilität gefördert. Für jedes Land werden geeignete Aktionspläne erarbeitet. Die ENP versucht, regionale und subregionale Initiativen zu gründen wie zum Beispiel die „östliche Partnerschaft“ oder die „Schwarzmeersynergie“ (vgl. ebd.: 165).

Die „östliche Partnerschaft“ wurde im Jahr 2009 zwischen der EU und sechs weiteren Ländern, nämlich der Republik Moldau, der Ukraine, Weißrussland, Armenien, Aserbaidschan und Georgien gegründet. Das Ziel der Initiative ist eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Inneres und Justiz, Energiesicherheit und Handel. Dies sind reine Partnerschaftsbeziehungen ohne Beitrittsmöglichkeit. Außerdem spielt die regionale Zusammenarbeit eine wichtige Rolle (vgl. Auswärtiges Amt 2013).

Auch im Rahmen der „Schwarzmeersynergie“ soll die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Schwarzmeerregion gestärkt werden und die regionale Zusammenarbeit weiterentwickelt werden. In folgenden Bereichen soll zusammengearbeitet werden: Menschenrechte, Migration, Energiewirtschaft, Beschäftigung, Wissenschaft, Handel,

³ „Mobilitätspartnerschaften sind Pilotaktionen, bei denen sich sowohl die EU als auch der Drittstaat zu konkreten migrationspolitischen Maßnahmen verpflichten.“ (Gaedtke 2009: 165).

Umwelt und Verkehr. Insbesondere werden mehrere Umweltschutzprojekte durchgeführt, weil durch den Erdöltransport das Meer verschmutzt wurde (vgl. Kommission der europäischen Gemeinschaft 2007: 3ff.).

Im Prinzip könnte jedes europäische Land eine EU-Mitgliedschaft beantragen wenn es sich an die europäischen Werte anpasst. Trotz der Vorschriften für die ENP-Staaten möchten insbesondere die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau Mitglieder der EU werden (vgl. Stratenschulte 2007: 24). Daher wird die ENP so gut erarbeitet und verbessert, damit die Mitglieder der ENP auch ohne Beitrittsperspektive die EU-*Acquis* übernehmen (vgl. ebd.: 30). Durch die Teilnahme an der ENP bekommen die Nachbarn die Möglichkeit, sich an den Binnenmarkt der EU anzunähern, sich an den politischen Vorgehensweisen und Programmen der EU zu beteiligen, und die Öffnung ihrer Märkte durch die Welthandelsorganisation (WTO) zu erreichen. Das sind sozusagen die Anreize vonseiten der EU für ENP Staaten.

Für die ENP wurden keine neuen Institutionen gegründet und es wurde keine eigene rechtliche Grundlage erarbeitet. Die PKAs beinhalten nach wie vor rechtliche Grundlagen. Für manche ENP-Staaten hat die EU Strafmaßnahmen eingeführt wie das Waffenembargo gegen Armenien und Aserbaidschan und die Visaeinschränkung für Weißrussland. Diese Sanktionsmittel werden zur Sicherheit der EU eingesetzt (vgl. Hrisoskulov 2010: 77ff.).

Für die EU ist wichtig, dass die Partnerländer auch untereinander zusammenarbeiten. Dies gelingt leider nicht immer, weil es regionale Konflikte gibt, wie zum Beispiel den Konflikt um den Berg Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan (vgl. Stratenschulte 2007: 34).

3.1 Die Finanzierung der ENP

Bis zum Ende 2006 wurde die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten durch TACIS, im südlichen Mittelmeerraum durch MEDA und durch EIDHR unterstützt. Im Zeitraum 2000 bis 2006 wurde TACIS mit circa 3,1 Milliarden Euro und MEDA mit 5,3 Milliarden Euro finanziert. Auch von der Europäischen Investitionsbank bekamen TACIS 500 Millionen Euro und MEDA 2 Milliarden Euro. Ab dem Jahr 2007 wurden TACIS und MEDA durch das Europäische Nachbarschafts- und

Partnerschaftsinstrument (ENPI) ersetzt. Dieses Instrument ist auf die Anpassung an die EU-Struktur und den Aufbau einer nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet. Für den Zeitraum 2007-2013 wurden für die ENP finanzielle Mittel in Höhe von knapp 12 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Vor allem werden politische und wirtschaftliche Reformen und neue Institutionen in den Partnerländern unterstützt. Wie schon oben erwähnt wurde, bekommen die ENP-Staaten technische Hilfen durch TAIEX und Twinning. Außerdem wird die ENP von Governance-Fazilität und NIF unterstützt (vgl. Europäische Kommission 2009).

3.2 Energiesicherheit

Ein wichtiger Teil der ENP ist auch die Energiepartnerschaft. Die Europäische Union ist der weltweit zweitgrößte Importeur von Energieressourcen wie Öl und Gas. Der wichtigste Lieferant der EU ist Russland (30% Öl und 50% Gas). Die Importabhängigkeit der EU könnte bis 2030 auf 70 Prozent anwachsen. Insbesondere der Energieversorgungskonflikt zwischen Russland und der Ukraine zeigte die Abhängigkeit der EU von diesen Ländern (vgl. Hrisoskulov 2010: 92; 159). Bei der ENP sollen Beziehungen der Partner gestärkt werden um die Gefahren bei der Energieversorgung zu vermeiden. Daher ist eine erfolgreiche Nachbarschaft mit ihren Nachbarländern und Zentralasien für die EU sehr wichtig (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004: 18). Aus diesem Grund richtet die EU ihre Bemühungen in Richtung Schwarzmeerregion und Kaspisches Meer aus. Die Schwarzmeerregion ist reich an Energieressourcen und ihre günstigen Energietransportwege sind von großer Bedeutung für die EU (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2007: 5). *„Sie verfügt zudem über ein erhebliches Potential für eine Diversifizierung der Energieversorgung und ist deshalb eine wichtige Komponente der gegenüber Drittstaaten verfolgten Energiepolitik der EU“* (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2007: 5). Aus diesem Grund errichtet die EU einen Energietransportkorridor, der die Region um das Kaspische Meer und die Schwarzmeerregion verbindet (vgl. ebd. 2007: 6).

Somit nähert sich die EU mit ihrer Energieaußenpolitik ihren Nachbarn beziehungsweise Zentralasien an. In Zentralasien sind in Kasachstan große Erdöl- und

in Usbekistan und Turkmenistan große Gasvorkommen vorhanden (Hrisoskulov 2010: 93ff.). Als Energieproduzenten und Transitländer für Energietransporte spielen zentralasiatische Staaten für die EU eine wichtige Rolle. Um sich diese Energieressourcen zu sichern, wendet die EU nicht nur die ENP-Aktionspläne sondern auch ihre Zentralasienstrategie an.

4 Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien seit 1990

Das Thema dieses Teils der Arbeit ist die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien ab den 1990er Jahren bis zum Jahr 2007. Zu Beginn der 1990er Jahre beziehungsweise nach dem Zerfall der Sowjetunion entwickelte die EU (beziehungsweise damals noch die Europäische Gemeinschaft) für Zentralasien verschiedene regionale Programme. Die größeren EU-Mitglieder wie Frankreich und das Vereinigte Königreich eröffneten diplomatische Vertretungen in fast allen zentralasiatischen Staaten und Deutschland war in allen fünf Republiken vertreten (vgl. Сидоров 2005). Die erste Vertretung der Europäischen Union wurde 1994 in Kasachstan eröffnet. Im Jahr 2004 wurden noch zwei weitere Vertretungen in Bischkek und Duschanbe errichtet (vgl. Delegation of the European Union to Kazakhstan o. J.). Man kann die Entstehung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den zentralasiatischen Staaten in fünf Phasen einteilen (vgl. Сидоров 2005).

4.1 Die erste Phase (1991-1995)

Die erste Phase umfasst die Jahre 1991-1995. In dieser Phase versuchte die EU, die politische Situation in den zentralasiatischen Staaten zu stabilisieren, die Staaten zu demokratisieren und die Staaten erhielten Unterstützung beim Eintritt in den europäischen Markt und bei der Etablierung außenwirtschaftlicher Beziehungen. Die EU unterstützte die zentralasiatischen Staaten durch finanzielle Hilfe, meistens in Form von zinsfreien Krediten. Außerdem überwachte die EU mit Hilfe verschiedener Institutionen, z. B. der OSZE, des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, des Europarats etc., die politische Situation in diesen Ländern. Den zentralasiatischen Staaten war dabei bewusst, dass die finanzielle Unterstützung als Gegenleistung für Reformen nach europäischen Standards erfolgte (vgl. Нурдавлетова 2007).

Eines der ersten Programme der Europäischen Gemeinschaft war TACIS, das im Jahr 1991 entwickelt wurde. Das Programm bietet Unterstützung beim wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozess und technische Hilfe für zwölf osteuropäische und zentralasiatische Länder: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan,

Republik Moldau, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland. Das Programm wurde in kürzester Zeit ohne Vorbereitung und ohne genaue Informationen über diese Länder ins Leben gerufen. Außerdem wurde im Mai 1993 das TRACECA-Programm zur technischen Unterstützung der Entwicklung eines West-Ost-Verkehrskorridors gegründet. Die Hauptaufgaben des Projekts sind technische Unterstützung bei der Planung der infrastrukturellen Entwicklung (Pipelines, Eisenbahnen, Häfen etc.) und Kommunikation, die die Staaten in Zentralasien mit jenen im Kaukasus bis zum Schwarzen Meer verbindet (vgl. TRACECA 2010).

4.2 Die zweite Phase (1996-2000)

Die zweite Phase umfasst die Jahre 1996-2000. In dieser Zeit war die EU sozusagen von Zentralasien enttäuscht, weil die Staaten innerhalb von vier Jahren (1991-1995) keine Annäherungen an europäische Standards in Bezug auf Marktwirtschaft und Demokratie erzielt hatten (vgl. Сидоров 2005). Außerdem gab es in der zentralasiatischen Region Unruhen, zwischen 1999 und 2001 verübten radikale Islamisten in Kirgisistan und Usbekistan eine Reihe von Anschlägen (vgl. Windisch 2010). Spannungen und Instabilität in der Region verlangsamten die EU-Programme und die europäischen Staaten versuchten, sich von der Region zu distanzieren (vgl. Сидоров 2005). Außerdem beschäftigte sich die EU aufgrund der Kriege in Tschetschenien und auf dem Balkan Ende der 1990er Jahre stärker mit der Kaukasusregion und mit Jugoslawien als mit Zentralasien (vgl. Bar 2009: 36).

Ende der 1990er Jahre wurde zwischen der EU und den drei zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) vereinbart. Auch mit Turkmenistan wurde ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet, dieses wurde jedoch aufgrund der politischen Situation in Turkmenistan bisher nicht ratifiziert. Mit Tadschikistan wurde aufgrund des Bürgerkriegs in den 1990er Jahren bis 2004 kein PKA unterzeichnet (vgl. Melvin 2008: 2). Im Rahmen des PKA gibt es für zentralasiatische Länder keine EU-Beitrittsmöglichkeiten, keine Integration in die europäische Institutionsstruktur und keine Freihandelsperspektive. Die Ziele des PKA sind Verbesserung des politischen Dialogs und Unterstützung bei der Demokratisierung

und wirtschaftlichen Entwicklung. Außerdem wird in den Bereichen Energie, Verkehr und Drogenbekämpfung zusammengearbeitet (vgl. Bar 2009: 37).

Im Jahr 1998 haben alle Staaten der Region den Energiecharta-Vertrag unterzeichnet und ratifiziert. Die Energiecharta stellt gleiche Verhältnisse für Investitionen in Feldforschung und Pipelinerouten her, hilft bei Streitfällen zwischen den PartnerInnen und unterstützt bei der Förderung der Energieeffizienz.

4.3 Die dritte Phase (2000-2004)

Die dritte Phase (2000-2004) kann man einen erneuten Versuch der EU nennen. Ab dem Jahr 2000 begann die EU, Zentralasien mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Sie führte ihre Programme von Neuem durch. Ziele waren der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und finanzielle Unterstützung, um die Region näher an die EU zu binden und eine Reihe von Maßnahmen zur Stabilisierung der politischen Situation in der Region umzusetzen (vgl. Сидоров 2005).

Wegen des wachsenden Interesses der EU an den Kohlenwasserstoff-Ressourcen der Kaspischen Region wurde erneut auf die Programme von TRACECA zurückgegriffen. Das TACIS-Programm wurde neu überarbeitet. Außerdem wurden noch andere Programme der EU wie das *Food Security Programme* (FSP) und das *European Instrument for Democracy and Human Rights* (EIDHR) durchgeführt. Aufgrund der Tatsache, dass Zentralasien an Afghanistan grenzt, gibt es dort Probleme mit dem Drogenhandel. Die Drogen werden von Afghanistan über Zentralasien nach Russland und weiter in die EU transportiert. Aus diesem Grund hat die EU weitere Programme wie CADAP (*Central Asia Drug Action Programme*) und BOMCA (*The Border Management Programme in Central Asia*) ins Leben gerufen. Mit Hilfe von CADAP wird die Drogenbekämpfung in Zentralasien unterstützt. Durch BOMCA sollten der Grenzschutz gestärkt, der legale Handel und Transit gefördert sowie der illegale Waren- und Personenverkehr eingedämmt werden (vgl. CADAP 2011; BOMCA o. J.). Auch in den Bereichen Umweltschutz und Nachhaltige Entwicklung wurde CAREC (*The Regional Environmental Centre for Central Asia*) als gemeinsame Initiative von Europäischer Kommission, UNDP und den zentralasiatischen Staaten gegründet (vgl. CAREC o. J.).

Bei der finanziellen Unterstützung spielt der Energiebereich eine wichtige Rolle für die EU. So haben in Kasachstan folgende europäische Großkonzerne ihre Arbeit aufgenommen: „TotalFina“, „Agip“, „Eni“, „Shell“, „BG Group“ und „British Petroleum“ (vgl. Сидоров 2005).

Ein Grund für die Änderung der europäischen Entwicklunghilfestrategie für die zentralasiatische Region in dieser Phase war der Terroranschlag in den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 2001. Zum ersten Mal wurden in der Region westliche Militärstützpunkte eingerichtet: je ein amerikanischer Militärstützpunkt in Kirgisistan und Usbekistan, ein deutscher Militärstützpunkt in Usbekistan und ein französischer Militärstützpunkt in Tadschikistan (vgl. Melvin 2008: 3). Außerdem war die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit für die EU sehr wichtig. Im Jahr 2002 erarbeitete die EU-Kommission ein Strategiepapier mit einem Richtprogramm für den Zeitraum 2002-2006. In diesem Strategiepapier ging es um Sicherheit, Verringerung von sozialen und politischen Krisen und Energieversorgung (vgl. Krumm 2007: 10). Das Gesamtbudget für drei Aktionsprogramme im Rahmen des Richtprogramms betrug 150 Millionen Euro beziehungsweise 50 Millionen Euro pro individuellem Programm (vgl. EUR-Lex 2003). Das Geld für die Aktionsprogramme war für die Länder der Region (außer Turkmenistan) und für nationale, regionale und kleine Projekte im Rahmen von TACIS bestimmt. Davon erhielt Kasachstan im Jahr 2002 nur 5,5 Millionen Euro. Das ist zu wenig im Vergleich zu den anderen Ländern, wenn man bedenkt, dass die EU damit höhere wirtschaftliche Wachstumsraten und größeren Wohlstand im Land erreichen wollte (vgl. Сидоров 2005).

4.4 Die vierte Phase (2004-2007)

Die vierte Phase umfasst die Jahre 2004-2007. In dieser Phase standen die Stärkung und Erweiterung der europäischen Position in Zentralasien und in der Kaspischen Region im Mittelpunkt. Obwohl die EU die Region wegen des Drogenhandels, der illegalen Migration und des religiösen Extremismus als gefährlich betrachtete, versuchte sie trotzdem, ihre Aktivitäten im Kaspischen Raum zu intensivieren und zu verbessern (vgl. ebd.). Dafür gibt es einige Gründe: den ständig wachsenden Wettbewerb um die zentralasiatischen Energieressourcen, Sicherheitsinteressen und das geringe

Engagement der westlichen Mächte in der Region. Im Jahr 2004 wurden die beiden Programme TACIS und TRACECA in die „Baku-Initiative“ einbezogen. Die Initiative ist ein politischer Dialog, der die Zusammenarbeit im Energiebereich intensiviert. Dabei sollen die rechtlichen Strukturen des Energiemarkts an EU-Standards angepasst werden (vgl. Woltering 2010: 133). Besonders in den Jahren 2005-2006, nach dem Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine, begann die EU, nach anderen Möglichkeiten für die eigene Energieversorgung zu suchen (vgl. Bar 2009: 37). Im Juli 2005 gründete die EU EUSRCA (*European Union Special Representative for Central Asia*), um die Beziehungen zwischen den beiden Regionen zu verbessern (vgl. Melvin 2008: 4). In den Jahren 2005-2006 wurde die Initiative INOGATE in Zentralasien unterstützt. Im Rahmen dieses Projekts wurden technische Überprüfungen von Gas- und Ölpipelines, Rekonstruktionen von Gastransport-Systemen und eine Koordinierung der nationalen Energiepolitik in der Region durchgeführt. Beide Programme, TRACECA und INOGATE, waren Bestandteil des TACIS-Programms (vgl. TACIS – Regionales Aktionsprogramm 2003: 1ff.). Im Vergleich zu den früheren Phasen konzentrierte sich die EU in dieser Phase stärker auf den Wirtschafts- und Energiebereich, sodass Fragen der Demokratisierung und Menschenrechte außer Acht blieben.

Der EU war bewusst, dass die Programme ohne finanzielle Unterstützung zum Scheitern verurteilt waren, daher entwickelte sie neue Wege für die finanzielle Unterstützung. Insbesondere wurde an der Wiederbelebung alter Industrien in der Region gearbeitet, vor allem bei der Produktion und beim Transport von Energieressourcen und Mineralien. Dies stärkte den Handel zwischen den beiden Regionen. Die europäischen Unternehmen sind insbesondere in den Bereichen „Erdöl-/Erdgassektor, Bergbau, Maschinen- und Anlagenbau, Fahrzeugbau, Bauwirtschaft, Transport und Logistik, chemische Industrie, Nahrungsmittelindustrie und Telekommunikation“ tätig (Deutscher Bundestag 2008: 6). Der Warenaustausch der EU mit Zentralasien umfasst im Jahr 2006 ein Handelsvolumen von 20,5 Mrd. Euro, davon 17, 6 Mrd. Euro mit Kasachstan. Kasachstan ist der größte Handels- und Investitionspartner der EU in Zentralasien. Die wichtigsten kasachischen Exportgüter sind Erdöl, Agrarprodukte, Textilien, chemische und mineralische Produkte. Nachdem Öl teurer wird, steigt auch das Interesse anderer Länder an den kasachischen Ölvorkommen (vgl. Сидоров 2005).

Im Jahr 2006 reiste der ehemalige EU-Energiekommissar aus Lettland, Andris Piebalgs, nach Kasachstan und übermittelte das europäische Interesse an einer Diversifizierung von Energieressourcen, um sich von der russischen Abhängigkeit zu befreien. Ende des Jahres unterzeichneten Kasachstan und die EU ein *Memorandum of Understanding* (vgl. Krumm 2007: 10).

Wie ersichtlich ist, gab es trotz der verschiedenen Programme und Projekte bis 2007 keine vereinheitlichte Strategie der EU für Zentralasien. Die meisten Abkommen wurden im technischen Bereich abgeschlossen, um wirtschaftliche Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien zu erleichtern. Politische und andere Ziele wurden in den Dokumenten selten erwähnt. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regionen entwickelten sich sehr langsam; einerseits weil die EU selbst wenig Interesse an der Region zeigte, andererseits weil andere Weltmächte wie die USA und Russland über eine anhaltende Präsenz in der Region verfügten. Auch bei der Gründung der ENP im Jahr 2004 wurde Zentralasien ausgeschlossen, weil die EU die Region für die Aufnahme in die Initiative als zu weit entfernt betrachtete (vgl. Weitz 2008: 47). Wie bereits in dem Kapitel über ENP erwähnt, wurden die zentralasiatischen Staaten mit der Erweiterung der EU im Jahr 2004 zu den „Nachbarn der Nachbarn“. Durch die drei folgenden Faktoren kam Zentralasien der EU näher: erstens durch die Erweiterung der EU nach Osten, zweitens durch den verstärkten Einfluss der EU auf das ehemals sowjetische Osteuropa und drittens durch die gemeinsame europäische Sicherheitspolitik (vgl. Abdulhamidova 2009: 37).

Im ersten Halbjahr 2007 übernahm Deutschland den EU-Ratsvorsitz. Eine der wichtigsten Aufgaben dieser Präsidentschaft war die Überarbeitung und Neuformulierung der Politik der EU in Zentralasien. In der Folge entwickelte die EU ein neues Strategiepapier für Zentralasien: „Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft“. Im Juni 2007 wurde dieses Strategiepapier für Zentralasien, das hauptsächlich von deutscher Seite vorbereitet worden war, vom Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs angenommen (vgl. Pedro 2009: 117). Das war die erste EU-Strategie für Zentralasien, die eine neue (*fünfte*) Phase in den Beziehungen zwischen Europa und den zentralasiatischen Staaten einläutete (vgl. Kassenova 2008: 122). Die zentralasiatischen Staaten arbeiteten an der Entwicklung des Strategiepapiers mit. Im März 2007 haben sich auf Außenministerebene die zentralasiatischen Staaten

mit der EU-Troika (Deutscher Außenminister, EU-Sonderbeauftragter und Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik) getroffen. Dabei stellten die Vertreter der zentralasiatischen Länder ihre eigenen Prioritäten vor, die auch bei der Entwicklung der Strategie berücksichtigt wurden (vgl. Schmitz 2008: 71ff.).

Deutschland war das erste europäische Land, das nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Länder in allen fünf Staaten Botschaften eröffnete. All diese Jahre engagierte Deutschland sich stärker in der Region als andere europäische Länder. Auch die Zentralasienstrategie wurde von der deutschen Ratspräsidentschaft erarbeitet und vorgeschlagen. Daher wird im nächsten Unterkapitel auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Zentralasien eingegangen.

4.5 Die Politik Deutschlands in Zentralasien

Deutschland hat verschiedene Interessen in Zentralasien. Insbesondere während des Transformationsprozesses unterstützte das Land die zentralasiatischen Staaten sehr stark beim Aufbau von Stabilität und Rechtsstaatlichkeit. Außerdem lebten in der Region über eine Million ehemalige Deutsche, die während des Zweiten Weltkrieges nach Zentralasien ausgewiesen wurden. Allein in Kasachstan lebten fast eine Million, in Kirgisistan circa 100.000 und in Usbekistan ungefähr 40.000 Personen deutscher Herkunft. Nach der Unabhängigkeit der Staaten zogen viele Deutsche nach Deutschland. Die deutsche Minderheit wurde von Deutschland unterstützt, auch bei der Übersiedlung wurden bürokratische Hürden verringert (vgl. Krumm 2007: 9).

Noch im Jahr 1998 wurde Zentralasien, insbesondere Kasachstan und Turkmenistan, in dem Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion als wichtige Region für die europäische Energiesicherheit erwähnt (vgl. Erler 1998: 3).

Als Reaktion auf die Terroranschläge am 11. September 2001 wurden deutsche Soldaten nach Usbekistan geschickt. Kurz danach stellte Deutschland ein Zentralasien-Konzept vor, das im Jahr 2002 angenommen wurde. Dabei ging es an erster Stelle um den Kampf gegen den Terrorismus, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Armutsbekämpfung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Die zentralasiatischen Staaten sollten vor Terroristen

geschützt werden, damit weiterhin ohne Hindernisse mit ihnen im Energiebereich zusammengearbeitet werden konnte. Im Vergleich zu Russland und China hat Deutschland in der Region außer Energieressourcen noch andere Interessen. Die deutschen Institutionen wie das Auswärtige Amt und das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) beschäftigen sich mit Armutsbekämpfung, Demokratisierung und nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung (vgl. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Bischkek o. J.).

Deutschland ist der größte Geber in Zentralasien. Folgende deutsche Organisationen befinden sich in Zentralasien: DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst), DED (Deutscher Entwicklungsdienst), FES (Friedrich-Ebert-Stiftung), GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) u. a. (vgl. Krumm 2007: 10).

5 „EU und Zentralasien – eine Partnerschaft für die Zukunft“

2007 verabschiedete die EU das neue Strategiepapier für Zentralasien „Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft“. Diese Annäherung durch die neue Strategie zeigte ein klares Interesse der EU an Zentralasien. Die Zentralasienstrategie ist der ENP in mehreren Punkten ähnlich. Wie bereits erwähnt, hat die EU **normative** (Demokratisierung und Menschenrechte) und **pragmatische** Interessen (wie Sicherheits- und Energiepolitik) in dieser Region. Mit dieser Strategie etablierte die EU enge politische und wirtschaftliche Beziehungen mit jedem der fünf zentralasiatischen Staaten (vgl. EuropeAid 2012: 3f.). Im Rahmen dieser Strategie verpflichtet sich die EU,

- ✓ einen regelmäßigen regional-politischen Dialog auf AußenministerInnenebene durchzuführen;
- ✓ eine „Europäische Bildungsinitiative“ zu starten und die Länder der Region bei der Entwicklung einer „E-Seidenstraße“ zu unterstützen. Die EU will die zentralasiatischen Staaten durch die E-Seidenstraße an das E-Netz der EU heranführen und Fernstudien aufbauen. Dabei wird die Region mit globalen Internet-gestützten Kommunikationsnetzen verbunden, um den LehrerInnen, StudentInnen und WissenschaftlerInnen moderne Weiterbildung zu ermöglichen (vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann 2008: 634);
- ✓ eine „Initiative der EU zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit“ einzuleiten;
- ✓ mit jedem zentralasiatischen Staat einen regelmäßigen Menschenrechtsdialog zu führen;
- ✓ einen regelmäßigen Dialog über Energiefragen mit den Ländern der Region zu führen.

Bei der Umsetzung der Ziele und Aufgaben der Strategie sind Gleichbehandlung und Transparenz sehr wichtig um ein erfolgreiches Ergebnis zu erzielen (vgl. Генеральный Секретариат Совета ЕС 2009: 11f.).

In den folgenden Bereichen wird zusammengearbeitet: Menschenrechte, Bildung, Energie, Verkehr, Umwelt- und Wasserwirtschaft, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Im Jahr 2007 wurde das TACIS-Programm durch das *Development Co-operation Instrument* (DCI) ersetzt. Ziel dieses Instruments ist die

Entwicklung folgender Bereiche: Gesundheit, Bildung, soziale Integration, Demokratieförderung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit (vgl. EuropeAid 2012: 3ff.). Außerdem gab es eine institutionelle Änderung bei der Errichtung des Forums EU-Zentralasien auf Ministerebene (vgl. Pradetto 2013: 174).

Im Rahmen der Strategie wird bilateral und regional zusammengearbeitet. Die **bilaterale Zusammenarbeit** findet in Bereichen wie Menschenrechte, Diversifizierung der Wirtschaft, Energie, Jugend und Bildung statt. Im Rahmen der **regionalen Zusammenarbeit** werden gemeinsame regionale Probleme in Hinblick auf organisierte Kriminalität, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel, Terrorismus und Verbreitung von Atomwaffen gelöst. Außerdem wird in den Bereichen Interkultureller Dialog, Energie, Umweltverschmutzung, Wassermanagement, Migration, Grenzschutz und Transportinfrastruktur zusammengearbeitet. In dieser Hinsicht ist die EU bereit, mit internationalen und regionalen Organisationen und Institutionen zusammenzuarbeiten (vgl. Казанцев 2009: 139).

Um die Beziehungen zu Zentralasien zu intensivieren, verwendet die EU die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, Programme der Europäischen Kommission und der EU-Mitglieder und andere Instrumente der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Durch die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sollten sich die zentralasiatischen Staaten an die Europäischen Gesetze annähern beziehungsweise die wichtigsten europäischen Normen und Regeln in Bereichen wie Handel und Technik, Schutz des geistigen Eigentums, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit übernehmen (vgl. EuropeAid 2012: 7).

Außerdem wird die Zusammenarbeit mit der UNO, insbesondere mit der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO (ECE), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Venedig-Kommission des Europarats, der NATO, internationalen Finanzinstitutionen und anderen regionalen Organisationen erweitert. Die EU erklärt sich bereit zu einem offenen und konstruktiven Dialog mit Organisationen wie EurAsEC (*Eurasian Economic Community*), SOZ (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit), CICA (*Conference on Interaction and Confidence-Building Measures in Asia*), OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) (vgl. Heller 2008: 6).

➤ Menschenrechte

In ihrer Annäherung an Zentralasien geht die EU davon aus, dass die Entwicklung einer stabilen politischen Basis und funktionierender Wirtschaftsstrukturen von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Entwicklung transparenter, demokratischer politischer Strukturen abhängig sind. Aus diesem Grund werden die Dialoge auf dem Gebiet der Menschenrechte intensiviert. Dabei konzentriert sich die EU auf die Beseitigung der Folter, die Rechte von Kindern und Frauen sowie die Religionsfreiheit. Die Menschenrechtsdialoge haben folgende Aufgaben zu erfüllen:

- ✓ Gemeinsame Interessen erörtern und die Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte erweitern, auch auf multilateraler Ebene wie z. B. mit UNO und OSZE.
- ✓ Informationsaustausch und Verbesserung der Einhaltung der Menschenrechte (vgl. Казанцев 2009: 140).

➤ Rechtsstaatlichkeit

Ein weiteres Prinzip ist die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit. Im Rahmen dieser Initiative werden wichtige Gesetzesreformen, einschließlich der Reform des Justizsystems und der Schaffung von wirksamer Gesetzgebung, zum Beispiel im Bereich des Verwaltungs- und Wirtschaftsrechts unterstützt. Außerdem werden europäische Rechts- und VerwaltungsexpertInnen nach Zentralasien geschickt, um sowohl kurzfristige als auch langfristige Aufgaben zu realisieren und den zentralasiatischen ExpertInnen eine Ausbildungsmöglichkeit zu geben. Dabei plant die EU eine Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission des Europarats, der OSZE, dem *Office for Democratic Institutions and Human Rights* (ODIHR) und der UNO. Ein stärkerer Austausch wird auch bei der Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft und auf dem Gebiet der unabhängigen Medien erwartet (vgl. Auswärtiges Amt 2007: 5f.).

➤ Sozioökonomische Entwicklung

Ein weiterer Bereich ist die sozioökonomische Entwicklung, dabei spielt Bildung eine wesentliche Rolle. Dazu hat die EU eine „Europäische Bildungsinitiative“ entwickelt. Im Rahmen dieser Initiative werden folgende Bereiche unterstützt:

- ✓ Primärbildung
- ✓ Sekundarbildung
- ✓ Technische Aus- und Weiterbildung
- ✓ Zusammenarbeit im Bereich Hochschulbildung, StudentInnen- und ProfessorInnenaustausch im Rahmen von Programmen wie „Erasmus Mundus“ und „TEMPUS“ (vgl. Europäische Union Auswärtiger Dienst o. J.).

Die EU wird auch die Entwicklung regionaler Bildungszentren unterstützen und eng mit der OSZE-Akademie in Bischkek zusammenarbeiten. Außerdem werden zentralasiatische StudentInnen an europäischen Universitäten mit Stipendien unterstützt (vgl. Grewlich 2010: 18). Durch die Entwicklung einer „E-Seidenstraße“ werden Fernstudien ermöglicht. All diese Maßnahmen könnten Russland, die islamischen Länder und China aus dem Bildungsbereich Zentralasiens verdrängen. Dementsprechend wird die „*Soft Power*“ der EU gestärkt (vgl. Казанцев 2009: 141f.).

Ein wichtiger Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Zentralasien ist die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, des Handels und der Investitionen. Außerdem wird eine Handelsliberalisierung gemäß den Prinzipien der Welthandelsorganisation durchgeführt. Dabei werden die Handelshemmnisse zwischen den zentralasiatischen Staaten beseitigt und diejenigen Länder, die noch kein Mitglied der WTO sind (außer Kirgisistan seit 1998 und Tadschikistan seit 2013), auf den Beitritt vorbereitet. Außerdem wird der Zugang zu zentralasiatischen Produkten auf den europäischen Märkten erleichtert. Der wirtschaftliche Bereich wird weiterhin durch INOGATE und TRACECA unterstützt und durch DCI und ENPI finanziert.

Bei den **pragmatischen Interessen** der EU spielt die Stärkung des Energiebereichs eine wichtige Rolle. Es gibt vier wesentliche Energiegebiete, die die wachsende Nachfrage der EU befriedigen können: Russische Föderation, Naher Osten, Nordafrika und Kaspisches Becken. Die EU ist skeptisch gegenüber zunehmender Abhängigkeit vom Nahen Osten und Nordafrika, da die politische Situation in diesen Regionen unsicher ist. Auch eine wachsende Abhängigkeit von Russland möchte die EU vermeiden, insbesondere nach dem Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine. Aus diesem Grund sucht die EU alternative Energievorkommen für eine Diversifizierung der Energieressourcen. Dabei spielen das Kaspische Becken beziehungsweise Zentralasien

und hier insbesondere Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan als Lieferanten von Erdöl und Erdgas eine wichtige Rolle (vgl. MacFarlane 2004: 10f.; de Pedro 2009: 117).

Daher können in den nächsten Jahren die Grundlagen für eine auf gemeinsamen Interessen und Gegenseitigkeit beruhende langfristige Partnerschaft geschaffen werden. Für die Nutzung der Energieressourcen der zentralasiatischen Staaten sind erhebliche und anhaltende Investitionen sowie umfassende Strategien erforderlich, die alle Komponenten ihrer Energiesektoren erfassen und den Zugang zu den am weitesten entwickelten Märkten erleichtern. (Auswärtiges Amt 2007: 10)

Die wichtigste Aufgabe der EU in der Region ist, Infrastruktur zu entwickeln, mithilfe derer die Energie transportiert werden kann (vgl. MacFarlane 2004: 10f.; de Pedro 2009: 117).

Im Rahmen der Baku-Initiative finden regelmäßige Dialoge statt. Die EU-Aktivitäten im Energiebereich basieren auf der „Energiecharta“ und auf dem bilateralen *Memorandum of Understanding*. Die EU unterstützt den Abbau von neuen Öl- und Gasressourcen, die Nutzung der Wasserkraft und die Verbesserung der bestehenden Energieinfrastruktur. Um die Sicherheit der Energieversorgung der EU zu verbessern, wird auch die Entwicklung zusätzlicher Pipeline-Routen unterstützt. Die EU hilft auch bei der regionalen Energiesicherheit und Zusammenarbeit und erweitert die Exportmärkte für zentralasiatische Produzenten (vgl. Heller 2008: 13).

Die politische Unterstützung der EU bei der Entwicklung eines neuen Energie-Transport-Korridors vom Kaspischen Becken über die Schwarzmeer-Region nach Europa führt zu Anspannungen in den Beziehungen zwischen Russland und der EU (vgl. Казанцев 2009: 143).

➤ **Umweltnachhaltigkeit und Wasserressourcen**

Auch Bereiche wie Nachhaltigkeit der Umwelt und Wasserressourcen spielen eine wesentliche Rolle in der Zentralasien-Politik der EU. Insbesondere bei den Wasserressourcen werden im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sauberes Trinkwasser und angemessene Sanitäreinrichtungen gefördert (vgl. ebd.: 143).

➤ Sicherheit

In den Bereichen Energie und Bildung kollidieren die Interessen der EU und Russlands und im Sicherheitsbereich sind sie sich darin einig, den Kampf gegen grenzüberschreitende Bedrohungen zu verstärken. Wichtigster Teil der Sicherheitsstrategie der EU in Zentralasien ist die Bekämpfung des Drogenhandels. Zentralasien gilt als Transitregion für Drogen zwischen Afghanistan und Europa. Insbesondere Tadschikistan spielt dabei eine wichtige Rolle, weil die Grenzen zwischen den Ländern gebirgig und deswegen nicht gut geschützt sind. Hier zeigt die EU Bereitschaft, mit pro-russischen Organisationen wie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) zu kooperieren. Insbesondere wird in den Bereichen Grenzschutz, Kampf gegen den internationalen Terrorismus und organisierte Kriminalität (insbesondere Drogenhandel) und Optimierung der Migrationsprozesse zusammengearbeitet. Die EU äußerte den Wunsch, ihre Unterstützung bei der Entwicklung eines modernen Systems der Grenzsicherung in der zentralasiatischen Region (einschließlich der Grenzen zu Afghanistan) zu verstärken. Durch BOMCA strebt die EU einen multilateralen und regionalen Ansatz an. Das BOMCA-Programm beinhaltet folgende Punkte:

- ✓ Fortsetzung der Einführung von Grundsätzen des integrierten Grenzschutzes bei den Grenzschutzdiensten
- ✓ Aufbau von Grenzübergängen
- ✓ Reduzierung von illegalem Waren- und Personenverkehr
- ✓ Förderung der Zolldienste um den Handel zu erleichtern
- ✓ Modernisierung des Rechtsrahmens in Einklang mit dem Völkerrecht im Kampf gegen die organisierte Kriminalität (vgl. Deutscher Bundestag 2008: 19; BOMCA 2012)

Die EU verstärkte den Kampf gegen Drogen durch die Eröffnung einer speziellen Vertretung in Duschanbe. Zusätzlich unterstützte die EU die Einrichtung des regionalen Anti-Drogen-Zentrums CARICC (*Central Asian Regional Information and Coordination Centre for combating the illicit trafficking of narcotic drugs, psychotropic substances and their precursors*) in Almaty und erweiterte die Zusammenarbeit mit dem UN-Büro für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC) (vgl. CARICC o. J.).

Eine der wichtigsten Aufgaben der EU im Bereich Sicherheit ist die Regelung der Migrationsprozesse. Sie bietet ihre Hilfe dabei sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene an. Dabei werden Ausgleich von Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften geregelt, die Integration von legalen MigrantInnen erleichtert und internationaler Schutz für Asylsuchende und Flüchtlinge geschaffen.

Auch die Intensivierung des interkulturellen Dialogs mit den gemäßigten und säkularen Gruppen der muslimischen Bevölkerung der Region spielt eine Rolle (vgl. Казанцев 2009: 139ff.).

Die Gesamtfinanzierungssumme für die Strategie für den Zeitraum 2007–2013 beträgt 674 Millionen Euro. Für die leichtere Planung ist der Zeitraum zwischen 2007 und 2013 in zwei Teile unterteilt. Die Summe für das erste Richtprogramm (2007-2010) im Rahmen des DCI betrug 352,8 Millionen Euro, davon wurden 215,8 Millionen Euro für bilaterale Projekte und 137 Millionen Euro für regionale Programme zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2009 wurde die Strategie der EU von nationalen Regierungen, Parlamenten, der Zivilgesellschaft und anderen nationalen InteressentInnen überprüft. Im Rahmen des neuen Richtprogramms (2011-2013) wurden 321 Millionen Euro bereitgestellt, davon sind 216 Millionen Euro für die bilaterale Zusammenarbeit und 105 Millionen Euro für die regionale Arbeit vorgesehen (vgl. EuropeAid 2012: 3ff.).

Es wird ein regelmäßiges Monitoring durchgeführt und die Ergebnisse werden als Fortschrittsbericht von der Europäischen Kommission veröffentlicht.

5.1 Analyse der Zentralasienstrategie

Gleich nach dem ersten Jahr erstellten die Europäische Kommission und der Rat eine offizielle Bewertung der Strategie in den ersten 12 Monaten in Form eines Fortschrittsberichts. Laut diesem Bericht wurde durch die Zentralasienstrategie eine neue Art beziehungsweise eine neue Qualität in der Zusammenarbeit zwischen Zentralasien und der EU entwickelt. Einer der Erfolge der Strategie war, dass alle Länder Zentralasiens einverstanden waren, mit der EU weiterhin einen strukturierten Menschenrechtsdialog zu führen (vgl. Melvin/Boonstra 2008: 2). Beim ersten Menschenrechtsdialog mit Usbekistan im Mai 2007 teilte das Land mit, dass die Todesstrafe verboten und das *Habeas-Corpus*-Prinzip eingeführt wird. Dies wurde im

Jahr 2008 umgesetzt. Das Budget für die Zentralasienstrategie wurde auf 750 Millionen Euro angehoben. Diese Summe musste aber wegen der Euro-Krise eingespart werden. Damit haben die zentralasiatischen Länder ihr Vertrauen gegenüber der EU verloren (vgl. Charlamow 2012). Im ersten Jahr wurden die Aufgaben der einzelnen Bereiche zwischen den europäischen Ländern aufgeteilt: Frankreich und Deutschland arbeiteten im Bereich Rechtsstaat und Italien im Bereich Wasser. Bei der Umsetzung der Zentralasienstrategie arbeitet die EU mit anderen AkteurInnen wie den Vereinten Nationen (UNO), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), internationalen Finanzinstitutionen, Regionalorganisationen etc. zusammen. Etwa 30 Prozent der Mittel aus dem Richtprogramm für den Zeitraum 2007 bis 2010 wurden für die regionale Zusammenarbeit ausgegeben. Mit Hilfe der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung unterstützte die EU die *Central Asia Regional Economic Cooperation* (CAREC). Dabei wurden die Bereiche Transport, Energie und Handel unterstützt (vgl. Deutscher Bundestag 2008: 2ff.).

Am fünften Jahrestag der Verabschiedung der EU-Strategie für Zentralasien stimmte der Europäische Rat der Fortsetzung der Strategie zu. Laut dem Europäischen Rat hat sich die Strategie bewährt und bleibt daher weiterhin gültig. Es wurde darauf hingewiesen, dass die bisherigen Ziele der Strategie in folgenden Bereichen weiterhin relevant bleiben: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Demokratie, Jugend und Bildung, wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Investitionen, Energie- und Verkehrssektor, Umweltschutz und nachhaltige Verwendung von Wasser sowie Bekämpfung gemeinsamer Bedrohungen (vgl. Rat der Europäischen Union 2012: 2). Obwohl die EU ihre Strategie für die letzten fünf Jahre positiv bewertet hat, bleibt sie ein kleiner Akteur in der Region und nutzt ihr Potential nicht ganz aus. Um ihre Position in der Region zu verbessern, hat die EU den einfacheren Weg gewählt. Sie hat so wie beim ENP keine neuen Institutionen errichtet, sondern die schon bestehenden Programme erweitert. Die EU sollte ihre Interessen und Wettbewerbsvorteile in Zentralasien realistisch einschätzen, weil in der Region ernsthafte geopolitische Veränderungen stattfinden. Es ist wichtig, dass die EU in der Region weiterhin politische Reformen, Menschenrechte und Sicherheit unterstützt. Durch ein solches Vorgehen, das auf Realismus und sozialen Werten beruht, kann die

EU Perspektiven für eine längere Präsenz in Zentralasien eröffnen und ihre Position stärken (vgl. Melvin 2012: 1).

Trotz der Erfolge der Strategie, die durch den Europäischen Rat hervorgehoben wurden, war das Ergebnis der Umsetzung der Strategie in Zentralasien nicht beeindruckend. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Annahme der Strategie eine Abweichung von der bisherigen Position der EU in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte bedeutete. Die Änderungen durch den politischen Dialog hatten keine Auswirkungen auf die zentralasiatischen Regime und die Menschenrechtslage. Die Strategie für Zentralasien wurde verabschiedet, nachdem die autoritären Regime Zentralasiens bereits konsolidiert waren. Seit dem Beginn der Umsetzung der Strategie in der Region fanden keine wesentlichen Änderungen auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Regierungsführung, der Demokratisierung und der Entwicklung der Zivilgesellschaft statt (vgl. ebd.: 1f.). Insbesondere *Human Rights Watch* kritisierte die Übergabe des OSZE-Vorsitzes an Kasachstan für 2010, weil die Menschenrechtssituation des Landes nicht den Anforderungen der OSZE entsprechen würde (vgl. Human Rights Watch 2008). Laut der Statistik von *Freedom House* ist die Situation in den folgenden Bereichen im Zeitraum 2007-2012 in fast allen zentralasiatischen Staaten gleich geblieben oder hat sich sogar verschlechtert: Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Freie Medien und Korruption (vgl. Habdank-Kończowska 2013: 13ff.). Die EU konnte die Verschlechterung der Lage der Menschenrechte und der Demokratie in Zentralasien nicht verhindern. Der Übergang zum politischen Dialog führte leider zu keinen positiven Ergebnissen in den Bereichen, die traditionell zu den wichtigen Grundsätzen der EU-Außenpolitik zählen (vgl. Melvin 2012: 2).

Die Sicherheitspolitik der EU verfolgte im Rahmen der Zentralasienstrategie zwei Ziele. Erstens wollte die EU die autoritären Regime der Region, vor allem durch regelmäßige Treffen auf hoher Ebene, in einen Dialog über Fragen der Sicherheit einbeziehen. Die zentralasiatischen Regierungen haben bei Problemen wie Terrorismus, islamischem Extremismus und Afghanistans Zukunft immer ihr Interesse und ihre Bereitschaft gezeigt, aber sie zeigten kein Interesse über Probleme wie die Sicherheit der Bevölkerung und die Rolle der zentralasiatischen Regime bei der Entstehung der Instabilität in der Region zu diskutieren. Zweitens hat die EU versucht, ihre Bemühungen mit bestehenden Projekten auf Afghanistan zu konzentrieren. Dabei sollte

das Programm des Grenzschutzes BOMCA eine wichtige Rolle spielen. Trotz der großen finanziellen Unterstützung bleiben die Fortschritte bescheiden. Die Grenzen in Zentralasien sind immer noch problematisch. Die Bemühungen der EU, die Sicherheit der Bevölkerung zu verbessern und die Ursachen von Gewalt und Instabilität zu bekämpfen, haben leider nicht zum Erfolg geführt. Anstatt zivilgesellschaftliche Sicherheit zu verbreiten, hat sich die EU entschieden, mit den Regierungen der zentralasiatischen Staaten zusammenzuarbeiten. Eine solche Unterstützung von Sicherheit und Stabilität kann nicht produktiv sein, weil die politischen Regime die Hauptquelle der Instabilität und Konflikte darstellen (vgl. ebd.: 2ff.).

Aschdar Kurtow, Experte des Instituts für strategische Studien in Russland, äußerte seine Meinung über die Zentralasienstrategie folgendermaßen:

Die vor 5 Jahren verabschiedete EU-Strategie für Zentralasien ist in der Tat unerfüllt geblieben. Denn die Europäer haben es nicht geschafft, andere Akteure, die dort Schlüsselpositionen innehaben, in den Hintergrund zu drängen. Dafür hat es objektive Ursachen gegeben – zum Beispiel die Krise in der EU, die nun an innere und nicht äußere Angelegenheiten denken muss. [...] Die Europäer sind natürlich an den Energieressourcen der Region interessiert. Trotzdem zeigen alle jüngsten Kontakte der zentralasiatischen Staaten, dass sie es vorziehen, eher mit China, als mit der EU Geschäfte zu machen. Auch Russland behält seine Positionen bei (Aschdar Kurtow zit. nach Charlamow 2012).

In diesem Kapitel wird nicht auf den Energiebereich eingegangen, weil dieses Thema im folgenden Kapitel näher untersucht wird. Dabei wird der Fokus auf die an Energieressourcen reichen Staaten Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan gelegt.

6 Aktivitäten der Europäischen Union im Bereich der Energie

In diesem Kapitel wird manchmal der Begriff „Kaspischer Raum“ beziehungsweise „Kaspische Region“ verwendet, weil zwei zentralasiatische Länder auch zu den Anrainerstaaten des Kaspischen Meers gehören. Zur Kaspischen Region gehören eigentlich alle fünf Anrainerstaaten des Kaspischen Meers: zwei zentralasiatische Staaten (Kasachstan und Turkmenistan), ein Land im Südkaukasus (Aserbaidschan), Russland und der Iran (vgl. Götz 2007: 1).

Die Versorgungssicherheit der EU soll durch folgende Ziele gestärkt werden:

- ✓ In Zusammenhang mit Energiefragen ein Folgeabkommen zum PKA mit Russland vereinbaren
- ✓ Um die Energierouten zu diversifizieren die Beziehungen zur Schwarzmeerregion, zum Kaspischen Raum und zu den zentralasiatischen Staaten verbessern
- ✓ Erweiterung der bilateralen Energiedialoge mit den USA, China, Indien und anderen Schwellenländern mit Schwerpunkt auf der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien
- ✓ Das Abkommen über die Energiegemeinschaft auf die Ukraine, die Republik Moldau und die Türkei erweitern
- ✓ Die Energiebeziehungen mit der Maschrik/Maghreb-Region intensivieren
- ✓ Mit afrikanischen Staaten einen energiepolitischen Dialog errichten (vgl. Rat der Europäischen Union 2007: 19)

Die wachsende Importabhängigkeit und die Nachfrage nach Energieressourcen in der Europäischen Union sind zwei der Gründe dafür, die Beziehungen zu diesen Regionen zu aufbauen.

Die Energiepolitik der Europäischen Union den Ländern der ehemaligen Sowjetunion gegenüber hat zwei wesentliche Ziele: die Energiemärkte dieser Länder in den europäischen Binnenmarkt zu integrieren und dabei den russischen Einfluss in diesen Staaten zu schwächen. Folgende drei Aufgaben sollen dabei realisiert werden:

- ✓ durch das Programm INOGATE einen reibungslosen und störungsfreien Energietransport ermöglichen;

- ✓ durch die „Baku-Initiative“ die Energiemärkte dieser Länder nach EU-Interessen gestalten;
- ✓ durch Strategien wie die „Schwarzmeer-Synergie“ und die „Zentralasienstrategie“ die politischen Hindernisse bei der Sicherung der Energie für Europa beseitigen.

Die Brüsseler Strategie für Zentralasien verknüpft ihre Energieversorgungsinteressen mit einem entwicklungspolitischen Ansatz. In dem Strategiepapier wird die Zusammenarbeit im Energiebereich nur am Rande erwähnt, obwohl die Energiesicherheit der Europäischen Union das Hauptziel ihrer Außenpolitik ist (vgl. Эмерсон/Бунстра 2010: 92). Genau wie in anderen Bereichen soll sich Zentralasien auch im Energiesektor den technischen und umweltpolitischen Normen der EU anpassen. Darüber hinaus wird zusammen an der Entwicklung eines lokalen Energiebinnenmarkts, an der Modernisierung und Effizienzsteigerung des Energiebereichs, an der Diversifizierung der Exportrouten und am Bau neuer Pipelines zwischen beiden Regionen gearbeitet. Damit soll der zentralasiatische Energiesektor attraktiv gemacht werden um mehr Investoren anzuziehen und neue Abnehmermärkte für die Diversifizierung zu erschließen (vgl. Azarch 2009: 5ff.; European Commission 2008: 1).

Die Programme der EU in Bezug auf den zentralasiatischen Energiesektor konzentrieren sich auf Erdgas. Die Region verfügt aber über keine Infrastruktur, welche die EU für den Import von Energie nutzen könnte. Aus diesem Grund plant die EU den Bau neuer Pipelines. Bei direkten Lieferungen an die EU könnten die Staaten Zentralasiens ihre Öl- und Gasressourcen teurer verkaufen als bei einem Verkauf nach Russland. Am Beginn dieses Jahrzehnts zahlte Russland Turkmenistan 57 US Dollar/1000 Kubikmeter und verkaufte das eigene Gas zu einem Preis von 250 US Dollar/1000 Kubikmeter an die EU. Auf Grund dessen versucht Russland den europäischen Einsatz in der Region abzuwenden (vgl. Malek 2009: 12). Eines der für die EU wichtigsten Länder Zentralasiens ist Kasachstan, das Land zeichnet sich durch seinen Reichtum an Energieressourcen und politische Stabilität aus. Das zentralasiatische Land mit der nächstgrößten Bedeutung für die europäische Energieversorgung ist Turkmenistan. Das Land ist der größte Produzent von Kohlenwasserstoffen in der Region des Kaspischen

Meeres, wo die energiepolitischen Interessen der Weltmächte kollidieren (vgl. Götz 2007: 449).

Im Energiebereich arbeitet die EU in **zwei Richtungen**: regionale und bilaterale Zusammenarbeit. Die **erste Richtung** hat einen regionalen Schwerpunkt, der mithilfe des regionalen Energiedialogs umgesetzt wird. In diese Richtung arbeitet die EU seit 1995. Als Beispiele für diese Bemühungen gelten INOGATE und die Baku-Initiative.

Die **zweite Richtung** betrifft die bilaterale Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit im Rahmen eines *Memorandum of Understanding* eröffnet Möglichkeiten für die Entwicklung der strategischen Partnerschaft im Energiesektor. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Energiesicherheit, der industriellen Zusammenarbeit, der Entwicklung des Energiesektors und der Verbesserung des Investitionsklimas. Wichtig sind dabei die Entwicklung von nachhaltigen Energiequellen (z. B. Energieeffizienz, die Verwendung von erneuerbaren Energien etc.) und die Wohnungs- und Kommunalwirtschaft (Heizung, Wasserversorgung etc.) Diese Absichtserklärungen wurden bereits im Jahr 2006 mit Kasachstan und 2008 mit Turkmenistan unterzeichnet (vgl. Европейская Комиссия внешнеи связи о. J.: 2).

Im November 2008 wurde das Mandat der Europäischen Investitionsbank (EIB) auf fünf zentralasiatische Staaten erweitert. Die Aktivitäten der EIB in Zentralasien betreffen vor allem den Energiesektor sowie den Umweltschutz (vgl. Counter Balance 2009: 2).

Aus dem im Jahr 2008 vorbereiteten gemeinsamen Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über die Umsetzung der Zentralasienstrategie geht hervor, dass im Energiebereich vielversprechende Fortschritte gemacht wurden. Damit sind die mit Kasachstan und Turkmenistan unterzeichneten Absichtserklärungen und MoUs gemeint. Auch der regionale Dialog hat sich im Rahmen der Baku-Initiative verbessert und das Programm INOGATE sollte weiterhin ein wichtiges Instrument bei der Unterstützung verschiedener Projekte bleiben (vgl. European Commission External Relations 2008: 9f.).

Wie schon in den vorigen Kapiteln erwähnt, stellen TACIS (1991), INOGATE (1995) und die Baku-Initiative (2004) die größten Aktivitäten der EU in Zentralasien dar (vgl. Feil/Barkemeyer/Supersberger 2011: 47). Diese drei Instrumente, die bereits vor der

Zentralasienstrategie existierten, wurden einfach für die Strategie weiterverwendet. Diese Initiativen streben nach Verbesserung der Märkte für Erdgas und Öl und versuchen, diese an die europäischen Strukturen heranzuführen (vgl. ebd.). Das TACIS-Programm wurde bereits im Kapitel „Historische Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien“ näher beschrieben, daher werden an dieser Stelle nun das Programm INOGATE und die Baku-Initiative näher vorgestellt.

6.1 INOGATE

Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Zentralasien im Bereich der Energie hat 1995 begonnen, als das Programm INOGATE gegründet wurde. Das Programm INOGATE ist eine gemeinsame Initiative der drei Generaldirektionen innerhalb der Europäischen Kommission: Generaldirektion Energie und Verkehr, Generaldirektion für Außenbeziehungen und Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit – EuropeAid. Das Programm sollte die Zusammenarbeit zwischen der EU, den Anrainerstaaten des Kaspischen und Schwarzen Meers und ihren Nachbarländern im Bereich der Energie unterstützen (vgl. Energy Portal o. J.). Das Programm wurde durch die Baku-Initiative weiterentwickelt.

Im Rahmen des Programms INOGATE werden Projekte in folgenden Bereichen implementiert:

- ✓ Integration der Energiemärkte
- ✓ Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energiequellen und von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz
- ✓ Entwicklung von neuen Technologien und Methoden um Gasverluste im Gasübertragungsnetz Zentralasiens zu reduzieren
- ✓ Verbesserung der Umweltschutzmaßnahmen in der zentralasiatischen Öl- und Gasindustrie
- ✓ Vorbereitung von Investitionsprojekten für die Entwicklung von Energielieferungen und für das zwischenstaatliche Transportsystem für Energieressourcen

6.2 Die Baku-Initiative

Die Baku-Initiative ist der erste Versuch, alle wichtigen Lieferanten und Transitländer im Osten der EU zusammenzubringen. Am 13. November 2004 haben sich in Baku VertreterInnen der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedsstaaten mit VertreterInnen der kaspischen Anrainerstaaten (Russland, Iran, Aserbajdschan und Kasachstan) und ihrer Nachbarländer (Georgien, Armenien, Kirgisistan, Usbekistan, Moldawien, Ukraine und der Türkei) getroffen. Das Ziel der Baku-Initiative ist, die Integration zwischen den Energiemärkten der teilnehmenden Länder und dem Energiemarkt der EU zu verbessern um transparente Energiemärkte zu schaffen. Dadurch sollten neue InvestorInnen gewonnen und die Sicherheit der Energieversorgung verbessert werden (vgl. EUCAM 2009: 6; INOGATE 2005: 2).

Dabei beschlossen die Staaten, die Aufgaben von INOGATE zu erweitern und das Programm als Unterstützung für die Baku-Initiative zu verwenden. Für die weitere Zusammenarbeit im Energiesektor wurden im Rahmen der Baku-Initiative folgende Parameter festgelegt:

- ✓ Annäherung der rechtlichen und technischen Standards um einen integrierten Energiemarkt zu schaffen
- ✓ Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung (Modernisierung der bestehenden und Entwicklung neuer Netzwerkverbindungen)
- ✓ Durch die Integration von effizienten Energiesystemen die Energieversorgung mit dem Ziel zu verbessern, die Energiemärkte der Partnerländer nach europäischen Standards auszurichten
- ✓ Förderung der Finanzierung von neuen Energieprojekten (vgl. INOGATE 2005: 2ff.)

Obwohl die Initiative die Stärke des europäischen Einflusses zeigte und den Prozessablauf für die Zusammenarbeit etablierte, gab es dabei auch Hindernisse. Aserbajdschan wollte aufgrund des Konflikts um Berg-Karabach nicht mit Armenien zusammenarbeiten und die turkmenische Seite nahm überhaupt nicht an der Baku-Konferenz teil (vgl. Denison 2009: 4).

Das zweite MinisterInnentreffen im Rahmen der Baku-Initiative zum Thema Energie fand nach dem Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine im November 2006 in

Astana statt. Dieses Mal waren weniger TeilnehmerInnen als zuvor an dem Treffen beteiligt, der Iran ist aus den Verhandlungen ausgetreten und Russland nahm nur als Beobachter teil. Armenien und Weißrussland nahmen als Partner teil, weil sie keine Liefer- und Transitländer sind. Dieses Mal wurden die Ziele der Mechanismen viel ausführlicher in einer Energie-Roadmap erläutert. Dabei wurden auch kurz-, mittel- und langfristige Aufgaben festgelegt, dadurch sollte die Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Partnern im Energiebereich gestärkt werden. Der Entwicklungsplan sieht vier wichtige mittelfristige Ziele vor:

- ✓ Vereinigung der Energiemärkte auf Grundlage der EU-Energiebinnenmarktgrundsätze unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Partnerländer
- ✓ Verbesserung der Energiesicherheit durch die Lösung von Fragen zu Energieexport und -import, Diversifizierung von Energielieferungen, Transit und Energienachfrage
- ✓ Unterstützung nachhaltiger Energieentwicklung, einschließlich der Entwicklung der Energieeffizienz, erneuerbarer Energiequellen und der Steuerung der Nachfrage
- ✓ Gewinnung von InvestorInnen für Energieprojekte (vgl. EU Neighbourhood Info Centre 2012)

Die unterzeichnete Deklaration hat einen klar kommerziellen Charakter und folgende drei Ziele: 1. Schaffung von neuen Infrastrukturen für die Lieferung zentralasiatischen Erdgases von der Ostküste des Kaspischen Meeres zu den bestehenden Versorgungsnetzen und durch diese direkt auf den europäischen Markt (Es geht dabei um den „südlichen Korridor“); 2. durch den Zusammenschluss der Energiemärkte eine Struktur für den Kauf zentralasiatischen Gases schaffen; 3. Schaffung von günstigen Bedingungen um mehr InvestorInnen für die Erzeugung von stabilen mittelfristigen Liefermengen zu gewinnen (vgl. Denison 2009: 5).

6.3 Südlicher Korridor

Die Europäische Union legt großen Wert auf die Schaffung eines „südlichen Gaskorridors“. Der Korridor sollte aus der Osttürkei nach Südeuropa und weiter bis Zentraleuropa führen (vgl. Götz 2007: 449). In der von der Europäischen Kommission im November 2008 vorbereiteten zweiten Überprüfung der Energiestrategie wird erwähnt, dass der „südliche Gaskorridor“ von großer Bedeutung beziehungsweise eine der höchsten Prioritäten der Europäischen Union ist:

Es muss ein südlicher Gaskorridor für die Versorgung mit Erdgas aus Quellen im kaspischen Raum und im Nahen Osten eingerichtet werden, die potenziell einen erheblichen Teil des künftigen Bedarfs der EU decken könnten (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2008: 5).

Als wichtige Partner werden dabei Aserbaidschan, Turkmenistan, Irak und die Maschrik-Staaten genannt. Auch Iran und Usbekistan könnten zu Partnern werden, wenn sich die politische Situation in diesen Staaten verbessern würde. Außerdem beschlossen Europäische Kommission, Europäische Investitionsbank und Weltbank die Gründung der *Caspian Development Corporation* (CDC) (vgl. Senkyr 2009: 2). Die Durchführbarkeit des „südlichen Korridors“ sollte durch diese CDC nach den Rechtsvorschriften der EU insbesondere im Bereich Wettbewerbsrecht geprüft werden (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2008: 5).

Der Vorschlag eines „südlichen Gaskorridors“ wurde im März 2009 vom Europäischen Rat genehmigt. Politische Unterstützung bekam das Projekt „südlicher Korridor“ im Mai 2009 bei einem Gipfel in Prag, wo sich die VertreterInnen der EU-Mitgliedsstaaten, Aserbaidschans, Ägyptens, Georgiens, Kasachstans, der Türkei, Turkmenistans und Usbekistans trafen. Die tschechische Ratspräsidentschaft war überzeugt, dass diese Initiative erfolgreich sein wird. Vom „südlichen Korridor“ erwartete die EU eine Abdeckung von circa fünf Prozent des europäischen Gasbedarfs. Die eigentlich für das Treffen wichtigen zentralasiatischen Präsidenten waren nicht vor Ort und das Abkommen wurde von der zentralasiatischen Seite nicht unterzeichnet (vgl. Politik und Zeitgeschichte 2012).

Der Bau des südlichen Korridors erfordert die Lösung einiger schwieriger Aufgaben, vor allem müssen die notwendigen Investitionen erhöht werden, für Investitionen und

Transits langfristige internationale rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden und der Transit über den Südkaukasus gesichert werden (vgl. EUCAM 2009: 2). Das Konzept des südlichen Korridors besteht aus zwei Pipeline-Projekten. Zentralasien ist als Schlüsselrohstoffbasis von großer Bedeutung für den südlichen Korridor, weil die drei Länder der Region, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan, reich an Gasreserven sind. Die Produktions- und Verbrauchszahlen und das Potenzial für Gasexporte der Staaten sind unterschiedlich. Dies wird in der folgenden Tabelle 2 ersichtlich.

Abbildung 4 (Tabelle 2): Die Gasproduktion und der Gasverbrauch in Zentralasien, in Milliarden Kubikmeter

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Kasachstan: Produktion	16,7	18,7	17,8	17,6	19,3	19,7
Kasachstan: Verbrauch	8,4	8,1	7,8	8,2	9,2	9,5
Turkmenistan: Produktion	65,4	66,1	36,4	42,4	59,5	64,4
Turkmenistan: Verbrauch	21,3	20,05	19,9	22,6	25,0	23,3
Usbekistan: Produktion	59,1	62,2	60,0	59,6	57,0	56,9
Usbekistan: Verbrauch	45,9	48,7	43,5	45,5	49,1	47,9

(BP Statistical Review of World Energy 2013)

Ein bedeutendes Projekt des südlichen Korridors für Zentralasien war Nabucco, welches nach dem Abschnitt über die CDC näher beschrieben wird.

6.4 Caspian Development Corporation

Die CDC ist ein Konsortium von Gasunternehmen, die sich an Investitionen im Kaspischen Becken beteiligen wollen. Diesem Konsortium gehören auch die österreichische OMV und die deutsche RWE an. Die Hauptaufgabe besteht dabei im Sammeln von Informationen über die Bedürfnisse der europäischen Gasunternehmen bei der Lieferung von Erdgas aus Turkmenistan. Dabei werden die technischen und rechtlichen Möglichkeiten des Baus von transkaspischen Pipelines und anderen Gasinfrastrukturen untersucht (vgl. RWE 2008; Эмерсон/Бунстра 2010: 93). Durch die CDC sollten folgende Ziele erreicht werden:

- ✓ Die CDC sollte den Ausbau und die Nutzung bedeutender neuer turkmenischer Gasvorkommen und möglicherweise auch anderer Lieferländer unterstützen.
- ✓ Die CDC sollte ein attraktives Angebot für die europäische Gasindustrie schaffen, sodass europäische Unternehmen Interesse bekommen, sich daran zu beteiligen.
- ✓ Die CDC sollte ein attraktives Angebot auch für Turkmenistan und andere Anbieter erarbeiten, sodass diese bereit wären, der CDC reichlich langfristige Gasvolumen zur Verfügung zu stellen.
- ✓ Die CDC sollte den Wettbewerb auf dem europäischen Gasmarkt erhöhen.

Vor allem Turkmenistan sollte davon profitieren, indem der Gasexport des Landes diversifiziert und der Ausbau und die Nutzung neuer Gasfelder gefördert werden könnten (vgl. IHS CERA 2010: 3). Außerdem haben RWE und OMV im Jahr 2008 die *Caspian Energy Company* (CEC) ins Leben gerufen um turkmenische Gaslieferungen an die EU zu prüfen (vgl. Azarch 2009: 9).

Abbildung 5 (Tabelle 3): Potenzielle Pipeline-Routen für die Lieferung von Erdgas aus zentralasiatischen Staaten an die EU-Mitgliedsstaaten:

Projektname	Route	Zeitplan	Volumen	Lieferland/Lieferländer	Unternehmen
Nabucco	Türkei- Bulgarien- Rumänien- Ungarn- Österreich	2015	8 Mrd. m ³ , bis 2020 31 Mrd. m ³ erreichen	Aserbaidshon, Turkmenistan, Irak, Ägypten (möglicherweise Iran, Kasachstan und Usbekistan)	OMV (Österreich), MOL (Ungarn), Transgaz (Rumänien), Bulgargaz (Bulgarien), Botas (Türkei), RWE (Deutschland)
Trans- Caspian Gas Pipeline	Kasachstan- Turkmenistan- Aserbaidshon- Zentraleuropa			Turkmenistan und Aserbaidshon	
South Stream	Russland- Bulgarien- Serbien- Ungarn- Österreich und/oder Russland- Bulgarien- Griechenland- Italien	2015	31 Mrd. m ³ oder 63 Mrd. m ³ wenn beide Zweige gebaut werden	Russland (möglicherweise auch Zentralasien)	Gazprom (Russland), ENI (Italien)
White Stream	Georgien- Rumänien durch das Schwarze Meer	Keine Daten	8 Mrd. m ³ bis 32 Mrd. m ³ mit kaspischen Quellen	Aserbaidshon und später die Kaspische Region und der Iran	Georgien- Ukraine-EU (GUEU) (Konsortium befindet sich in Großbritannien)

(vgl. Денисон 2009: 14)

6.5 Das Projekt „Nabucco“

Das Projekt Nabucco wurde im Jahr 2002 von der OMV (Österreich) und Botas (Türkei) mit dem Ziel vorgeschlagen, die Kaspische Region, die EU und den Nahen Osten durch Rohrleitungen zu verbinden. Ende 2002 haben sich die Unternehmen OMV (Österreich), Botas (Türkei), Bulgargaz (Bulgarien), Transgaz (Rumänien), Mol (Ungarn) und RWE (Deutschland) zu einem Konsortium zusammengeschlossen, um Nabucco zu verwirklichen. Das Projekt wurde nach Giuseppe Verdis Oper „Nabucco“ genannt (vgl. Götz 2010: 39). Dadurch sollte Gas im Umfang von insgesamt 31 Milliarden Kubikmeter exportiert werden. Nabucco war für die Produktion und den Transport von Energie aus der kaspischen Region in den europäischen Energiebinnenmarkt bestimmt. Der Bau der Gaspipeline "Nabucco" sollte in zwei Phasen unterteilt werden. In der ersten Phase sollte eine Gas-Pipeline von Aserbaidschan über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich (Baumgarten an der March) gebaut werden. In der zweiten Phase sollte die Nabucco-Pipeline von Aserbaidschan weiter nach Zentralasien ausgebaut werden. Die Nabucco-Pipeline sollte sich insgesamt über ca. 3.300 km erstrecken und 8 Milliarden Euro kosten (vgl. Krämer 2011: 214). Im Juli 2009 unterzeichneten Österreich, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und die Türkei in Ankara ein Abkommen zum Bau der Nabucco-Pipeline. Dieses wurde im Jahr 2010 ratifiziert. Noch im Jahr 2005, nach dem viele Studien durchgeführt worden waren, wurde in jedem Partnerland ein Nabucco-Unternehmen gegründet. Der Hauptsitz der Nabucco Gaspipeline International GmbH war in Wien. Von der EU wurden für das Projekt nur 200 Millionen Euro bereitgestellt (vgl. Umbach 2009: 51). Im Vertrag wird erwähnt, dass innerhalb der EU das europäische Recht und innerhalb der Türkei türkisches Recht gelten wird (vgl. European Commission IP/09/1114 2009: 1). Der Bau der Pipeline sollte 2011 begonnen werden und 2014 sollte die Pipeline in Betrieb gehen. Vollständige Leistungsfähigkeit der Pipeline wurde für das Jahr 2019 geplant (vgl. Zirm 2009). Doch im Jahr 2011 gab der Vorstand der Nabucco Gaspipeline International GmbH, Reinhard Mitschek, bekannt, dass erst im Jahr 2013 mit dem Bau der Pipeline begonnen wird und diese erst 2017 in Betrieb gehen kann (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2011).

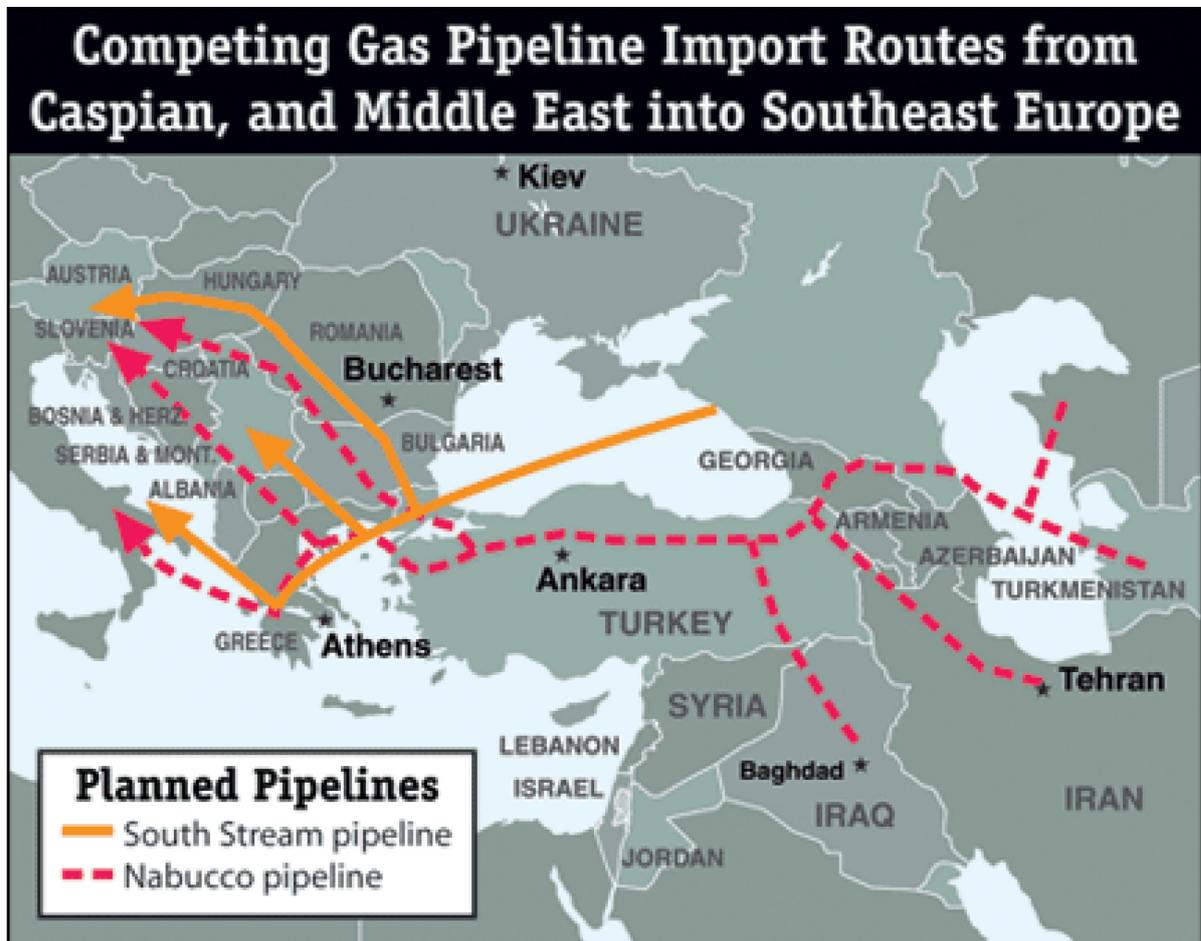
Es gab jede Menge Hindernisse beim Bau der Nabucco-Pipeline. Die Türkei verlangte 15% des Transitvolumens, weil fast die Hälfte der Leitung durch türkisches Gebiet

verlaufen würde. Das Projekt wurde nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch problematisch. Auch die südkaukasischen Konflikte zwischen Aserbaidschan und Armenien um Berg-Karabach und die angespannte Situation zwischen Georgien und Russland behinderten den Bau von Routen. Die EU wollte das Risiko, ohne die Zustimmung des Irans und Russlands transkaspische Pipelines zu bauen, nicht eingehen. Vor allem der russisch-georgische Konflikt hatte die EIB und die EBWE (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) von der finanziellen Unterstützung abgehalten (vgl. Azarch 2009: 9ff.). Darüber hinaus bekam das Projekt Nabucco noch im Jahr 2007 starke Konkurrenz, weil Gazprom (Russland) und Eni (Italien) den Bau einer neuen Pipeline namens South Stream planten. Im Jahr 2007 stieg die französische „Gaz de France“ aus dem Nabucco-Projekt aus und beteiligte sich im Jahr darauf an dem Projekt „South Stream“ (vgl. Rianovosti 2008). Außerdem bekundeten die Nabucco-Partner OMV, MOL und Bulgargaz ihre Teilnahme an der Pipeline South Stream (vgl. Azarch 2009: 9ff.). Auch das aserbaidische Konsortium „Shah Deniz“ entschloss sich im Juni 2013 für die Trans Adria Pipeline Route (TAP), die über Griechenland und Albanien nach Italien laufen soll (vgl. ORF 2013). Dies alles führte zu einem Interessenskonflikt wodurch das Projekt Nabucco im Jahr 2013 aufgegeben wurde. Von Anfang an waren nicht alle EU-Staaten von dem Projekt Nabucco begeistert. Beispielsweise waren Frankreich, Italien, Deutschland und Griechenland gegen die Finanzierung dieses Projekts, was eigentlich auch als ein Hindernis für den Bau von Nabucco gesehen werden kann. Infolge dieser Ablehnung wurde die Finanzierungsliste auch vonseiten Deutschlands geändert, so stand im Jahr 2009 im EU-Konjunkturplan statt dem Projekt Nabucco das Projekt „Southern Corridor – New Silk Road“ auf dem Finanzierungsplan. Das größte Hindernis für das Projekt Nabucco ist jedoch die Einstellung des Iran und Russlands. Die beiden Staaten sind der Meinung, dass ein solches Projekt die Zustimmung aller Staaten des kaspischen Meeres haben sollte (vgl. Azarch 2009: 9ff.).

Eigentlich sollte der Bau der Nabucco-Pipeline noch im Jahr 2008 beginnen, wurde aber immer wieder wegen oben genannter Schwierigkeiten verschoben. Zusammenfassend kann man die folgenden drei großen Schwierigkeiten für das Nabucco-Projekt nennen: Sicherung von Erdgasmengen, Transitmöglichkeiten und andere Konkurrenten (vgl. Krämer 2011: 192).

Um einen besseren Überblick zu ermöglichen, zeigt Abbildung 6 den ursprünglichen Plan der Nabucco Route und den Routenplan von South Stream.

Abbildung 6: Nabucco und South Stream Pipelines



(Energy Tribune 2007)

6.6 South Stream

Diese Route soll sich von der russischen Küste unter dem Schwarzen Meer bis zur bulgarischen Küste erstrecken. Die Kapazität der South Stream-Pipeline soll 63 Mrd. Kubikmeter erreichen. Es gibt verschiedene Routenoptionen, die wichtigste davon ist die Route durch Russland, die Türkei und Bulgarien. Schon im Jahr 2008 wurden die Bauverträge zwischen Österreich, Bulgarien, Ungarn, Griechenland, Serbien, Slowenien und Kroatien unterschrieben. Der Unterwasserabschnitt des Projektes wurde wie folgt

aufgeteilt: Gazprom: 50%, Eni: 20%, Wintershall Holding (Deutschland) und EDF (Frankreich): 15% (vgl. South Stream 2013).

6.7 Trans-Caspian Gas Pipeline

Die über 300 Kilometer lange Transkaspische Gaspipeline soll von der turkmenischen Küste des Kaspischen Meeres zur aserbajdschanischen Küste verlegt werden. Von dort aus kann das Erdgas in die Türkei transportiert werden, die eine gemeinsame Grenze mit den europäischen Ländern hat, beziehungsweise kann die Pipeline an den „Südlichen Gaskorridor“ angebunden werden. Aschgabat glaubt, dass für die Verlegung von Rohrleitungen unter dem Kaspischen Meer (deren rechtlicher Status noch nicht bestimmt worden ist) die Zustimmungen von Turkmenistan und Aserbaidschan ausreichen sollten, weil die Pipeline Territorien dieser beiden Länder durchlaufen würde. Aserbaidschanische VertreterInnen von SOCAR (*State Oil Company of Azerbaijan*) haben bekannt gegeben, dass sie bereit wären, das Territorium, Transitmöglichkeiten und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, um das Projekt zu realisieren. Ende 2013 oder Anfang 2014 sollte ein Treffen zwischen Turkmenistan und der Europäischen Union über die Umsetzung des transkaspischen Projekts stattfinden. Zu diesem Zweck plant Aschgabat, EU-Energiekommissar Günther Oettinger zu besuchen (vgl. Şaban 2013).

6.8 TANAP

Mit dem Bau der Trans-Anatolien-Pipeline (TANAP) zwischen Aserbaidschan und der Türkei hat das Projekt Nabucco sein ursprüngliches Ziel und seinen Anreiz verloren. Von der ursprünglichen Länge (3300 km) wurde Nabucco auf 1200 Kilometer verkürzt. Nabucco sollte von der türkisch-bulgarischen Grenze bis Österreich gebaut werden und die TANAP sollte an der bulgarischen Grenze mit dem verkürzten westlichen Zweig der Nabucco-Pipeline verbunden werden (vgl. Melvin 2012: 2). Auch die für Nabucco geplanten 33 Milliarden Kubikmeter Gas wurden reduziert. Durch die TANAP und die neue Nabucco-Route zusammen sollen nur 23 Milliarden Kubikmeter Gas transportiert werden können (vgl. Kurier 2012).

6.9 Trans Adriatic Pipeline (TAP)

Durch die TAP wird Erdgas vom aserbaidischen Gasfeld Shah Deniz II über Griechenland, Albanien, unter der Adria nach Süditalien und weiter nach Westeuropa befördert. An der TAP sind folgende Unternehmen beteiligt: BP (20%), Socar (20%), Statoil (20%), Fluxys (16%), Total (10%), E.ON (9%) und Axpo (5%). Durch diese Pipeline sollen ungefähr 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr nach Europa transportiert werden. TAP ist die kürzeste Pipeline im südlichen Gaskorridor. Der Baubeginn von TAP ist für das Jahr 2015 geplant und 2019 soll sie in Betrieb genommen werden (vgl. TAP 2013).

6.10 White Stream

Ein anderes Projekt wäre „White Stream“ – ein zusätzliches Rohr (für 32 Milliarden Kubikmeter) zwischen Georgien und Rumänien unter dem Schwarzen Meer, welches das türkische Monopol über den „südlichen Korridor“ vermeiden würde (vgl. Эмерсон/Бунстра 2010: 93f.).

7 Die Entwicklung der einzelnen Länder

Die Entwicklung im Rahmen der Zentralasienstrategie ist in den Staaten unterschiedlich verlaufen. In diesem Kapitel wird die Entwicklung der Partnerstaaten Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan untersucht beziehungsweise wie diese drei Staaten auf die EU-Politik reagiert haben.

7.1 Kasachstan

Seit der Unabhängigkeit des Landes regiert in Kasachstan Nursultan Nasarbajew. Ab 2007 hat das Land ein präsidential-parlamentarisches Regierungssystem. Die Präsidentenamtszeit dauert 5 Jahre. Die Hauptentscheidungen in der Innen- und Außenpolitik werden vom Präsidenten getroffen. Die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit waren durch einen steilen wirtschaftlichen Niedergang gekennzeichnet. Erst ab dem Jahr 2000 konnte das Land ein stabiles wirtschaftliches Wachstum verzeichnen. Insbesondere durch eine Erhöhung des Ölexportes konnte Kasachstan das wirtschaftliche Wachstum weiter steigern (vgl. Schreiber 2012: 49; 60).

Mehr als 70 Prozent der kasachischen Gasreserven befinden sich in drei großen Gasfeldern: Kashagan, Tengiz und Karachaganak. Alle drei befinden sich verkehrsgünstig im Westen des Landes. Die kasachische Ölproduktion hat sich in den letzten 13 Jahren mehr als verdoppelt, von 35,3 Millionen Tonnen auf 79,2 Millionen Tonnen pro Jahr. Die im September 2013 begonnene Ölförderung in Kashagan sollte die Produktion noch weiter steigern, auf 102 Millionen Tonnen bis 2017. Nach Russland, China und in den Iran bestehen einige Transportrouten. Diese reichen aber nicht aus, um noch größere Energiemengen zu transportieren (vgl. Delegation der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien 2013: 20; Wirtschaftsnachrichten aus Mittel- und Osteuropa 2013). Überwiegend wird kasachisches Öl über eine Pipeline aus dem Tengiz-Ölfeld nach Russland transportiert (vgl. Malek 2009: 12). Kasachstan stört vor allem, dass Russland circa 80 Prozent der kasachischen Öllieferungen kontrolliert. Auch China spielt eine bedeutende Rolle, von chinesischen Unternehmen werden circa 25 Prozent der kasachischen Erdölproduktion kontrolliert (vgl. Delegation der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien 2013: 20; Wirtschaftsnachrichten aus Mittel- und Osteuropa 2013). Der kasachische Ölsektor entwickelt sich in letzter Zeit sehr schnell, dabei

spielen europäische InvestorInnen eine wichtige Rolle. Die EU gehört zu den größten Importeuren kasachischen Erdöls. Die europäischen Unternehmen überwiegen vor allem im kasachischen Kashagan-Feld.

Im Dezember 2006 unterzeichneten die Europäische Union und Kasachstan in Brüssel ein *Memorandum of Understanding* über die Zusammenarbeit im Energiebereich. Durch dieses Memorandum sollte der Zugang zu den kasachischen Ölvorkommen für die EU ermöglicht werden (vgl. Adolf 2010: 153). Dabei waren beide Seiten damit einverstanden, anhand von zwei Roadmaps zu arbeiten: eine zur Verbesserung der Energiesicherheit und eine zur Verbesserung der industriellen Zusammenarbeit (vgl. European Commission 2006: 2ff.). Die Kosten für gemeinsame Projekte zwischen der EU und Kasachstan im Rahmen dieses Memorandums werden mehr als 700 Millionen Euro für zehn Jahre betragen (vgl. Ежегодник «Деловой Казахстан» 2008: 72). Außerdem wurden zwei weitere Dokumente unterzeichnet: das Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und eine gemeinsame Absichtserklärung für intensivere Zusammenarbeit auf dem Energiesektor.

Im Jahr 2002 wurde das staatliche Unternehmen Kazmunaigaz gegründet um die nationalen Ressourcen zu verwalten. Seitdem spielt Kazmunaigaz eine sehr wichtige Rolle auf dem kasachischen Wirtschaftssektor (vgl. Pianzola 2012: 5). Im Jahr 2007 hat Kasachstan das neue Gesetz „Über die Bodenschätze und ihre Nutzung“ eingeführt. Das neue Gesetz erlaubte nur der kasachischen Regierung, Rohstoffverträge zu ändern oder sogar abzubrechen wenn diese eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen. 2010 wurde das Gesetz noch einmal geändert, damit sollten die staatlichen Ressourcen bestmöglich geschützt werden. Dem neuen Gesetz zufolge durfte es keine einheitlichen Verträge mehr geben, d. h. für die Untersuchungen von Bodenschätzen musste ein Vertrag abgeschlossen werden und für die Förderung der Ressourcen ein separater. Die Unternehmen, welche Untersuchungen auf den Gas- und Ölfeldern durchführten, erhielten Vorrang vor anderen BewerberInnen bei einem weiteren Vertragsabschluss für die Förderung der Ressourcen (vgl. Marenkov 2012: 4). Verständlicherweise wurden die Explorationszonen meistens dem staatlichen Unternehmen Kazmunaigaz zugeteilt. Dadurch verloren viele private Unternehmen bereits am Anfang das Interesse. Dem Unternehmen Kazmunaigaz fehlt es dennoch nicht an Partnern; Verträge wurden mit

anderen staatlichen Unternehmen aus Russland und China abgeschlossen (vgl. Pianzola 2012: 5f.).

Kasachstan interessiert sich für die Entwicklung neuer Wege für Energieexporte, um die eigene Abhängigkeit von russischen Pipelines zu reduzieren. Momentan bestehen zwei Routen, die Russland umgehen. Großteils exportiert Kasachstan das Öl vom Hafen Aktau durch das Kaspische Meer nach Baku. Aus Aserbaidshjan wird das Öl dann weiter entweder an der Schwarzmeer- und Mittelmeerküste durch die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline transportiert oder mit dem Zug an die georgische Schwarzmeerküste gebracht (vgl. Эмерсон/Бунстра 2010: 92f.). Eine andere Möglichkeit für einen direkten Transport von kasachischen und turkmenischen Energielieferungen wäre eine transkaspische Pipeline. Dadurch könnte die EU billigeres Gas aus Turkmenistan kaufen und sich und Zentralasien von Russland unabhängig machen (vgl. Malek 2009: 12).

Am 26. November 2013 hat in Astana eine Konferenz zum Thema Menschenrechte stattgefunden. Dabei wurde erwähnt, dass die EU im Jahr 2014 das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Kasachstan erneuern würde. Das noch im Jahr 1999 unterzeichnete PKA wurde bis heute nicht geändert und sollte auf Grundlage der neuen europäischen Standards ersetzt werden. Dieser Prozess wurde durch die Unruhen (2011) in Kasachstan verzögert. In der kasachischen Stadt Schanaosen protestierten ArbeiterInnen der Öl- und Gasindustrie für höhere Löhne. Dabei kamen mehrere Menschen ums Leben und oppositionelle Medien wurden verboten. Nach diesen Unruhen wurden praktische keine Verhandlungen mehr im Rahmen des PKA geführt. Für die Änderungen des PKA ist geplant, dass Kasachstan sich an die EU-Standards und Systeme anpasst, einschließlich SPS (*Sanitary and Phytosanitary Measures*), TBT (*Agreement on Technical Barriers to Trade*) und IPR (*Intellectual Property Right*). Insbesondere werden tarifäre und nicht tarifäre Handelshemmnisse beseitigt, um den Handel auszudehnen. Bedeutend ist auch die Zusammenarbeit im Bereich Energie, insbesondere die Realisierung der transkaspischen Route. Außerdem wird erwähnt, dass die Beteiligung von Kasachstan in der Zollunion und der Eurasischen Wirtschaftsunion mit Russland und Weißrussland zu keinen wirtschaftlichen und finanziellen Hemmnissen in der Zusammenarbeit mit der EU führen sollte. Allerdings ist für die EU wichtig, dass zuerst die Lage der

Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten in Kasachstan verbessert werden. Dazu sagt die Präsidentin der öffentlichen Fonds „Ar. Ruch. Hack“ („Ap. Pux. Xak“)⁴, Bahytzhan Toregojina, dass sie in Bezug auf die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen pessimistisch ist, weil die zuvor beschlossene Vereinbarung nicht erfüllt wurde. Auch während des kasachischen Vorsitzes in der OSZE wurden die versprochenen Änderungen im Bereich Menschenrechte nicht umgesetzt. Toregojina sieht das neue PKA als wichtige politische und wirtschaftliche Dividende für beide Seiten, aber auf keinen Fall als Verbesserung der Menschenrechte. Es wäre gut, wenn Kasachstan sich im PKA verpflichtet, die Europäische Menschenrechtskonvention zu unterschreiben und zu ratifizieren. Die Direktorin der zentralasiatischen „Stiftung für die Entwicklung der Demokratie“, Tolgonai Umbetalieva, ist der Meinung, dass die Verbesserung der Lage der Menschenrechte ein bestimmter Teil des europäischen politischen Spiels ist. Vonseiten der EU-Politik kommt Kritik und positive Bewertung. Dabei soll das Positive stärker betont werden und Kritik soll in geringem Maße, aber konkret formuliert werden. Damit kann die EU Reformen in dem Land schaffen, weil eine solche Politik einen sozialen Wandel stimuliert (vgl. Муминов 2013).

Im Vergleich zu Turkmenistan und Usbekistan bemüht Kasachstan sich auf internationaler Ebene zu verbessern (z. B. OSZE-Vorsitz im Jahr 2010). Kasachstan hat ein politisches, soziales und wirtschaftliches Interesse an der Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, dass heute von der Weltgemeinschaft keine Entscheidung mehr ohne die Beteiligung der europäischen Institutionen getroffen wird. Kasachstan hat das Programm „Der Weg nach Europa“ (2009-2011) entwickelt, damit sucht das Land eine strategische Partnerschaft mit führenden europäischen Ländern im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Damit versucht Kasachstan sich nicht nur an Europa anzunähern, sondern bringt auch den Wunsch zum Ausdruck, sich an europäische Standards anzupassen (vgl. Мухамеджанова 2011: 153).

⁴ Der öffentliche Fonds „Ar. Ruch. Hack“ ist im politischen Bereich in Kasachstan tätig. Die Hauptaufgaben sind: Unterstützung der Verfassungsgrundsätze der rechtlichen und demokratischen Staaten und die Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft (vgl. Ap. Pux. Xak o. J.).

7.2 Turkmenistan

Vom Zerfall der UdSSR bis 2006 war Saparmurat Nijasow Präsident von Turkmenistan. Nach seinem Tod übernahm Gurbanguly Berdimuhamedow die Präsidentschaft (vgl. Krämer 2011: 382). Seit der Unabhängigkeit zählt Turkmenistan zu den isolierten Staaten. Der Präsident hat die absolute Macht und Kontrolle über alle Aspekte der Gesellschaft inne. Die Regierung versucht, die Bevölkerung von ausländischen Einflüssen abzusichern (z. B. keine ausländischen Printmedien, keine Satellitenschüsseln etc.). MenschenrechtsaktivistInnen, JournalistInnen und AnwältInnen, die die turkmenische Regierung kritisieren, werden bestraft. Das Land verzichtet auf die Teilnahme an multilateralen Institutionen wie zum Beispiel der WTO. Turkmenistan hat großteils bilaterale Beziehungen mit Russland, China und Iran (vgl. Meurs 2013: 3).

Turkmenistan verfügt über ein erhebliches Potential, sowohl für die Verbesserung der Energieeffizienz, als auch für eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Beide fördern die wirtschaftliche Stabilität, die Verringerung der industriellen Umweltverschmutzung und die Reduktion von Auswirkungen fossiler Brennstoffe auf den Klimawandel (vgl. EuropeAid 2012: 41).

Die hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten Turkmenistans basieren nahezu ausschließlich auf Gasexporten. Vier Fünftel der Exporteinnahmen werden mit Energieressourcen erzielt (vgl. Deutscher Wirtschaftsclub in Turkmenistan 2011: 7).

Ein zentrales Ziel der EU-Strategie war es, Zugang zu turkmenischen Gasvorkommen zu bekommen. Turkmenistan gilt als größter Kohlenwasserstoffproduzent in der kaspischen Region. Deswegen war es für die EU wichtig, die Zusammenarbeit im Energiesektor zu stärken. Turkmenisches Gas würde die Sicherheit der europäischen Energieversorgung erhöhen und wurde als Ausweg aus der Abhängigkeit Europas von Russland gesehen. Das wichtigste Projekt der Initiative sollte die Gas-Pipeline Nabucco aus Turkmenistan sein. Nach Einführung der Strategie für Zentralasien versuchte die EU ihre diplomatischen Beziehungen zu Turkmenistan zu verbessern. In das Mandat des EU-Sonderbeauftragten in der Region wurden Energiesicherheitsfragen aufgenommen. Die EU-Beamten besuchten Aschchabad mehrere Male. Dies führte im Jahr 2008 zur Unterzeichnung eines *Memorandums of Understanding* über die

Zusammenarbeit in Energiefragen zwischen Turkmenistan und der EU (vgl. Melvin 2012: 2). Dabei haben die Vertragsparteien ihre Bereitschaft erklärt, in den folgenden Bereichen zusammenzuarbeiten: Stärkung der Zusammenarbeit bei der Energiesicherheit und Verbesserung der industriellen Entwicklung. Um die Energiesicherheit zu erhöhen, sollen dabei regelmäßig Informationen über politische Entwicklungen im Energiebereich ausgetauscht werden. Außerdem sollen gerechte, transparente und rechtliche Bedingungen geschaffen werden, um leichter neue InvestorInnen zu gewinnen. Um die industrielle Entwicklung zu verbessern, sollen neue Technologien und Ausbildungsstellen gefördert werden. Außerdem werden erneuerbare Energiequellen, die Nutzung der Sonnenenergie sowie energieeffiziente und umweltfreundliche Technologien gefördert (vgl. European Commission 2008: 1ff.). Turkmenistan, ein bedeutender Produzent von Kohlenwasserstoffen in der Region des Kaspischen Meeres, hat sich bereit erklärt, mit der Europäischen Union zusammenzuarbeiten und 10 Milliarden Kubikmeter Gas für die Nabucco-Pipeline in die EU zu exportieren. Dabei wurde bei diesem Abkommen kein durchdachtes Konzept erstellt, wie genau das turkmenische Erdgas das Nabucco-Netz erreichen soll (vgl. Krämer 2011: 193). Außerdem sollen die Energiesicherheit gestärkt und spezifische industrielle Kapazitäten für die Nutzung von Energieressourcen und deren Transport zum europäischen Energiebinnenmarkt entwickelt werden (vgl. Эмерсон/Бунстра 2010: 93). Allerdings steht noch nicht fest, ob das Land über ausreichend Gasreserven verfügt, um die versprochenen 10 Milliarden Kubikmeter pro Jahr nach Europa zu exportieren. Turkmenistan hat einige Verträge mit Russland und China abgeschlossen. Wenn man bedenkt, dass das Land 30 Milliarden Kubikmeter nach China und circa 50 Milliarden Kubikmeter nach Russland transportiert, könnte es für die EU knapp werden, die versprochenen Lieferungen zu bekommen (vgl. Krämer 2011: 194).

Bei der Zusammenarbeit mit der EU könnte Turkmenistan seinen Profit und seine Sicherheit erhöhen, weil die EU der größte und verlässlichste Markt für Gasimporte ist (vgl. Wetzel 2013: 21). Die EU interessiert sich entweder für die Serdar/Kyapaz-Gasfelder im zentralen Teil des Kaspischen Meeres oder für das Süd-Yolotan-Feld. Die Europäische Union und die europäischen Energieunternehmen könnten ihre Position verbessern, wenn sie bei der Lösung des Grenzproblems Serdar/Kyapaz zwischen Aserbaidschan und Turkmenistan vermitteln würden. Wenn in dieser Frage eine

Einigung erreicht würde, wäre es möglich, die aserbaidische maritime Infrastruktur in Shah Deniz ohne großen Kostenaufwand mit Serdar/Kyapaz zu verbinden.

Eine andere Alternative wäre, das Gas über das Festland aus dem Osten Turkmenistans zu transportieren. Im März 2009 hat die turkmenische Regierung einen Tender für den Bau einer Ost-West-Pipeline mit einer Jahreskapazität von 30 Milliarden Kubikmetern zwischen Süd-Yolotan und dem Kaspischen Meer ausgeschrieben, wodurch circa 70 Unternehmen Interesse signalisierten. Über diese Pipeline hätte das Gas weiter durch die Pre-Caspian Gas Pipeline nach Kasachstan und Russland oder in irgendeiner Form über das Kaspische Meer transportiert werden können. Viel sicherer wäre es allerdings, das Gas in verflüssigter Form mit Tankern vom Kaspischen Meer nach Aserbaidschan zu liefern. Das ist aber ein teurer Weg, welcher langfristige Investitionen erfordert.

Eine andere Möglichkeit wäre, die bestehenden aserbaidischen und turkmenischen maritimen Infrastrukturen mit kurzen Unterwasser-Rohrleitungen zu verbinden. Leider verhält sich die turkmenische Regierung relativ zurückhaltend, was die Zusammenarbeit erschwert. Die einfachere Möglichkeit wäre der Bau einer Unterwasser-Pipeline. Dies würde aber dem Iran und Russland missfallen (vgl. EUCAM 2009: 1ff.).

Außerdem will die EU Turkmenistan beim Beitritt in die EITI (*Extractive Industries Transparency Initiative*) unterstützen (vgl. Amtsblatt der Europäischen Union 2013: 97). EITI ist eine Initiative, die durch Transparenz der Rohstoffeinnahmen eine gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung anstrebt (vgl. EITI o. J.).

Über die turkmenischen Gasreserven liegen keine genauen Daten vor. Nach BP-Einschätzungen betragen sie im Jahr 2012 17,5 Milliarden Kubikmeter (vgl. BP 2013: 20). Die Gasvorkommen Turkmenistans bieten mehr Möglichkeiten für die EU, weil diese durch den geplanten „südlichen Korridor“ geliefert werden könnten. Aus diesem Grund ist es für die EU wichtig, eine Möglichkeit für den Transport von Gas unter dem Kaspischen Meer zu schaffen (vgl. Denison 2009: 8). Der Bau von Rohrleitungen wird aber sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Eine andere Möglichkeit wäre, die Gaslieferungen mit dem Schiff zu transportieren, was allerdings hohe Investitionen erfordern würde (vgl. EUCAM 2009: 1).

Das britische Energieberatungsunternehmen *Gaffney, Cline and Associates* bewertete 2011 die turkmenischen Gasreserven. Dabei stellte sich heraus, dass sich allein in Galkynysch Gasvorkommen von bis zu 21.200 Milliarden Kubikmeter befinden. Somit ist dieses turkmenische Gasfeld das zweitgrößte der Welt (vgl. Strohbach 2012: 3). Darüber hinaus gibt es in Turkmenistan noch weitere Felder mit großen Gasvorkommen wie Süd-Yolotan, Murgab und das Südkaspische Becken (vgl. Azarch 2009: 8).

Turkmenistan ist sehr von der russischen Gasexportinfrastruktur abhängig. Dies bestätigten die Vorfälle zwischen den beiden Ländern im April 2009. Damals wurden die Gaslieferungen nach Russland gestoppt, weil es eine Explosion in der Hauptexportpipeline zwischen Turkmenistan und Russland gegeben hatte. Turkmenistan war der Meinung, diese sei von Gazprom absichtlich ausgelöst worden, um die Kaufpreise zu reduzieren. Bis die Gaspipeline wieder hergestellt wurde und ein neues Abkommen zwischen Moskau und Turkmenistan unterzeichnet wurde, überlegte Turkmenistan, seine Gasexporte zu diversifizieren und suchte schon Kontakte zu China und der EU (vgl. Mazneva 2009). Gazprom benötigte acht Monate, um Turkmenistan zu überreden, die Preise zu senken. Im Januar 2010 wurden die Lieferungen wieder aufgenommen (vgl. MediaUA 2009).

In den Jahren 2009-2010 wurden in Turkmenistan neue Gasexportwege in die VR China und den Iran gebaut. Damit konnte Turkmenistan seine Handelspartner diversifizieren. Die folgende Tabelle 4 zeigt, wie sich die turkmenische Gasförderung und die turkmenischen Gasexporte in den letzten drei Jahren entwickelt haben.

Abbildung 7 (Tabelle 4):

	2010	2011	2012
Förderung	47 Mrd. m ³	66 Mrd. m ³	69 Mrd. m ³
Export	23 Mrd. m ³	39 Mrd. m ³	40 Mrd. m ³

(vgl. Strohbach 2013: 8)

Es ist geplant, die jährliche Erdgasproduktion bis 2030 auf 250 Milliarden Kubikmeter zu steigern (vgl. Şaban 2013). Turkmenistan zeigt immer wieder Interesse an einem Gasexport nach Westen, aber bis jetzt hat nur das deutsche Unternehmen RWE Zugang zu Gasvorkommen erhalten. Das für die EU wichtige Feld Süd-Yolotan wurde

asiatischen und arabischen Ländern zugeteilt (vgl. Krämer 2011: 436f.). Im Jahr 2009 unterzeichneten Turkmenistan und RWE einen Vertrag zur Durchführung von Untersuchungsarbeiten und Förderung von turkmenischem Gas im westlichen Offshore-Becken Turkmenistans. In diesem Gebiet soll es Gasvorkommen von bis zu 6 Milliarden Kubikmeter geben. RWE hat 2012 die seismischen Untersuchungen abgeschlossen und plant für 2014 den Beginn von Explorationsbohrungen (vgl. RWE o. J.).

Die EU versucht mit Turkmenistan im Energiebereich zusammenzuarbeiten, aber immer wieder treten politische, technische und rechtliche Probleme in den Vordergrund, die noch zu lösen sind. Außerdem wurden die im Jahr 2007 bekannt gegebene wirtschaftliche Liberalisierung und die vereinbarten Reformen bis heute nicht wirklich umgesetzt. Die meisten Geschäftsentscheidungen werden durch politische und bürokratische Hürden verhindert. Es passiert auch öfters, dass Vertragsbedingungen wieder geändert werden. Der turkmenische Markt ist intransparent beziehungsweise sind selten Marktinformationen verfügbar, sodass die Schätzungen über die Gasproduktion in verschiedenen Quellen differieren (vgl. Strohbach 2013: 10). Andererseits zögerte Turkmenistan mit konkreten Exportzusagen, weil die Projektfinanzierung auch unklar war.

Im Jahr 2008 hat das Europäische Parlament Menschenrechtskriterien als Voraussetzung für die Beziehungen zwischen der EU und Turkmenistan formuliert. Jedoch ist die EU der turkmenischen Menschenrechtsslage bis heute ausgewichen und hat versucht, stärker in den Bereichen Energie und Sicherheit zusammenzuarbeiten. Im Jahr 2008 wurde der turkmenische Dissident Gulgeldy Annaniyazov für 11 Jahre inhaftiert, der Grund der Verhaftung war unbekannt. Seitdem hatte er keinen Kontakt mehr zur Außenwelt und über seinen Aufenthaltsort und seinen Zustand gibt es keine Informationen. Auch junge Männer, die Anhänger der Zeugen Jehovas sind, werden bestraft, weil sie aus religiösen Gründen den Militärdienst verweigern. Auf solche Verstöße zeigt die EU keine Reaktion obwohl es in vielen Abkommen zwischen der EU und Turkmenistan um die Einhaltung der Menschenrechte als Garant der Bürgerrechte, die Freilassung aller friedlichen politischen Gefangenen und ungehinderten Zugang ins Land für internationale MenschenrechtsbeobachterInnen geht. Bisher hat Turkmenistan keine dieser Kriterien erfüllt. Aus diesem Grund wurde das PKA zwischen der EU und

Turkmenistan noch nicht ratifiziert. Allerdings glauben einige ExpertInnen, dass das wachsende Interesse der EU daran, ihre Energieversorgung zu diversifizieren, zur Ratifizierung des PKA führen könnte. Anstatt konsequent zu bleiben, versucht die EU die Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Bereichen zu stärken (vgl. Ниязматов 2013).

7.3 Usbekistan

Seit dem Zerfall der Sowjetunion regiert in Usbekistan Islam Karimov. Seit der Unabhängigkeit wurde die Marktwirtschaft in Usbekistan nur teilweise eingeführt. Das Land hat keinen Zugang zum Kaspischen Meer, daher liegt das Land am weitesten von Europa entfernt. Ein Gasexport von Usbekistan nach Europa könnte nur durch Russland oder andere zentralasiatische Nachbarstaaten erfolgen. Das könnte Usbekistan von anderen Ländern abhängig machen (vgl. EUCAM 2009: 1). Aus diesem Grund zeigen auch die europäischen InvestorInnen wenig Interesse an Usbekistan, außerdem verfügt das Land nur über ein niedriges Exportpotenzial (vgl. Azarch 2009: 7). Immerhin wurden einige Aktivitäten im Energiebereich durchgeführt, zu den bedeutendsten Ereignissen gehören:

- ✓ Unterzeichnung des PKA im Jahr 1996
- ✓ Abkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie im Jahr 2003
- ✓ Zentralasienstrategie 2007
- ✓ Siebtes Treffen des parlamentarischen Kooperationsausschusses zwischen der EU und Usbekistan in Brüssel am 11. März 2009, in dem Usbekistan einwilligte, im Energiebereich zusammenzuarbeiten. Insbesondere sollte in den Bereichen Verbesserung der Energieeffizienz, erneuerbare Energiequellen, Energieinfrastruktur und bei der Umsetzung des Kyoto-Protokolls zusammengearbeitet werden.
- ✓ Neunte Tagung des Kooperationsrates EU-Usbekistan in Brüssel am 14. März 2009, auf der Usbekistan sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der EU bei der Umsetzung der Strategie für Zentralasien bekräftigte, darunter die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und ökologische Nachhaltigkeit; und seine Unterstützung für die Schaffung eines neuen Energie-Korridors bekundete.

- ✓ MinisterInnenkonferenz EU–Zentralasien vom 15. September 2009, die die Notwendigkeit für eine verstärkte regionale Zusammenarbeit in Umweltfragen einschließlich des Energiemanagements betonte (vgl. European Commission 2011: 1ff.).

Außerdem unterzeichneten die Europäische Union und Usbekistan im Januar 2011 ein *Memorandum of Understanding* über die Zusammenarbeit im Energiebereich (vgl. Europäische Kommission o. J.). Dabei stehen die Verbesserung der Zusammenarbeit im Energiebereich, die nachhaltige Entwicklung des usbekischen Energiesektors und die Modernisierung der usbekischen Infrastruktur im Mittelpunkt.

Die wichtigsten Bereiche der Zusammenarbeit im Energiesektor sind: 1. politische Maßnahmen, 2. Infrastruktur, 3. technische und industrielle Zusammenarbeit und 4. Implementierung. Bei den politischen Maßnahmen sollen eine Transparenz der Energietarife geschaffen, institutionelle Reformen durchgeführt und neue Mechanismen erarbeitet werden. Mit „Infrastruktur“ ist gemeint, dass die usbekische Infrastruktur modernisiert werden soll um Lieferungen von Erdgas an die EU zu ermöglichen. Durch die technische und industrielle Zusammenarbeit erfolgen der Austausch von Know-how und die Unterstützung beim Erwerb technologischer Fähigkeiten. Außerdem wird im Bereich der Forschung zusammengearbeitet und entsprechende Ausbildungen im Energiesektor durch TEMPUS und ERASMUS MUNDUS werden angeboten. Mit der Implementierung dieser Vereinbarungen beschäftigt sich die Delegation der EU in Usbekistan (vgl. European Commission 2011: 2ff.).

Die usbekischen Gasreserven betragen nach Angaben der BP (British Petroleum) im Jahr 2012 1,1 Milliarden Kubikmeter. Die tatsächlichen Vorkommen übersteigen diese Schätzung höchstwahrscheinlich noch, weil das Aralsee-Becken und das Ust-Urt-Plateau in West-Usbekistan über eine vielversprechende Struktur verfügen und einfach an die weitere regionale Transitinfrastruktur angeschlossen werden könnten. Die Förderung in Usbekistan funktioniert nach einem staatlichen Modell, sodass nur nach nationalen Bedürfnissen produziert wird und nicht für den regionalen Export. Die wichtigsten InvestorInnen in den westlichen Regionen des Landes sind Lukoil, Gazprom (über ihre Tochtergesellschaft Zarubezhneft) und die malaysische nationale Ölgesellschaft Petronas. Petronas leitet das Konsortium von russischen und ostasiatischen Unternehmen, die an der Förderung und Weiterverarbeitung des Gases in

flüssige Kraftstoffe (Gas to Liquid – GTL)⁵ am Aralsee und in den Ust-Urt Regionen beteiligt sind. Die usbekische Regierung plant, das Exportvolumen auf 15 Mrd. m³ bis zum Jahr 2015 und 20 Mrd. m³ bis zum Jahr 2020 zu steigern. Im September 2008 beschlossen der usbekische Präsident Karimow und der damalige Ministerpräsident Russlands Wladimir Putin, zusätzlich zu den bestehenden Zentralasien-Center-Pipelines und den Buchara-Ural-Pipelines eine weitere Pipeline zu bauen, um die Kapazität zu vergrößern. Im Jahr 2008 betonte der usbekische Präsident, dass Usbekistan in Zukunft Gas nur noch nach Russland exportieren wird. Die Energieunternehmen der EU spielen dabei eine unbedeutende Rolle in Usbekistan. Nur zwei Unternehmen sind aktiv: das britische Unternehmen Rosehill Energy, das an der Förderung von Erdöl in Nord-Urtabulak arbeitet und das tschechische Unternehmen Eriell Corporation, welches Bohrungen nach Gas-Kondensat in der Region Kashkadarya durchführt. Der Grund für die geringe Zahl europäischer Energieunternehmen in Usbekistan ist die Einführung von EU-Sanktionen zwischen 2005 und 2008 nach der gewaltsamen Unterdrückung eines Aufstands in der östlichen usbekischen Stadt Andischan im Mai 2005 durch die Regierung. Deswegen hält sich das Engagement europäischer Großkonzerne in dem Land in Grenzen. Die Unternehmen wollten ihren Ruf nicht beschädigen, weil in Usbekistan Menschenrechte verletzt werden. Außerdem zeigte sich Usbekistan in den letzten zehn Jahren in außenpolitischen Beziehungen unseriös, das Land favorisierte einmal Russland und einmal die EU (vgl. EUCAM 2009: 1). Langsam zeigte Usbekistan dann wieder Interesse an einer Zusammenarbeit mit der EU. Im Jahr 2009 versuchte Usbekistan, italienische und spanische InvestorInnen für den Energiebereich zu gewinnen. Außerdem nahmen usbekische Vertreter am EU-Energiegipfel in Prag im Mai 2009 teil. Es wird behauptet, das Interesse Usbekistans an der EU sei vorgetäuscht gewesen, weil das Land Druck auf Gazprom ausüben wollte. Damit wollte Usbekistan angeblich erreichen, dass das Unternehmen seine Aktivitäten auf dem Konzessionsgebiet in den Regionen Ust-Urt und Aralsee erhöht (vgl. Denison 2009: 7f.).

Usbekistan profitiert von dem allgemeinen Präferenzsystem, d. h. das Land genießt eine Zollermäßigung bei der Einfuhr von Waren in den EU-Markt (um 10% ermäßigte

⁵ „Gas To Liquid ist die Bezeichnung für GTL Diesel. Dies ist ein synthetischer Dieselmotorkraftstoff, der in der Fischer-Tropsch-Synthese aus Synthesegas gefertigt wird. Synthesegas (CO und H₂) kann zum Beispiel aus Erdgas hergestellt werden.“ (Bredenoord o. J.).

Zölle). Eigentlich wurden diese Handelspräferenzen für Entwicklungsländer eingeführt, welche die Menschenrechte achten (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend o. J.). Zum Beispiel Weißrussland ist aus der Liste des allgemeinen Präferenzsystems ausgeschlossen. Der Anteil der EU an dem usbekischen Außenhandelsumsatz beträgt etwa 6 Prozent (2005-2010). Im Vergleich zu anderen Ländern ist die europäische wirtschaftliche Präsenz in Usbekistan recht klein. Dabei spielen Russland, China und Korea in der usbekischen Wirtschaft beziehungsweise auf dem usbekischen Energiesektor eine größere Rolle. Das Land interessiert Europa nur als Rohstoffquelle und zum Teil als Absatzmarkt für seine Produkte. In den letzten Jahren gab es in dem Land keine Zunahme der Investitionen der europäischen Unternehmen. Auch im Rahmen des *Memorandum of Understanding* wurde nicht viel gemacht, die EU bietet Kredite, Beratungshilfe und technische Unterstützung. Die ExpertInnen des Journals für InvestorInnen, „Börsenführer“ („Биржевой лидер“), haben untersucht, was genau die Beziehungen zwischen der EU und Usbekistan stört: erstens die anhaltende Wirtschaftskrise in der Eurozone. Die EU hat einfach nicht genug Mittel für ein solches Land, das weit entfernt ist und keine wirkliche Priorität für die EU hat. Das zweite Problem ist die Unentschlossenheit der usbekischen Außenpolitik. Usbekistan hat einige Male seine Politik gegenüber den USA, der EU und Russland verändert, sodass diese Länder Usbekistan nicht mehr vertrauen können. Drittens, im Vergleich zu anderen Ländern verfügt Usbekistan über nicht viel Erdöl und Erdgas, das Land importiert sogar seit 2003 selbst Erdöl. Gas wird größtenteils nach China und Russland exportiert. Außerdem wird in Usbekistan Baumwolle produziert, aber auf diesem Gebiet will die EU nicht zusammenarbeiten, weil die Baumwolle mit Hilfe von Kinderarbeit erzeugt wird. Im Jahr 2013 erlaubte Usbekistan der internationalen Arbeitsorganisation die Beobachtung der Baumwollernte, um Sanktionen zu vermeiden (vgl. Биржевой лидер 2013).

8 Kritik an der Zentralasienstrategie

Allgemein entstehen immer wieder Uneinigkeiten zwischen den europäischen Institutionen in Bezug auf die Realisierung der Zentralasienstrategie. Besonders die Vereinbarung von Energieinteressen und dem Ziel der Demokratisierung fällt der EU schwer. Einerseits ist die Region für die europäische Energiediversifizierung sehr wichtig, andererseits ist die politische Situation in der Region kaum mit den europäischen Normen zu vereinbaren, weil die Demokratie sehr gering geschätzt wird. Die autoritären Regime der zentralasiatischen Staaten versuchen ihre Macht und ihr Geld zu behalten (vgl. Hrisoskulov 2010: 208). Die Europäische Kommission stellt die wirtschaftliche Zusammenarbeit an vorderste Stelle, um den politischen Dialog zu verbessern. Diese Vorgehensweise wird aber vom Europäischen Parlament abgelehnt, wirtschaftliche Vergünstigungen sollten dem Parlament zufolge erst gewährt werden, wenn die politischen Voraussetzungen geschaffen wurden. Das Europäische Parlament hat seine Zustimmung zu einem Handelsabkommen mit Turkmenistan bislang verweigert, weil in Turkmenistan Menschenrechte verletzt werden. Trotz dieser Diskussionen und der Menschenrechtsverletzungen wird weiterhin aufgrund der Energieversorgung mit Zentralasien zusammengearbeitet. Dabei werden Menschenrechtsprobleme so erörtert, dass die wirtschaftlichen Beziehungen dabei nicht gestört werden (vgl. Azarch 2009: 10f.). Auch die zentralasiatischen Regierungen beziehungsweise Eliten verhalten sich der EU gegenüber sehr vorsichtig, weil sie befürchten, dass durch die EU-Intervention tiefgreifende Reformen in den Staaten durchgeführt werden müssen beziehungsweise dass sie ihre Position verlieren.

Außerdem wird von den zentralasiatischen Staaten als Voraussetzung für neue Investitionen eine Anpassung an europäische Standards gefordert, dabei kann die EU aber keine festen ökonomischen Verbindlichkeiten anbieten. Vor allem die Erschließung neuer turkmenischer Felder und die geplante Transportinfrastruktur erfordern größere Investitionen, welche die wirtschaftliche Lage Turkmenistans nicht erlaubt und auch die von der EU bereitgestellten Finanzmittel reichen dafür nicht aus. Im Rahmen der Zentralasienstrategie wurden von Brüssel für den Zeitraum 2007-2010 nur 22 Millionen Euro für den Energiebereich freigegeben (vgl. Europäische Union Auswärtiger Dienst 2007: 4). Auch die europäischen Unternehmen können nicht so viel Geld investieren und ob die CDC wie geplant funktionieren beziehungsweise

ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen können wird, kann man noch nicht abschätzen (vgl. Azarch 2009: 10f.). Aus diesen Gründen verlieren die EU-Anreize an Glaubwürdigkeit, was die Umsetzung der Strategie erschwert.

Außerdem haben Usbekistan und Turkmenistan eigene Anforderungen im Energiebereich, mit denen die europäischen Unternehmen nicht einverstanden sind:

- Gasverkauf innerhalb der eigenen Grenzen
- Sie bevorzugen es, ihr Gas an einige wenige staatliche Öl- und Gasunternehmen zu verkaufen und nicht an viele private Unternehmen.
- Langfristige Verkaufsverträge abschließen, in denen die Preise und Liefermenge jährlich oder für einen Zeitraum von jeweils sechs Monaten an interne Produktionsfaktoren und an die Bedürfnisse des inländischen Marktes angepasst werden

Turkmenistan und Usbekistan sind auf dem Weg stärker mit Russland und China zusammenzuarbeiten. Diese Beziehungen verlaufen ohne innenpolitische Einmischungen beziehungsweise ohne bestimmte Anforderungen wie Menschenrechte oder Transparenz. Diese beiden Länder benötigen die EU nicht, weil sie von anderen Ländern bessere Angebote bekommen. Der turkmenische Präsident Berdymuchammedow erinnert sich nur dann an die EU, wenn das Land in Auseinandersetzungen mit anderen Partnerländern (z. B. Russland) verwickelt ist. Turkmenistan leistet nur mündliche Versprechungen, bleibt aber bei wichtigen Treffen im Energiebereich stets auf Abstand. Außerdem sind die Anreize der EU sehr niedrig, sodass die Zusammenarbeit kaum den Rahmen von Absichtserklärungen und Forschungen im Energiebereich sprengen wird (vgl. Azarch 2009: 13).

Man kann behaupten, dass die Strategie für Zentralasien verabschiedet wurde, um politische Hindernisse zu beseitigen und eine günstige Ausgangssituation für die Sicherung der Energieimporte zu schaffen.

9 Fazit

Wie die Berichte der Europäischen Kommission betonen, spielen die Schwarzmeerregion, das Kaspische Becken und Zentralasien eine wichtige Rolle in der europäischen Energiepolitik. Das war einer der wichtigsten Gründe zur Gründung der ENP sowie für die Erarbeitung der Zentralasienstrategie und der Schwarzmeersynergie.

Wie bereits beim Ansatz *Externes Regieren* beschrieben, versucht die EU die Beziehungen zu Zentralasien zu verbessern und entwickelte daher im Jahr 2007 die Zentralasienstrategie. Die Europäische Union hat für Zentralasien eine politische Strategie gewählt, die viele Aspekte beinhaltet einschließlich europäischer Werte und Energieinteressen. Die EU bietet Zentralasien eine Modernisierung der Region und soziale Hilfe unter politischen Bedingungen. Dadurch kann sie die europäische Struktur in verschiedenen Bereichen wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Energiesicherheit übermitteln. Es wird auch behauptet, dass die EU Gefahren wie Terrorismus, illegale Immigration und Menschenhandel bekämpft, um sich die Energieimporte zu sichern.

Das Interesse der EU an Zentralasien ist vorhanden, vor allem mit dem Ziel der eigenen Energiesicherung und Diversifizierung. Die Energiestrategien der zentralasiatischen Staaten sind ähnlich wie die der EU. Sie zielen auf Produktionserhöhung und Diversifizierung der Exportmärkte ab. Der Energiebereich basiert auf den bereits bestehenden Programmen (INOGATE), Initiativen (Baku-Initiative) und Abkommen (PKA), wodurch auch danach gestrebt wird, die Regeln der Drittstaaten im Energiebereich zu ändern. Außer regionalen Abkommen wurden auch bilaterale Abkommen wie *Memorandums of Understanding* zwischen der EU und den einzelnen energiereichen zentralasiatischen Staaten verabschiedet. Trotzdem wurden keine sichtbaren Maßnahmen umgesetzt. Einerseits könnten die Änderungen vielleicht noch erfolgen, wenn die geplanten Routen zwischen beiden Regionen zu Stande kämen. Die Expansion des europäischen externen Regierens stößt in Zentralasien auf andere Konkurrenten wie Russland und China, die den Prozess erschweren. Außerdem bemühen sich die Staaten auch nicht wirklich, sich an die europäischen Regeln anzupassen, weil die Regierungen der zentralasiatischen Staaten ihre nationale Souveränität sehr schützen. Das zeigt sich auch am Beispiel Kasachstan, wo Präsident

Nasarbajew in den Jahren 2007 und 2010 Gesetze änderte beziehungsweise eine Renationalisierung der Energieressourcen durchführte. Das Beispiel zeigt, dass es eine strenge staatliche Kontrolle gibt. Anstatt den westlichen Unternehmen den Zugang zu kasachischen Ressourcen zu erleichtern, hat das Land strengere Gesetze eingeführt. Trotzdem hat sich die Beziehung zwischen Kasachstan und der EU im Vergleich zu Turkmenistan und Usbekistan positiv entwickelt, obwohl der kasachische Ölexport in die EU durchschnittlich bleibt. Außerdem fürchten die Staatsregierungen ihre Macht zu verlieren, sodass europäische Einmischungen in innere Angelegenheiten der Staaten nicht gern gesehen werden. Als Belohnung für die Anpassung an EU-Regeln werden Investitionen und Teilnahme an den europäischen Institutionen in Aussicht gestellt. Eine Belohnung wie eine EU-Mitgliedschaft kann hier klarerweise ausgeschlossen werden, weil Zentralasien nicht zu Europa gehört. Obwohl auch die ENP-Staaten von der Mitgliedschaft ausgeschlossen sind, hoffen zum Beispiel die Ukraine und Georgien immer noch auf einen Beitritt zur EU. Aus diesem Grund machen sie auch gute Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Regeln. Auch der zentralasiatische Staat Kasachstan hofft auf eine Mitgliedschaft in der EU, weil circa fünf Prozent des Landesterritoriums in Europa liegen.

Im Bezug auf Zentralasien handelt die EU rational. Das größte Interesse der EU in der Region sind Energieressourcen. Obwohl die Anpassung an die Strukturen der EU im Energiebereich fast keine Resultate zeigt, versucht die EU mit der Region weiterhin zusammenzuarbeiten. Die politische Konditionalität der EU bietet nicht genügend Anreize für Zentralasien. Der größte Anreiz der EU im Bereich Energie sind für die zentralasiatischen Staaten die Investitionen in die Infrastruktur. Die von der EU bereit gestellten finanziellen Mittel für die Region sind nicht ausreichend und die Europäische Union will sie auch nicht erhöhen, weil einige EU-Mitgliedsstaaten dagegen sind. Damit übersteigen die Anpassungskosten den Nutzen aus der Regelübernahme.

Durch die EU-Osterweiterung und die Aufnahme des Südkaukasus in die ENP sind die zentralasiatischen Staaten der EU näher gekommen. Wenn man die Energiepolitik der EU anhand der *konzentrischen Kreise* betrachtet, hat die Europäische Union die Nachbarländer und Zentralasien durch die Baku-Initiative, INOGATE und TRACECA näher an die EU heran gebracht. Durch diese Initiativen versucht die EU, ihren Energiemarkt zu erweitern und den Energiesektor der ENP-Partner und von

Zentralasien umzustrukturieren. Dabei geht es um eine Anpassung an die europäischen Energiestrukturen beziehungsweise an die Richtlinien der Marktwirtschaft und um institutionelle Reformen. Ein Grund für die Regelübertragung auf den Energiesektor der Drittländer ist der Versuch, westliche InvestorInnen zu gewinnen.

Der erhoffte Werteexport bleibt derweil weniger realistisch, weil dieser den Staaten der Region eher einen herrschenden Eindruck vermittelt. Russlands und Chinas Erfolg könnte daran liegen, dass sie einen Weg verfolgen, bei dem es nur um wirtschaftliche Beziehungen geht und nicht um den Werteexport. Es wurde sogar von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, zuerst feste wirtschaftliche Beziehungen zu knüpfen um später den politischen Dialog verbessern zu können. Einerseits geht die EU, wenn sie sich weniger mit der Demokratie und der Einhaltung der Menschenrechte in der Region beschäftigt, um die Beziehungen im Energiebereich zu verbessern, das Risiko ein, ihren Ruf beziehungsweise das in sie gesetzte Vertrauen zu verlieren. Wahrscheinlich wird die EU noch längere Zeit brauchen um diese beiden Aspekte zu vereinen.

Das sind nicht die einzigen Gründe wieso das größte Projekt des südlichen Korridors mit Zentralasien nicht funktioniert. Dieses Ziel kann erst erreicht werden, wenn der Status des Kaspischen Meeres und die Beziehungen zwischen den zentralasiatischen und den südkaukasischen Staaten geklärt beziehungsweise verbessert werden. Während die Verhandlungen um die Nabucco-Pipeline so lange gedauert haben, hat China einen Vertrag mit Turkmenistan über den Gasexport nach China unterzeichnet, eine große Gas-Pipeline gebaut und seine Importmöglichkeiten erweitert.

Die EU konnte die von ihr geplanten Vorhaben im Bereich Energie nicht innerhalb von fünf Jahren verwirklichen, obwohl sie viel Geld in die Energiediplomatie investiert hat. Es ist eindeutig, dass das Projekt South Stream entwickelt wurde, um das Projekt Nabucco zu verhindern. Somit hat die EU ihre Energiediversifizierung im Rahmen des Projektes Nabucco nicht erreicht, hat aber eine andere Alternative gefunden (TAP). Es wird nicht so viel Erdgas durch die TAP transportiert, wie für Nabucco geplant war, aber immerhin kann die EU sich von der Abhängigkeit von Russland ein wenig befreien.

10 Literaturverzeichnis

Bücher (Monographien):

Adolf, Matthias (2010): Energiesicherheitspolitik der VR China in der Kaspischen Region. Erdölversorgung aus Zentralasien. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien.

Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik. Paderborn: Ferdinand Schöningh.

Hofer, Stephan (2008): Die Europäische Union als Regelexporteur. Die Europäisierung der Energiepolitik in Bulgarien, Serbien und der Ukraine. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Krell, Gert (2003): Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Schemm-Gregory, Reto (2010): Europa als ein Club voller Clubs: eine clubtheoretische Betrachtung des politischen Systems der Europäischen Union. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Schimmelfennig, Frank (2013): Internationale Politik. Paderborn: Ferdinand Schöningh.

Schneider-Deters, Winfried; Schulze, Peter W.; Timmermann, Heinz (Hrsg.) (2008): Die Europäische Union, Russland und Eurasien: Die Rückkehr der Geopolitik. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.

Schreiber, Dagmar (2012): Kasachstan. Mit Almaty, Astana, Tien Schan und Kaspischem Meer. Berlin: Trescher Verlag.

Stratenschulte, Eckart D. (2007): Europas Politik nach Osten – Grundlagen, Erwartungen, Strategien. Hamburg: mersus verlag.

Woltering, Tobias (2010): Die Europäische Energieaußenpolitik und ihre Rechtsgrundlagen. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Zangl, Bernhard (1999): Interessen auf zwei Ebenen: Internationale Regime in der Agrarhandels-, Währungs- und Walfangpolitik. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Aufsätze in Büchern:

Gehler, Michael; Vietta, Silvio (2010): Europa – Europäisierung – Europäistik. Einführende Überlegungen. In: Gehler, Michael; Vietta, Silvio (Hrsg.): Europa, Europäisierung, Europäistik. Neue wissenschaftliche Ansätze, Methoden und Inhalte. Wien: Böhlau Verlag, 9-39

Götz, Roland (2007): Mythos Diversifizierung: Europa und das Erdgas des Kaspiraums. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hrsg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Berlin: Osteuropa, Heft 8-9/2007, 449-463.

Götz, Roland (2010): Erdgas aus dem Kaspischen Raum. Die Nabucco-Pipeline. In: Trunk, Alexander; Aliyev, Azar (Hrsg.): Das Kaspische Meer als Wirtschaftsraum. Lohmar/Köln: Josef Eul, 35-47.

Kursawe, Janet (2010): Kriegsgewalt und Drogenökonomie. In: Fröhlich, Christiane u. a. (Hrsg.): Friedensgutachten 2010. Münster: Lit Verlag, 90-104.

Pedro, Nicolás (2009): The EU in Central Asia: Incentives and Constraints for Greater Engagement. In: Esteban, Mario; Pedro, Nicolás de (Hg.): Great powers and regional integration in Central Asia: a local perspective. Madrid: Exlibris Ediciones S.L., 113-137.

Pradetto, August (2013): Autokratische Souveränität und strategische Konkurrenz: Zentralasien und die Weltmächte. In: Staack, Michael (Hrsg.): Asiens Aufstieg in der Weltpolitik. Olpaden/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 155-193.

Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde. In: Hellmann, Gunther; Wolf, D. Klaus; Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 99-133.

Schmitz, Andrea (2007): Interessen, Instrumente, Einflussgrenzen. Die Europäische Union und Zentralasien. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hrsg.): Machtmosaik Zentralasien: Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Berlin: Osteuropa, Heft8-9/2007. 327-329.

Schmitz, Andrea (2008): Efficiency and Its Costs: The „Strategy for a New Partnership“ with Central Asia. In: Kietz, Daniela; Perthes, Volker (Hrsg.): The Potential of the Council Presidency: An Analysis of Germany’s Chairmanship of the EU. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 24/07, 71-76

Simonis, Georg (2011): Die Analyse der externen Beziehungen der Europäischen Union – eine Annäherung. In: Simonis, Georg; Elbers, Helmut (Hrsg.): Externe EU-Governance. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15-51

„Graue Literatur“:

Azarch, Luba (2009): Zentralasien und die EU. Aussichten einer Energiepartnerschaft. In: DGAP Analyse, August 2009 Nr. 7

Feil, Moira; Barkemeyer, Janina; Supersberger, Nikolaus (2011): Rohstoffkonflikte nachhaltig vermeiden. Ansätze zur Risikominimierung (Teilbericht 4). In: Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau, April 2011. Texte 27/2011

Götz, Roland (2007): Europa und das Erdgas des kaspischen Raums. Diskussionspapier. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. FG 5 2007/13, August 2007

Grewlich, Klaus (2010): Anspruch und Praxis der EU – Zentralasienstrategie. Pipelines, Drogen, Kampf ums Wasser. Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin am 04. Mai 2010 (FCE 04/10)

Heller, Regina (2008): Grenzüberschreitende Kooperation als Chance? Zur Konsistenz der EU-Zentralasienpolitik im Lichte von Konfliktprävention und dem diesbezüglichen Potenzial grenzüberschreitender Kooperation. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Kassenova, Nargis (2008): The New EU Strategy towards Central Asia. A View from the Region. In: Melvin, J. Neil (Hrsg.): Engaging Central Asia: The European Union’s New Strategy in the Heart of Eurasia. Brussels: Centre for European Policy Studies

Krumm, Reinhard (2007): Zentralasien Kampf um Macht, Energie und Menschenrechte. In: Kompass 2020, Deutschland in den internationalen Beziehungen; Ziele, Instrumente, Perspektiven. Bonn/Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung

Maurer, Lucas (2011): Die russländisch-chinesische Energiekonkurrenz in Zentralasien. Der Energie Club der Shanghai Cooperation Organization als Forum zur Konfliktlösung? Arbeitspapier FG5, 2011/Nr.2, August 2011. SWP Berlin

Melvin, J. Neil (Hrsg.) (2008): Engaging Central Asia: The European Union's new strategy in the heart of Eurasia. Brussels: Centre for European Policy Studies

Meurs, Hendrik (2013): Zwischen notwendiger Öffnung und größtmöglicher Isolation – Die Führung Turkmenistans und ihr Verhältnis zum Ausland. In: Zentralasien-Analysen Nr. 70, 25.10.2013

Smolnik, Franziska (2008): Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument. Eine Studie zur externen Demokratieförderung an den Beispielen Georgien und Mazedonien. Berlin: Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts, Heft 66/2008

Weitz, Richard (2008): Kazakhstan and the New International Politics of Eurasia. Central Asia-Caucasus Institute & Silk Road Studies Program, July 2008

Lippert, Barbara (2009): Europäische Nachbarschaftspolitik. In: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009. Baden-Baden 2010. 229-240

Lippert, Barbara (2011): EU-Erweiterung: Vorschläge für die außenpolitische Flankierung einer Beitrittspause. Berlin: SWP Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit

MacFarlane, Neil (2002): The Caucasus and Central Asia: Towards a non-strategy. Geneva, Switzerland: Geneva Centre for Security Policy (GCSP)

Malek, Martin (2009): Die Energiesicherheit der EU bis 2030: Unter besonderer Berücksichtigung der Region des Kaspischen Meeres. In: Feichtinger, Walter (Hrsg.) (2009): IFK Aktuell. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien: 3/09 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik August 2009

Marenkov, Dmitry (2012): Investitionsrecht in Kasachstan Überblick über die nationale Investitionsgesetzgebung und internationale Abkommen. In: Germany Trade & Invest

Melvin, J. Neil / Boonstra, Jos (2008): The EU Strategy for Central Asia @ Year One.
In: EUCAM Policy Brief No. 1, October 2008

Stadelbauer, Jörg (1994): Nach dem Zerfall der Sowjetunion. Sonderdrucke aus der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Steinmeier, Frank; Künast, Renate; Trittin, Jürgen (2012): Die Menschenrechte in
Zentralasien stärken. In: Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode, Drucksache 17/9924,
Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Strohbach, Jens Uwe (2012): Turkmenistans Öl- und Gassektor setzt Investitionskurs
fort. In: Germany Trade & Invest

Umbach, Frank (2009): Die EU-Energiestrategien. In: Energiepolitik im Wandel –
READER <http://de.scribd.com/doc/18180688/Energie> [Zugriff: 09.04.2013]

Wetzel, Birgit (2013): EU will Partnerschaft mit Zentralasien weiter vertiefen Interview
mit der EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Patricia Flor. In: Zentralasien-
Analysen Nr. 61, 31.01.2013

Hochschulschriften:

Abdulhamidova, Nurangez (2009): The European Union – Central Asia: in the light of
the New Strategy. Master Thesis, Linköping University.

Bar, Julia (2009): Wasserkonflikte in Zentralasien. Akteure, Interessendisparitäten und
Ansätze für die Entschärfung des regionalen Konfliktpotentials. Bd. 5. WeltTrends
Thesis, Universitätsverlag Potsdam.

Hrisoskulov, Hristofor K. (2010): Neue Nachbarn – Neue Herausforderungen für die
Europäische Union. Dissertation, Westfälische Wilhelms-Universität zu Münster.

Kasper, Nicole (2012): Die EU-Nachbarschaftspolitik als Instrument externer
Demokratieförderung. Bd.15. WeltTrends Thesis, Universitätsverlag Potsdam.

Krämer, Luis-Martín (2011): Die Energiesicherheit Europas in Bezug auf Erdgas und
die Auswirkungen einer Kartellbildung im Gassektor. Dissertation, Universität zu Köln.

Aufsätze in Zeitschriften:

Lavenex, Sandra (2004): EU external governance in ‘wider Europe’. In: Journal of European Public Policy 11:4, 680-700.

Lavenex, Sandra; Schimmelfennig, Frank (2009): EU rules beyond borders: theorizing external governance in European politics. In: Journal of European Public Policy 16:6, 791-812.

Schimmelfennig, Frank (2012): Europeanization beyond Europe. In: Living Reviews in European Governance, 7:1, 1-22

Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (2004): Governance by conditionality: EU rule transfer to the candidate countries of Central and Eastern Europe. In: Journal of European Public Policy; 11:4, 661-679.

Umbach, Frank (2009): Motor oder Bremsklotz? Deutschland und die Energie(außen)politik der Europäischen Union. „WeltTrends“ Zeitschrift für internationale Politik 66, Mai/Juni 2009, 17. Jahrgang, 45-55. http://www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/rkraemer/WT66_Umbach.pdf [Zugriff: 15.12.13]

EU-Seiten bzw. öffentliche Institutionen:

Amtsblatt der Europäischen Union (2013): EU-Strategie für Zentralasien. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Dezember 2011 zu dem Stand der Umsetzung der EU-Strategie für Zentralasien (2013/C 168 E/13). 56. Jahrgang 14. Juni 2013.

Auswärtiges Amt (2007): Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft (2007). <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/347892/publicationFile/3096/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf> [Zugriff: 20.04.13].

Auswärtiges Amt (2012): Zentralasienstrategie. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien_node.html [Zugriff: 19.04.2013].

Auswärtiges Amt (2013): Die östliche Partnerschaft. <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Oestliche%20Partnerschaft.html?nn=536760> [Zugriff: 25.09.13].

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (o. J.): Allgemeines Präferenzsystem (APS).

<http://www.bmwfj.gv.at/Aussenwirtschaft/handelspolitik/EU/Seiten/APS.aspx> [Zugriff: 19.01.14].

Delegation der Deutschen Wirtschaft (2013): Kasachstan in Zahlen: Aktuelle Wirtschaftsdaten für die Republik Kasachstan. Almaty: Frühjahr 2013.

http://zentralasien.ahk.de/fileadmin/ahk_zentralasien/A_Material_Website_neu/Publikationen/Kasachstan/Kasachstan_in_Zahlen/2013-Fruerjahr_KAS-in-Zahlen.pdf [Zugriff: 12.12.13].

Delegation of the European Union to Kazakhstan (o. J.): Investments.

http://eeas.europa.eu/delegations/kazakhstan/about_us/delegation_role/index_en.htm [Zugriff: 22.11.13].

Deutscher Bundestag (2008): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der EU-Zentralasienstrategie. 16/10712.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/107/1610712.pdf> [Zugriff: 16.11.13].

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft (2007): Erstes Außenministertreffen der Troika der Europäischen Union mit den fünf Staaten Zentralasiens.

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/March/0328AATroikaAstana.html [Zugriff: 20.10.13].

Deutscher Wirtschaftsclub in Turkmenistan (2011): Jahrbuch 1. Ausgabe des „Deutsch – Turkmenischen Wirtschaftsjahrbuches“.

http://zentralasien.ahk.de/fileadmin/ahk_zentralasien/A_Material_Website_neu/Publikationen/Turkmenistan/Deutsch-Turkmenisches_Wirtschaftsjahrbuch_2011.pdf [Zugriff: 24.12.13].

Erler, Gernot (1998): Zukunftsregion Kaspisches Meer: Deutsche Interessen und Europäische Politik in den transkaukasischen und zentralasiatischen Staaten.

Positionspapier der SPD Bundestagsfraktion. http://www.gernot-erler.de/cms/upload/Texte/Zukunftsregion_Kaspisches_Meer.pdf [Zugriff: 29.12.13].

EU-Glossar (o. J.): Gemeinschaftlicher Besitzstand (acquis communautaire).
http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/community_acquis_de.htm [Zugriff: 17.10.13].

European Commission (2006): Memorandum of Understanding on Cooperation in the field of Energy between the European Union and the Republic of Kazakhstan.
http://ec.europa.eu/energy/international/caucasus_central_asia_en.htm [Zugriff: 04.01.14].

European Commission (2008): Memorandum of Understanding and Co-operation in the field of Energy between the European Union and Turkmenistan.
http://ec.europa.eu/energy/international/doc/mou_turkmenistan.pdf [Zugriff: 03.01.14].

European Commission External Relations (2008): Joint Progress Report by the Council and the European Commission to the European Council on the implementation of the EU Central Asia Strategy.
http://www.eeas.europa.eu/central_asia/docs/progress_report_0608_en.pdf [Zugriff: 10.12.13].

European Commission IP/09/1114 (2009): President Barroso and Commissioner Piebalgs welcome the signature of the Nabucco Intergovernmental Agreement. Brussels, 10 July 2009. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-09-1114_en.htm [Zugriff: 10.12.13].

European Commission (2011): Memorandum of Understanding on Cooperation in the field of Energy between the European Union and the Republic of Uzbekistan.
http://ec.europa.eu/energy/international/doc/mou_2011_uzbekistant.pdf [Zugriff: 03.01.14].

Europäische Gemeinschaften (2006): Twinning: Europa gemeinsam aufbauen. Luxemburg : Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. 2005. http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/twinning_brochure_2005_de.pdf [Zugriff: 23.09.13].

Europäische Kommission (o.J.): Energie aus dem Ausland.
http://ec.europa.eu/energy/international/caucasus_central_asia_de.htm [Zugriff: 03.12.13].

Europäische Kommission (2009): Europäische Nachbarschaftspolitik – Finanzierung.
http://ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm [Zugriff: 05.10.13].

Europäisches Parlament (2008): Die Europäische Nachbarschaftspolitik.
http://circa.europa.eu/irc/opoce/fact_sheets/info/data/relations/framework/article_7239_de.htm [Zugriff: 06.10.13].

EUR-Lex (2003): Jahresbericht 2003 der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Entwicklungspolitik und die Außenhilfe im Jahr 2002.

KOM/2003/0527 endg. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52003DC0527:DE:HTML>
[Zugriff: 16.11.13].

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2004): Mitteilung der Kommission: Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier, Brüssel 12.5.2004, KOM(2004) 373. http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf [Zugriff: 06.10.13].

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006a): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über das allgemeine Konzept zur Ermöglichung einer Beteiligung von ENP Partnerstaaten an Gemeinschaftsagenturen und -programmen, Brüssel 4.12.2006, KOM (2006) 724.

http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_724_de.pdf [Zugriff: 29.09.13].

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006b): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Brüssel 4.12.2006, KOM (2006) 726.

http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_726_de.pdf [Zugriff: 05.10.13].

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2007): Die Schwarzmeersynergie – eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit, Brüssel 11.04.2007, KOM (2007) 160.
http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com07_160_de.pdf [Zugriff: 25.09.13].

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2007a): Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament vom 10.01.2007. Eine Energiepolitik für Europa. KOM(2007) 1 endgültig. Brüssel 2007. <http://eur->

lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0001de01.pdf [Zugriff: 27.12.13].

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2008): Zweite Überprüfung der Energiestrategie, Brüssel: KOM(2008) 781 endgültig. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0781:FIN:DE:PDF> [Zugriff: 09.12.13].

Rat der Europäischen Union (2007): Europäischer Rat Brüssel vom 8./9. März 2007. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 7224/1/07. Brüssel 2007. http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/93139.pdf [Zugriff: 28.12.13].

Rat der Europäischen Union (2012): Schlussfolgerungen des Rates zu Zentralasien. Brüssel, den 26. Juni 2012 (28.06), 11857/12. http://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/08/65/EU_86555/imfname_10034962.pdf [Zugriff: 16.11.13].

Internetseiten:

BOMCA (2012): Über das Programm BOMCA. <http://www.bomca.eu/ru/about-us.html> [Zugriff: 31.10.13].

BP Statistical Review of World Energy (2013). http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/statistical-review/statistical_review_of_world_energy_2013.pdf [Zugriff: 04.12.13].

Bredenoord (o. J.): Was ist GTL Diesel? <http://www.bredenoordaggregatevermietung.de/innovationen/gtl-synthetische-diesel> [Zugriff: 01.01.14].

CADAP (2011): Welcome to CADAP 5. <http://www.cadap.eu/ru> [Zugriff: 31.10.13].

CAREC (o. J.): About CAREC. <http://www.carecnet.org/about-carec/?lang=en> [Zugriff: 01.11.13].

CARICC (o. J.): UNODC Project On Establishment Of CARICC. <http://caricc.org/index.php/ru/proekt-unodc-po-sozdaniyu-tsarikts> [Zugriff: 16.11.13].

- Charlamow, Ilja (2012): Ob EU in Zentralasien Chancen hat.
http://german.ruvr.ru/2012_11_28/Wird-Europa-in-Zentralasien-Erfolg-haben/ [Zugriff: 05.01.14].
- EITI (o. J.): What is the EITI? <http://eiti.org/eiti> [Zugriff: 15.12.13].
- Energy Portal (o.J.): About INOGATE.
http://www.inogate.org/index.php?option=com_content&view=article&id=46&Itemid=72&lang=en [Zugriff: 09.12.13].
- EUCAM (2009): The energy problematique in EU-Central Asia relations. Issue 4 - July 2009.
http://www.eucentralasia.eu/fileadmin/user_upload/PDF/Newsletters/EUCAM_Watch_No.4-eversion.pdf [Zugriff: 08.12.13].
- Habdank-Kołodczkowska, Sylvana (2013): Nations in Transit 2013: Authoritarian Aggression and the Pressures of Austerity.
<http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/NIT%202013%20Booklet%20-%20Report%20Findings.pdf> [Zugriff: 14.11.13].
- Human Rights Watch (2008): Kasachstan: OSZE-Verpflichtungen müssen erfüllt werden. <http://www.hrw.org/de/news/2008/12/01/kasachstan-osze-verpflichtungen-mussen-erf-llt-werden> [Zugriff: 23.11.13].
- IHS CERA (2010): Caspian Development Corporation: final implementation report.
<http://www.energy-community.org/pls/portal/docs/976177.PDF> [Zugriff: 08.12.13].
- INOGATE (2005): Energy Co-operation between the EU, the Caspian Littoral States and their neighbouring countries.
<http://www.inogate.org/attachments/article/89/baku.pdf> [Zugriff: 14.12.13].
- ORF (2013): Schwerer Schlag für OMV. In: NewsORF.at.
<http://orf.at/stories/2188626/2188638/> [Zugriff: 01.01.14].
- Pianzola, Thomas (2012): Der Kasachische Erdöl- und Erdgassektor: Quo vadis? Schweizerische Botschaft Astana. http://www.s-ge.com/en/filefield-private/files/45308/field_blog_public_files/12500 [Zugriff: 14.12.13].

RWE (o. J.): Turkmenistan. <http://www.rwe.com/web/cms/de/328030/rwe-dea/standorte-weltweit/standorte/turkmenistan/> [Zugriff: 10.12.13].

RWE (2008): RWE und OMV gründen „Caspian Energy Company Ltd.“.
<http://www.rwe.com/web/cms/de/37110/rwe/presse-news/pressemitteilungen/pressemitteilungen/?pmid=4002845> [Zugriff: 01.12.13].

South Stream (2013): Project history and Gas pipeline route. <http://www.south-stream.info/pipeline/history/> [Zugriff: 10.12.13].

TAIEX (2012): Was ist TAIEX? http://ec.europa.eu/enlargement/taieux/what-is-taiex/index_de.htm [Zugriff: 23.09.13].

TAP (2013): Südlicher Gaskorridor und TAP Projekt. <http://www.trans-adriatic-pipeline.com/de/warum-tap/suedlicher-gaskorridor/> [Zugriff: 17.12.13].

TRACECA (2010): Welcome to TRACECA. <http://www.traceca-org.org/en/traceca/> [Zugriff: 28.10.13].

Online-Zeitschriften:

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2011): Nabucco-Pipeline kommt später.
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/gasleitung-nach-europa-nabucco-pipeline-kommt-spaeter-1635085.html> [Zugriff: 09.12.13].

Kurier (2012): Spannendes Finale bei Nabucco-Pipeline: Die Konkurrenz zum Nabucco-Konsortium unter OMV-Führung schrumpft. Doch der letzte Akt ist noch lange nicht geschrieben. <http://kurier.at/wirtschaft/spannendes-finale-bei-nabucco-pipeline/791.997> [Zugriff: 04.01.14].

Lloyd, Pester (2008): „Ihr ward eben schneller...“. In: Pester Lloyd die Deutschsprachige Zeitung Ungarns, Nr. 10 - 2008 Wirtschaft 01.03.2008.
http://www.pesterlloyd.net/2008_10/0810southstream/0810southstream.html [Zugriff: 19.12.13].

Politik und Zeitgeschichte (2012): Südlicher Korridor - neue Seidenstraße.
<http://www.crp-infotec.de/02euro/nachbarschaft/suedkorridor.html> [Zugriff: 25.11.13].

Rianovosti (2008): Gaz de France zieht South Stream statt Nabucco vor - „Kommersant“. 08/02/2008. <http://de.ria.ru/business/20080208/98744820.html> [Zugriff: 29.12.13].

Windisch, Elke (2010): Zentralasien bleibt ein Krisenherd: Die ungleiche Verteilung der Ressourcen heizt Konflikte an. <http://www.badische-zeitung.de/ausland-1/zentralasien-bleibt-ein-krisenherd--29939701.html> [Zugriff: 18.10.13].

Wirtschaftsnachrichten aus Mittel- und Osteuropa (2013): Kashagan liefert erstes Öl. http://www.nov-ost.info/index/Article/1898978_Kashagan_liefert_erstes_Ol.html [Zugriff: 12.12.13].

Zirm, Jakob (2009): Nabucco-Pipeline: Vertrag wird unterschrieben. 13.07.2009. http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/494511/NabuccoPipeline_Vertrag-wird-unterschrieben [Zugriff: 07.12.13].

Russische Quellen:

Генеральный Секретариат Совета ЕС (2009): Европейский Союз и Центральная Азия: новое партнерство в действии. Люксембург: Генеральная Дирекция Ф-Коммуникация/Публикации.

Денисон, Майкл (2009): ЕС и Центральная Азия: Выгодное энергетическое сотрудничество. Рабочий доклад EUCAM № 2.

EuropeAid (2012): Европейский Союз - сотрудничество в целях развития Центральной Азии. Люксембург: Бюро публикаций европейского союза.

Ежегодник «Деловой Казахстан» (2008): Связи с Евросоюзом. Тома XXII-XXVII. ноябрь 2008. Москва: Г.Н. Вачнадзе.

Казанцев, Андрей (2008): «Большая игра» с неизвестными правилами: мировая политика и Центральная Азия. Москва: Наследие Евразии.

Казанцев, Андрей (2009): Политика стран Запада в Центральной Азии: ключевые характеристики, дилеммы и противоречия. Москва: МГИМО (У) МИД России.

Мухамеджанова, Дария (2011): Казахстан и международные интеграционные процессы. Алматы: Казахстанский институт стратегических исследований при Президенте Республики Казахстан.

Нурдаuletова, С. (2007): РК и ЕС: новый этап сотрудничества. In: Информационно -аналитический центр по изучению общественно политических процессов на постсоветском пространстве.

Эмерсон, Майкл; Бунстра, Йос (2010): К Евразии: мониторинг стратегии ЕС в Центральной Азии. In: EUCAM EU-Central Asian Monitoring. No. 13 - февраль 2010.

Russische Internetquellen:

Ар. Рух. Хак (о. J.): О нас.
http://www.arukhak.com/index.php?option=com_content&view=article&id=2&Itemid=8 [Zugriff: 18.01.14].

Биржевой лидер (2013): Есть ли у Евросоюза интересы в Узбекистане – трейдеры.
<http://pda.profi-forex.org//novosti-mira/novosti-sng/uzbekistan/entry1008172849.html> [Zugriff: 20.01.14].

Европейская Комиссия внешние связи (о. J.): Энергетика, Центральная Азия и Европейский Союз.

http://www.eeas.europa.eu/central_asia/docs/factsheet_energy_ru.pdf [Zugriff: 15.12.13].

EU Neighbourhood Info Centre (2012): Решение проблем энергетики: сотрудничество между ЕС и его восточными соседями. http://www.enpi-info.eu/maineast.php?id_type=3&id=289 [Zugriff: 07.12.13].

MediaUA (2009): "Газпром" уговорил Туркменистан снизить цену газа.
<http://mediaua.com.ua/detail/67827> [Zugriff: 11.12.13].

Муминов, Аскар (2013): Евросоюз после Киева соблазняет Астану.
<http://www.russianskz.info/politics/5155-evrosoyuz-posle-kieva-soblaznyaet-astanu.html> [Zugriff: 18.01.14].

Ниязатов, Миракмал (2013): Туркменистан-Евросоюз: Консультации как проверка принципиальной позиции ЕС. Четверг, 9 мая, 2013.

<http://russian.eurasianet.org/node/60067> [Zugriff: 19.01.14].

Saban, Ilham (2013): Бердымухамедов: Туркменистан и Азербайджан демонстрируют тесное взаимодействие. 23.12.2013

<http://caspiabarrel.org/index.php/ru/2013-04-29-16-48-56/5384-2013-12-23-09-32-03>
[Zugriff: 04.01.14].

Сидоров, Олег (2005): ЕС и Казахстан - сотрудничество только начинается? 18 Августа 2005 г. <http://articles.gazeta.kz/art.asp?aid=63589> [Zugriff: 18.10.13].

10.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Europa und Zentralasien. In: Amu Darya Basin Network (2013). <http://amudaryabasin.net/events-meetings/4th-eu-central-asia-high-level-conference-environment-and-water> [Zugriff: 20.01.14].

Abbildung 2 (Tabelle 1): Rationalismus und Konstruktivismus im Vergleich (eigene Darstellung).

Abbildung 3: Beseitigung von Grenzen im Modell der *konzentrischen Kreise*. In: Hrisoskulov, Hristofor K. (2010): Neue Nachbarn – Neue Herausforderungen für die Europäische Union. Dissertation, Westfälische Wilhelms-Universität zu Münster.

Abbildung 4 (Tabelle 2): Die Gasproduktion und der Gasverbrauch in Zentralasien, in Milliarden Kubikmeter. In: BP Statistical Review of World Energy 2013. http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/statistical-review/statistical_review_of_world_energy_2013.pdf [Zugriff: 04.12.13].

Abbildung 5 (Tabelle 3): Potenzielle Pipeline-Routen für die Lieferung von Erdgas aus zentralasiatischen Staaten an die EU-Mitgliedsstaaten. In: Денисон, Майкл (2009): ЕС и Центральная Азия: Выгодное энергетическое сотрудничество. Рабочий доклад EUCAM № 2.

Abbildung 6: Nabucco und South Stream Pipelines. In: Energy Tribune (2007): Russia's Gas Power Play. <http://www.energytribune.com/890/russias-gas-power-play#sthash.dVFfu1Dn.bmm6wvSs.dpbs> [Zugriff: 03.01.14].

Abbildung 7 (Tabelle 4): Die Entwicklung der turkmenischen Gasförderung und die turkmenischen Gasexporte in den letzten drei Jahren. In: Strohbach, Jens Uwe (2013): Turkmenistans Öl- und Gassektor setzt Investitionskurs fort. Germany Trade & Invest. http://zentralasien.ahk.de/uploads/media/2013_D-TKM_Jahrbuch.pdf [Zugriff: 04.12.13].

11 Anhang

11.1 Lebenslauf

Gulnaz Alymbekova

Kaiser – Ebersdorfer - Straße

A-1110 Wien

E-Mail: gulnaz.askerovna@gmail.com

Persönliches

Geboren am 22. September 1983

in Bischkek, Kirgisistan

Ledig

Berufliche Erfahrung

- 08/2008 – **Model company - Online Model- und Statistenagentur**
- 07/2003 – **Betreuung von Kindern und Jugendlichen**
- 05/2010 – 07/2010 **Frauenhetz – feministische Bildung, Kultur und Politik Praktikantin**
- Projektadministration:
- Verwaltung der Bürogemeinschaft
 - Teilnahme und Protokollführung bei den Vereinstreffen
 - Ablagenverwaltung
- Projektmanagement:
- Vernetzung mit anderen Projekten
 - Budgetverwaltung
- Veranstaltungsorganisation:
- Mitarbeit bei der inhaltlichen und organisatorischen Vor- und Nachbereitung von Veranstaltungen der Frauenhetz
- 11/2008 – 11/2009 **MRC Film**
- Übersetzerin kirgisisch-russisch-deutsch
- 01/2003 – 06/2003 **Servicekraft in einem Gastronomiebetrieb in Kirgisistan**

Studium und Ausbildung

- 10/2007 – **Diplomstudium Internationale Entwicklung an der Universität Wien**
- 10/2006 – 10/ 2007 **Universitätslehrgang Vorstudienlehrgang an der Universität Wien**
- 2000 – 2009 **Tourismus-Management an der Akademie für Tourismus in Bischkek, Kirgisistan (Bachelor)**
- Gesamtnotendurchschnitt des Diplomezeugnisses: 2,1

Zusätzliches

Sprachkenntnisse **Russisch:** fließend in Wort und Schrift
 Kirgisisch: fließend in Wort und Schrift
 Deutsch: fließend in Wort und Schrift
 Englisch: B2 Niveau

EDV MS PowerPoint, MS Word, MS Excel

11.2 Abstract

Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben die zentralasiatischen Staaten begonnen, auch mit anderen Ländern außer Russland wie China, USA und der Türkei zusammenzuarbeiten. Diese Länder sind insbesondere an Energieressourcen der Region interessiert. Die wachsende Nachfrage der EU nach Energieressourcen führt zu einer Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden Regionen. Im Jahr 2007 hat die EU mit fünf zentralasiatischen Staaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – die Zentralasienstrategie „EU und Zentralasien – eine Partnerschaft für die Zukunft“ verabschiedet. Im Rahmen dieser Strategie wird in verschiedenen Bereichen zusammengearbeitet. In dieser Arbeit wird der Bereich Energiesicherheit untersucht. Die Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien werden mit Hilfe des Ansatzes des Rationalismus untersucht. Dabei wird darauf eingegangen, wie die EU-Außenpolitik funktioniert. Diese wird mit Hilfe der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Zentralasienstrategie näher erläutert. Weiters wird die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien beschrieben, um zu zeigen, dass die EU erst seit 2007, also seit dem Beginn der Zentralasienstrategie ihre Zusammenarbeit mit der Region zu verstärken versucht. Insbesondere werden dabei die Maßnahmen der EU im Energiebereich veranschaulicht. Außerdem wird bei drei rohstoffreichen Staaten (Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan) im Einzelnen untersucht, wie sie auf die EU-Politik im Energiebereich reagiert haben.

11.3 Abstract – english version

After the USSR's collapse, the countries of Central Asia started to cooperate also with countries other than Russia, like China, Turkey and the USA. These countries are particularly interested in the region's energy resources. The EU's increasing demand for energy resources is leading to a stronger relationship between the two regions. In 2007, the EU and five countries of Central Asia – i.e. Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan – adopted the document "The EU and Central Asia: Strategy for a New Partnership". In the framework of this strategy, the regions are cooperating in different fields. This study deals with the field of energy security and examines the relationship between the EU and Central Asia using a rationalist approach. In doing so, it deals with the question of how the EU's foreign policy works. Making reference to the European Neighbourhood Policy and the EU Strategy for Central Asia, the EU's foreign policy is elucidated in detail. Furthermore, this study also describes the development of the relationship between the EU and Central Asia in order to show that the EU has only been attempting to intensify its cooperation with the Central Asian region as of 2007, i.e. since the adoption of the EU Strategy for Central Asia. In particular, the EU's measures in the field of energy are illustrated in this context. Moreover, this study examines in detail how three countries rich in natural resources, i.e. Kazakhstan, Turkmenistan and Uzbekistan, have reacted towards the EU's policy in the energy sector.